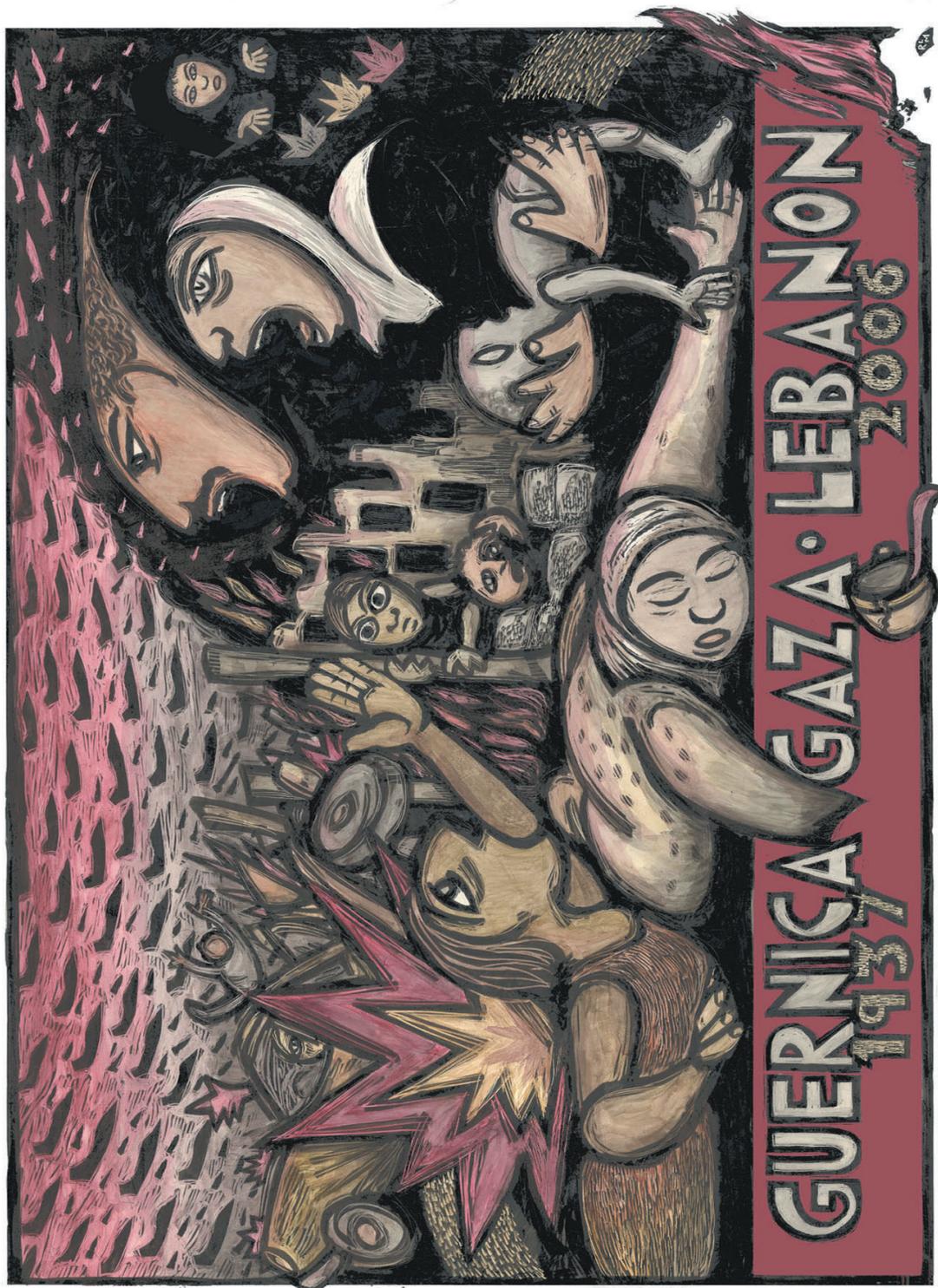


Palästina

INTIFAD

Zeitschrift für den arabischen Widerstand

Nummer 23 Frühjahr 2007 Preis: € 3,-



Von Niederlagen und Erfolgen des Imperiums

Die Irak-Politik der USA steckt ganz eindeutig in der Krise. Die Verluste sind hoch, viel zu hoch für den Geschmack der US-amerikanischen Bevölkerung und langsam vergeht auch der politischen Kaste der Appetit. Dergestalt, dass die Neocons, die seit Jahren in Washington den Ton angaben, das Ruder nunmehr wenn nicht abgeben, so doch teilen müssen. Allein, die Krise reicht noch nicht aus, um die USA zu einer Veränderung ihrer Politik zu bewegen. Im Zweifelsfall und um mal in Ruhe überlegen zu können, wurde das Truppenkontingent zunächst mal tüchtig aufgestockt. Dennoch, dass die imperiale Politik im Irak nicht aufgegangen ist, sieht jeder. Sogar die Medien – und das will bekanntlich etwas heißen. Der Krieg der USA habe den Irak ins Chaos gestürzt, einen Bürgerkrieg hervorgerufen und zudem den Hass auf den Westen in der ganzen Region geschürt ... was für eine Erkenntnis!

Tatsächlich steht es mit den Plänen der USA und ihres Hauptverbündeten Israel, aus dem Nahe Osten einen *New Middle East* von Washingtons Gnaden zu machen, nicht allzu gut. Unbeeindruckt vom Willen des libanesischen Volkes unterstützen sie weiterhin dickköpfig die Siniora-Regierung, obwohl diese den Rückhalt in der Bevölkerung, einschließlich der maronitischen, zunehmend verliert. Doch da nun mal der politische Islam, und damit im Libanon die Hizbullah, das Feindbild ist, müssen selbst die USA eine gewisse Konsequenz an den Tag legen. Weil die amerikanische Einmischungspolitik dort ein neues Pulverfass kreiert hat, werden wir den Angriff auf den Iran – eines der größten Ziele der imperialen US-Politik – noch nicht allzu bald vom Fernseher aus beobachten können. Eins nach dem Anderen, man soll das Zündeln nicht übertreiben. Dafür gab es in den letzten Monaten Gewaltbilder aus Palästina in Hülle und Fülle. Demokra-

tisch gesinnten Menschen zerreißt es das Herz, mitanzusehen zu müssen, wie nach sechzig Jahren, in denen die nationale Befreiungsbewegung über alle Differenzen hinweg einig im Widerstand war, Fatah und Hamas gegeneinander losgingen. Den hochrangigen Medienkonsumenten in Washington und Tel Aviv dürften die selben Bilder allerdings das Herz höher schlagen

lassen: Tatsächlich ist der palästinensische Quasi-Bürgerkrieg der einzige Erfolg, den die US-Politik und Israel im Nahen Osten zu verbuchen hat. Offenbar besteht der feste Wille, sich diesen Erfolg auch durch die neu formierte Regierung der nationalen Einheit nicht nehmen zu lassen.

23. Februar 2007

Inhalt

Der Beinahe-Bürgerkrieg in Palästina	3
„Verschwörung der korrupten Führer gegen das palästinensische Volk“	6
Ahmad Sa'dat weigert sich, israelisches Militärgericht anzuerkennen	9
Libanon: Siniora-Regierung versucht Massenproteste auszusetzen	11
Wir alle wollen leben!	14
„Für Neuwahlen auf Basis eines überkonfessionellen Verhältniswahlrechts“	17
Nieder mit der Siniora-Regierung!	18
Bald Gegenregierung in Beirut?	19
Der Libanon unter Bomben und was darauf folgte	20
Schmutzige Waffen in Nahost	22
Der irakische Widerstand vor den Trümmern von 1300 Jahren sunnitischer Herrschaft	23
Bürgerkrieg im Irak	27
Erklärung des venezolanischen Außenministeriums	29
Somalia:	
Nachhaltiger Sieg Äthiopiens oder Öl ins Feuer der amerikanischen Weltordnung?	30
Irakischer Widerstand gratuliert Chávez zum Wahlsieg	33
Einreiseverbote für Awni al-Kalemji nach Deutschland und in die Schweiz	34
Exponenten des <i>Campo Antimperialista</i> von Mitgliedschaft in Terror-Organisation freigesprochen	35
Türkische Revolutionäre zu sieben und fünf Jahren Haft verurteilt	36
Politjustiz gegen Aktivisten der türkischen Befreiungsbewegung	37
Erfolgreiches Irak-Seminar trotz Provokationen	38
Frieden durch Gerechtigkeit: Für ein demokratisches Palästina	39
Über das „Existenzrechts“ Israels	42
Auch weiterhin: Nur für Juden	44
Iranische Hofierung der Holocaust-Leugner	48
Egal was Ahmadinežad tut – er wird als der neue Hitler gelten	51
Zu Saddam Husseins Hinrichtung	54
Friendly Fire – Als Geisel zwischen den Fronten	57

Der Beinahe-Bürgerkrieg in Palästina

Die bürgerkriegsähnliche Situation, die den palästinensischen Alltag in den vergangenen Monaten geprägt hat, hat es in dieser Form seit der Vertreibung der Palästinenser und der israelischen Staatsgründung im Jahr 1948 noch nie gegeben. Die nationale Einheit im Kampf gegen die israelische Besatzung über alle politische Differenzen hinweg hat das Rückgrat dieses seit sechzig Jahren im permanenten Widerstand lebenden Volkes ausgemacht. „Teile und herrsche“ ist seit den Römern das größte Erfolgsrezept jeder imperialen und kolonialen Macht im Kampf gegen Widerstand – nun scheint auch Israel, mit tatkräftiger Unterstützung des Westens, in der Umsetzung dieses Leitspruchs einen Schritt weiter gekommen zu sein.

Die Kämpfe zwischen den beiden größten politischen Strömungen in Palästina, der Fatah und der Hamas, die in den vergangenen Monaten zur Tötung zahlreicher Personen, unter ihnen einiger Spitzenfunktionäre auf beiden Seiten, geführt haben, zeigen deutlich den Endpunkt einer politischen Entwicklung, die vor Jahrzehnten begonnen hat. Die Fatah, einst wichtigste Strömung des palästinensischen Widerstands und der PLO, ist endgültig zum Handlanger der israelischen und US-amerikanischen Politik im Nahen Osten geworden. Die Führung des palästinensischen Widerstandes liegt dagegen zweifellos in den Händen der Hamas.

Rollentausch

War unter Arafat das Abrücken von den Prinzipien des nationalen Befreiungskampfes und die Annäherung an eine Linie des Kompromisses mit Israel schon deutlich sichtbar, so hat damals die Fatah durchaus noch in vielen Aspekten den Widerstand als grundlegendes Recht und politische Existenzsicherung des palästinensischen Volkes hochgehalten, zumindest rhetorisch und durch die zahlreichen Tendenzen, die innerhalb der Fatah koexistierten. Abbas hat hingegen sowohl als Premierminister und noch deutlicher als

Präsident gezeigt, dass er der Wunschkandidat Israels und der USA an der Spitze des palästinensischen Volkes ist. Wenn Arafat noch an den historischen Prozess gebunden war, der ihm seine Symbolik und seine Legitimität in der Führung verschafft hatte, ist Abbas der Sohn des Oslo-Prozesses, dessen „Ingenieur“ er war. Seine Politik war von der grundlegenden Bereitschaft gekennzeichnet, die historischen Forderungen der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung, das Streben nach Souveränität in einem lebensfähigen und unabhängigen Palästina, aufzugeben und stattdessen einen Kompromiss zu akzeptieren, der letztendlich nur Israel und den geostrategischen Interessen der USA in diesem Raum nützt. Im Herbst 2005 schien es, als ob die zweite Intifada und mit ihr der Widerstandskampf des palästinensischen Volkes fürs erste beendet wäre.

Überraschend für alle, auch für die Hamas selbst, hat das palästinensische Volk im Januar 2006 jedoch an den Wahlen gezeigt, dass es nicht bereit war, Jahrzehnte der Besatzung, Gewalt und Entbehrungen umsonst durchlebt zu haben. Der Wahlsieg der Hamas war in erster Linie ein deutliches politisches Signal dafür, dass die Bevölkerung, wenn auch des Krieges auf niedriger Intensität müde, durchaus gewillt war, den Kampf auf politischer Ebene weiterzuführen. Es war daher nicht die religiöse Ausrichtung der Hamas, die ihr die Mehrheit der Stimmen einbrachte, sondern schlicht die Tatsache, dass sie bereit war, eine Linie des konsequenten Widerstands weiter zu verfolgen und die faulen Kompromisse, die der palästinensischen Führung von Israel und dem Westen aufgedrängt wurden, nicht anzunehmen.

Der demokratische Wille der Palästinenserinnen und Palästinenser wurde jedoch im Westen nicht anerkannt. Die Politik der USA und der EU legten den Grundstein für die bürgerkriegsähnliche Situation, die Mitte des Jahres 2006 begann und bis zur Bildung der Regierung der nationalen

Einheit im Februar 2007 andauerte.

Westen mitverantwortlich für den Bürgerkrieg

Die Nicht-Anerkennung der demokratisch gewählten Regierung durch die USA und EU, die völkerrechtlich widersinnige Forderung nach einer Anerkennung des Staates Israel und nach Einstellung der Gewalt (ohne dasselbe von Israel zu fordern) als Bedingung für die Auszahlung der vereinbarten Hilfsgelder, das Einfrieren palästinensischer Bankkonten bzw. das Sperren von Banken für die palästinensische Regierung und letztlich die offen ausgesprochene politische Unterstützung für Abbas legten die Basis für die Situation extremer interner Spannungen, die zum Bürgerkrieg tendieren. Ohne die versprochenen Geldmittel war es der Hamas-Regierung unmöglich, einerseits das Reformprogramm umzusetzen, das sie der Bevölkerung in Aussicht gestellt hatte, andererseits die Gehälter der Beamten der unter der Fatah-Regierung aufgeblähten Palästinensischen Autonomiebehörde PNA auszubezahlen. Daneben wurden Geldmittel an der Regierung vorbeigeschleust. Die EU rühmt sich etwa, die palästinensische Bevölkerung unter Umgehung der zentralen Verwaltung direkt über lokale Strukturen bzw. NGOs unterstützt zu haben. Die USA überwiesen immer wieder beträchtliche Summe direkt an die Fatah bzw. an Abbas zur Aufstockung und Aufrüstung der Präsidientengarde.

Die israelische Politik der Gewalteskalation – die Wiederbesetzung des Gazastreifens, die Luftangriffe, Häuserzerstörungen, Tötungen, die Situation der verschärften Notlage, Mangel an Nahrungsmitteln, Medikamenten und Energie in den besetzten Gebieten, allen voran im Gazastreifen, die Verhaftung und Tötung zahlreicher Vertreter der Hamas – zermürbte die palästinensische Bevölkerung. In dieser Situation war es ein leichtes Spiel für die Fatah den ihrer eigenen Partei nahe stehenden Beamtenapparat der



PNA sowie der Polizei gegen die Hamas-Regierung aufzuzetzen und die Situation zum Eskalieren zu bringen.

Widerstand und Kompromiss

Sprachen die westlichen Medien die Verantwortung für die Gewalt zwischen Fatah- und Hamas-Kämpfern im Grunde der Hamas zu, sieht die Realität anders aus. Während sich die Hamas monatelang um einen Ausgleich mit der Fatah und die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit bemüht, machte die Fatah der Hamas von Anfang an das Regieren so schwer wie möglich und benützte ihren Zugang zu finanziellen Ressourcen als Druckmittel. Die Kompetenzen, die Abbas in seiner Zeit als Premierminister für diese Funktion (bzw. andere Regierungsmitglieder) dem Präsidentenamt, das damals Arafat innehatte, abgetrotzt hatte, wurden, als der Wahlsieg der Hamas klar war, wieder dem Präsidenten übertragen. Beispielsweise fällt das palästinensische Fernsehen nicht in den Kompetenzbereich des Medienministeriums, sondern in den des Präsidenten. Der Grenzübergang Rafah fällt nicht in die Zuständigkeit des Innenministeriums, sondern in jene der Präsidentengarde.

Spätestens mit der Forderung nach Neuwahlen war jedoch deutlich erkennbar, wohin die Politik der Fatah führen sollte: Es ging nicht darum, ernsthaft an der Bildung der Regierung einer nationalen Einheit zu arbeiten, sondern vielmehr die Zermürbung der Bevölkerung dazu auszunützen, die Macht wieder an sich zu reißen und sie mit Unterstützung der USA und EU zu halten.

Demgegenüber versuchte die Hamas eher, der Fatah alle Türen zu einer Einigung offen zu halten. Zu einer offenen Konfrontation schien sie nicht bereit zu sein, sie reagierte jedoch auf die Eskalation der Gewalt ebenfalls mit Gewalt. Die Fatah-dominierten Sicherheitsapparate weigerten sich, die Befehle des Innenministeriums zu befolgen. Dies veranlasste die Regierung, eine eigene Truppe des Innenministeriums zu formieren, die weitgehend aus Hamas-Mitgliedern zusammengesetzt ist.

Es zeigt sich, dass die Hamas tatsächlich und nicht nur aus taktischen Überlegungen an einer Regierung der nationalen Einheit interessiert ist. Das lange Zögern, alleine die Regierung zu bilden, hat mit dazu beigetragen, dass die Situation eskalieren konnte. Hier wird das Dilemma der Hamas deutlich, die einerseits aufgrund des Drucks ihrer Basis den Widerstand gegen Israel nicht aufgeben kann, andererseits jedoch unter den derzeitigen Kräfteverhältnissen nicht in der Lage ist, eine radikale Änderung in der politischen Konstellation herbeizuführen, was aber für ein tatsächliches Widerstandsprogramm notwendig wäre. Daraus erklärt sich das Interesse der Hamas an einer Regierung der nationalen Einheit, die es ihr ermöglichen würde, der Fatah die unrühmliche Rolle des Verhandlungspartners mit Israel und dem Westen zuzuschreiben, während sie selbst nach innen die verdienstvollere Aufgabe der Weiterführung des Widerstandes innehaben könnte. Eine so zusammengezimmerter Kompromissregierung hätte die Möglichkeit, einerseits die Isolation zu

durchbrechen und wieder an Geldzahlungen heranzukommen, andererseits jedoch die palästinensischen Forderungen nicht vollkommen aufgeben zu müssen. Offen bleibt jedoch, ob diese Rechnung aufgehen wird. Im Moment deutet die Weigerung der westlichen Regierung – von Israel ganz zu schweigen – die Regierung anzuerkennen, nicht darauf hin.

Unrühmlich in diesem Spiel ist auch die Rolle der palästinensischen Linken, die seit dem Wahlsieg der Hamas nie klar Stellung bezogen hat. In den letzten Wochen der inner-palästinensischen Eskalation beschränkte sich die PFLP auf einige Demonstrationen gegen den Bürgerkrieg, um letztlich in der völligen Tatenlosigkeit zu versinken. Rhetorische Aufrufe zum nationalen Dialog können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verbindungen zur Fatah zu stark sind, um tatsächlich Seite zu beziehen und den offenen Verrat der Fatah am palästinensischen Befreiungskampf zu benennen.

Angesichts der Ausweglosigkeit in den Monaten des bewaffneten Konfliktes machte sich unter der Bevölkerung Resignation breit. Die Forderung nach Neuwahlen bot keine Perspektive, denn eine Fatah-Regierung würde die Rückkehr zum Status Quo bedeuten. Da jedoch auch die Hamas in der gegebenen Situation nicht zur Umsetzung der versprochenen Reformen in der Lage ist, scheint für die Mehrheit der Bevölkerung die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit die einzige Lösung darzustellen.

Regierung der nationalen Einheit – wie lange?

Die Ereignisse des vergangenen Jahres machten deutlich, dass die Fatah-Elite nicht von ihrem Machtanspruch abrückt, auch nicht um den Preis palästinensischer Leichen. So wollen es auch ihre Hintermänner in Washington. Die Bildung der Regierung einer nationalen Einheit drückt daher ein Einlenken der Hamas im Sinne eines Machtverlustes aus.

Die Weigerung Israels und der westlichen Regierungen, die neue palästinensische Regierung anzuerkennen, stellt jedoch deren Handlungsfähigkeit in Frage. Die Hamas ist nicht in der Lage, auf die Forderung des Westens – die Anerkennung Israels – einzugehen. Ihre Basis würde ihr den Verrat an den Grundprinzipien palästinensischer Souveränität nicht verzeihen. Genauso wenig scheint es jedoch wahrscheinlich, dass Israel und der Westen einlenken. Es ist daher durchaus möglich, dass die Regierung bald wieder zerfallen wird und sich neuerlich ein Szenario des Bürgerkriegs einstellt.

Ob sich daraus eine offene Konfrontation mit dem Ziel der Ausschaltung der anderen Konfliktpartei entwickeln kann, ist ungewiss. Während die Fatah schon aus militärischen

Gründen dazu nicht in der Lage wäre – ihre bezahlten Militanten verfügen über weit weniger Durchhaltevermögen und Kampfgeist als jene der Hamas –, ist für die Hamas das politische und militärische Risiko zu groß. Eine solche Konfrontation müsste auf politischer Ebene die Auflösung der PNA, eine grundlegende Reform der PLO und die Umsetzung eines Widerstandsprogramms beinhalten, was unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in Palästina und im gesamten arabischen Raum mehr als unwahrscheinlich erscheint.

Vor diesem Hintergrund bestätigt sich erneut die traurige Wahrheit, dass Palästina zwar das symbolische Herz des Widerstandes der arabischen und islamischen Völker ist, jedoch die Befreiungs- und Unabhängigkeitsbestrebungen des palästinensischen Volkes in höchstem Maße von der politischen Konjunktur der es umgebenden Länder abhängig sind.

Die jüngsten Entwicklungen in Palästina verdeutlichen aus einer regionalen Perspektive die Polarisierung der politischen Kräfteverhältnisse mit einem Lager, das den Kompromiss mit Israel und den USA sucht, und einem anderen, das versucht, den Widerstand und die Prinzipien der nationalen Souveränität aufrechtzuerhalten.

Zählen manche Staaten als solche zum einen oder anderen Lager (wie etwa Syrien und Iran zum Widerstandslager, während Ägypten, Jordanien oder Saudi-Arabien wichtige Verbündete der USA sind), die Lage im Irak um einiges komplexer ist, zieht sich im Libanon und in Palästina die Polarisierung durch die innenpolitische Landschaft. Im Libanon bildet die Koalition der Kräfte rund um die Regierung von Siniora den pro-westlichen Pol, während das Widerstandslager aus dem Bündnis von Hizbullah, der Strömung um Aoun und den Resten der Linken besteht. In Palästina fand diese deutliche Polarisierung erst mit dem jüngsten Bürgerkrieg ihren vorläufigen Höhepunkt. Traurige Ironie der Geschichte, dass die ehemalige Führung des palästinensischen Widerstandes, die Fatah, die einst mit Gewalt von der pro-westlichen Elite 1970 aus Jordanien und 1982 aus dem Libanon vertrieben wurde, nun in Palästina das pro-westliche Lager, das eindeutig und unzweifelhaft mit der Perspektive des Widerstands gebrochen hat, bildet.

Margarethe Berger
23. Februar 2007

Margarete Berger ist Mitglied der *Intifada*-Redaktion.



„Verschwörung der korrupten Führer gegen das palästinensische Volk“

Im Folgenden veröffentlichen wir ein Interview mit Dr. Ibrahim Hama-mi, einem palästinensischen Arzt und Intellektuellen, der im Londoner Exil lebt und sowohl im linken als auch im islamischen Bereich hohe An-erkennung genießt.

Wer trägt die Schuld am vorläufigen Scheitern einer palästinensischen Einheitsregierung?

Bei uns gibt es zwei Strömungen. Da ist die eine Seite, die um jeden Preis an Verhandlungen teilnehmen will. Sie wollen, dass wir die Besetzung und alle bisherigen Abkommen anerkennen und sind dabei bereit den berechtigten Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die Besetzung als Terror zu verurteilen.

Die andere Seite sagt, dass sie die Besetzung nicht anerkennen und den Widerstand nicht aufgeben wird. Selbst der Artikel 51 der UNO-Charta garantiert das Recht besetzter Völker

mit allen Mitteln Widerstand zu lei-sten. Alle bisherigen Abkommen müs-sen geprüft werden. Was in unserem Interesse ist, werden wir akzeptieren, was nicht, ablehnen.

Es wird also sehr schwierig eine ge-meinsame Regierung zu bilden, ange-sichts der diametral entgegengesetzten Sichtweisen. Trotz mehr als zehn Jah-ren Korruption und gescheiterter Ver-handlungen nehmen diese Leute noch immer in Anspruch das palästinensi-sche Volk zu führen. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass sie sich ge-gen die Entscheidung des Volkes ver-schworen haben, um an die Macht zu-rückzukehren – um jeden Preis.

Was kann die Hamas-Regierung gegen das Embargo tun?

Die gegenwärtige Regierung ist aus transparenten demokratischen Wahlen hervorgegangen. Das ent-spricht auch der Auffassung von rund 2000 internationalen Wahlbeobach-tern. Die Entscheidung des palästinien-sischen Volkes ist zu akzeptieren, egal, ob sie uns passt oder nicht.

Aber vom ersten Tag an, oder so-gar noch davor, hatte der Westen das Gegenteil beschlossen. Demokratie, die nicht die von ihnen gewünschten Ergebnisse bringt, ist nicht willkom-men. Und so verordneten sie Maß-nahmen zur kollektiven Bestrafung der Palästinenser. Sie sagten: „Ent-weder ihr stürzt die Regierung oder ihr werdet nicht essen.“ Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Palästinenser unter Besetzung leben und auf die Hilfe von außen angewiesen sind. Es widerspricht jeglichem Rechts-gedanken, jedweder Humanität, die Grundversorgung mit Lebensmitteln an Bedingungen wie das Akzeptieren ungerechter Verträge oder die Aner-kennung Israels zu knüpfen.

Die Regierung versuchte Kompro-misse anzubieten, wie Verhandlungen über einen langfristigen Waffenstill-stand. Aber selbst das wurde zurückge-wiesen. Wir müssen buchstäblich alles aufgeben, bevor wir zu reden anfangen können. Aber welchen Sinn hätten dann noch Verhandlungen?

Wie kann eine Lösung gefunden wer-den?

Das Volk hat die Regierung auf der Basis eines gewissen Programms gewählt. Sie darf das Volk nun nicht im Stich lassen. Es ist das Volk, das der Regierung und der parlamentarischen Mehrheit Stärke verleiht. Sie muss ihre Versprechen halten und das Volk be-fähigen, die Besetzung und die Sank-tionen zurückzuweisen.

Außerdem müssen unsere ara-bischen Nachbarn ihre Pflicht erfül-len, die palästinensische Wahl akzep-



tieren und die palästinensische Sache unterstützen. Menschenrechtsorganisationen in der ganzen Welt müssen aussprechen, dass das Vorgehen des Westens gegen Gesetz, Religion und Menschlichkeit verstößt.

Der Westen hoffte, dass Hamas sich anpassen würde. Einige in der palästinensischen Bewegung fürchten genau diese Anpassung...

In der Vergangenheit hatten wir eine herrschende Partei, die für nichts, alles aufzugeben bereit war – natürlich abgesehen von ihren Privatinteressen. Auf der anderen Seite stand die Opposition, die den Widerstand gegen die Besatzung fortsetzte und sich gegen diese Versuche des Verrats zur Wehr setzte. Jetzt ist es umgekehrt. Wenn Hamas aufgibt, dann gibt es niemanden mehr der unsere Rechte verteidigt, „Nein“ zur Besatzung zu sagen. Das wäre ein richtiger Albtraum.

Besteht eine reale Gefahr, dass es so weit kommt?

Nehmen wir einmal an, es käme so weit. Dann würde die alte korrupte Clique zu existieren aufhören. Der Westen würde einfach sagen: „Gut, wir haben einen neuen Partner und wir brauchen die Wahlverlierer nicht mehr“.

Aber ich glaube nicht, dass dies wirklich passieren wird, denn es ist fest in der Ideologie der Hamas verankert, die Besatzung nicht hinzunehmen. Dabei geht es nicht nur um Religion, sondern es ist genauso ein nationales und moralisches Anliegen. Und wenn es passiert wäre, so in den ersten paar Monaten, wo der Druck am größten war. Der Wille des Volkes wird siegen. Die internationale Gemeinschaft hat schon zur Kenntnis genommen, dass sie unsere Solidarität nicht brechen kann. Die Sanktionen bröckeln. Und selbst die Versuche zur Bildung einer Einheitsregierung sind ein Zeichen, dass der Westen sich im Klaren darüber ist, dass sie die Regierung nicht loswerden können.

Mahmud Abbas, der Präsident der Palästinensischen Behörde, dachte, er könne die gewählte Regierung mittels Neuwahlen oder Referendum loswer-



den. Tatsächlich gibt ihm die Verfassung aber keineswegs das Recht dazu, denn Volksabstimmungen sind darin nicht vorgesehen. Zur Auflösung der Regierung und zur Ausschreibung von Wahlen braucht er die Zustimmung des Legislativrats, in dem die Hamas über eine Mehrheit verfügt. Er kann den Ausnahmezustand ausrufen, doch die zu bildende Notstandsregierung müsste laut Verfassung wiederum von Hamas geleitet werden. Es gibt also keinen legalen Weg, die Entscheidung des palästinensischen Volkes zu umgehen.

Darum glaube ich nicht, dass Abbas die Regierung vernichten wird können. Sie ist in der stärkeren Position sowohl hinsichtlich der Verfassung als auch hinsichtlich der Unterstützung aus dem Volk. Ihre Ideologie und ihre Ideen entfalten mehr Anziehungskraft. Sie sagt schlicht: „Wir werden unsere Rechte nicht aufgeben, sondern sie mit allen Mitteln verteidigen, ob politisch, sozial, militärisch oder mittels der Bildung.“

Sind Sie für die Ein- oder die Zwei-Staatenlösung?

Der erste Schritt muss es sein, den Palästinensern ihre Rechte im Westjordanland und im Gazastreifen zu sichern. Das gebietet schon die humanitäre Notlage. Da werden alle Strömungen der Solidaritätsbewegung zustimmen. Dem palästinensischen Volk muss geholfen werden. Gemein-

sam können wir dafür kämpfen, dass die Rechte der Palästinenser respektiert werden.

Betreffend eine langfristige Lösung meine ich, dass die Region keine zwei Staaten verträgt. Die Vermischung ist zu groß. Es befinden sich eine Unmenge von Siedlern in Cisjordanien und es gibt rund 1,3 Millionen Palästinenser innerhalb der Grenzen von 1967, was heute Israel genannt wird. Bei dieser starken Integration sind zwei Staaten nicht lebensfähig, umso mehr als das Westjordanland in 68 isolierte Kantone zerteilt wurde. Die Lösung bleibt also ein einziger gemeinsamer Staat.

Die alte palästinensische Nationalcharta sprach sich nicht nur für einen gemeinsamen Staat aus, sondern spezifizierte diesen als demokratischen und säkularen. Heute sieht es so aus, als tendierten jene, die die Einstaatenlösung verteidigen, zu einem islamischen Staat.

Die palästinensische Charta enthält 33 Artikel. Mit Oslo wurden 12 davon gestrichen und 16 geändert. Also 28 von 33 sind nicht mehr so, wie sie einmal waren. Das heißt, die Charta existiert nicht mehr. Wir brauchen eine neue Charta, der alle Palästinenser zustimmen können. Diese kann nicht von einer Partei aufgezwungen werden, sondern es bedarf eines demokratischen Prozesses mittels Referenden, Wahlen und ähnlichem. Wenn wir an die Demokratie glauben, dann müssen wir dem Volk das Recht geben, seine

Meinung zu äußern, egal ob das Resultat säkular, islamisch, nicht islamisch oder atheistisch ist.

Was halten Sie von Staaten, die auf religiöser Grundlagen geschaffen werden?

Die zwei Staaten, die im 20. Jahrhundert auf religiöser Grundlage gegründet wurden, stellen bis heute die heißesten Konfliktpunkte dar – Pakistan und Israel. Mit großen Bevölkerungsverschiebungen werden künstliche Grenzen geschaffen. Als man Pakistan gründete, wurden Millionen Menschen umgesiedelt und sehr viele getötet. Bis heute werden die Migranten aus dem heutigen Indien in Pakistan anders behandelt und nicht umsonst bilden sie ihre eigenen Parteien. Staatsbildungen religiös zu begründen, ohne eine rechtfertigende geographischen Grundlage zu haben, schafft nur Langzeitprobleme.

Dasselbe gilt für Israel, das auf seinen jüdischen Charakter besteht, obwohl in ihm 1,3 Millionen Araber – Muslime und Christen – leben. Es gibt eine Studie die sagt, dass im Jahr 2025 die Zahl der Araber innerhalb Israels jene der Israelis übersteigen wird. Die jüdische Identität kann also nur mit der ethnischen Säuberung der Ursprungsbevölkerung oder durch massive Einwanderung aufrecht erhalten werden. Das heißt, einen Staat auf religiöser Basis zu gründen, noch dazu wenn die behaupteten Grundlagen falsch sind, schafft Probleme und löst sie nicht.

Was halten Sie von Hugo Chávez' Vorschlag einer antiimperialistischen Front, die verschiedenartige Bewegungen enthalten würde, beispielsweise islamische und linke?

Es ist nur natürlich, dass Völker, wenn sie von fremden Mächten unterdrückt werden, zusammenrücken. Venezuela schlägt eine Einheitsfront gegen fremde Einmischung, kulturelle Fremdbestimmung und Demokratieexport vor. In Lateinamerika stehen die sich nach links bewegenden Länder zusammen um Nein zu all dem zu sagen. Ähnliches geschieht in anderen Teilen der Welt. Die fremden Mächte, angeführt von den USA, versuchen

ihre Herrschaft über die Welt indes weiter auszubauen. Die antiimperialistische und antiamerikanische Stimmung kann nur zunehmen. Doch die Machthaber im Westen verstehen die Kulturen und Ideologien der verschiedenen Regionen nicht. Es gibt nicht das eine demokratische Mustermodell nach amerikanischem oder britischem Vorbild, das überall unabhängig von den lokalen Bedingungen passen würde. Jeder Teil der Welt soll ihm Rahmen von allgemein anerkannten Prinzipien sein eigenes System definieren, das seinen Ansprüchen genügt.

Selbst innerhalb der islamischen Widerstandsbewegungen gibt es unveröhnliche Positionen. Wie können diese Konflikte gelöst werden?

Es gibt hier eine Analogie mit der Demokratie. Es gibt kein allgemein gültiges Modell, das überall passen würde. Die Unterschiede bestehen auch wegen der unterschiedlichen Kulturen und Bedingungen in den einzelnen Ländern. Aber wir müssen diese Differenzen beiseite schieben, gemeinsame Ziele entwickeln, die uns zu vereinen vermögen wie der Kampf gegen Besatzung, Fremdbestimmung, Ungerechtigkeit oder den Raub unserer Ressourcen. Aber ganz werden wir die Unterschiede nicht beseitigen können, denn die liegen in der menschlichen Natur.

Zum Beispiel Jugoslawien: Wie hätten beide Seiten, die muslimische und die serbische, den Bruderkrieg verhindern und die gemeinsamen Interessen gegen die westliche Intervention in den Vordergrund stellen können?

Die Nationalitäten lebten in Harmonie und integriert. Es gab viele gemischte Familien. Und bis zum Ausbrechen des Konflikts waren die Bosnier Muslime nur dem Namen nach. Sie befeiligten sich eines westlichen Lebensstils und kümmerten sich um keinerlei religiöse Pflichten. Trotzdem gelang es den nationalen und religiösen Bewegungen sie gegeneinander zu stellen und das Land zu spalten. Anfangs, als noch kein Blut geflossen war, hätte man den Konflikt noch lösen können.

Die äußeren Mächte hätten damals intervenieren können, um den Gang der Dinge aufzuhalten. Aber sie schauten dem Sterben nur zu. Als sie dann schließlich eingriffen, taten sie es, um sagen zu können: „Wir helfen den Muslimen, damit ihr uns nicht immer der Feindseligkeit bezichtigen könnt.“ Immer, wenn die palästinensische Frage angesprochen wird oder wir die antimuslimische Aggression des Westens anklagen, kommt der Verweis auf die Hilfe, die man den Muslimen Jugoslawiens angedeihen habe lassen. Ich glaube, sie machten das auch, um einen Vorwand zum Eingreifen zu haben.

Letztendlich haben beide Seiten verloren und leiden bis heute unter den Konsequenzen. Sie sind noch immer gespalten, ihre Probleme bleiben ungelöst und es scheint als könnte der Konflikt jederzeit wieder ausbrechen. Nachdem aber die Hauptspieler des Konflikts nicht mehr da sind, halte ich es für alle Parteien für möglich, sich an einen Tisch zu setzen und zu einer Einigung zu kommen.

Glauben Sie, dass Islam und Sozialismus kompatibel sind?

Es gibt im Islam die Geschichte über einen Weggefährten des Propheten. Er hieß Abu Thar al-Ghafari. Einige meiner Studienkollegen meinten, dass er der erste islamische Kommunist gewesen sei. Jedenfalls war er der erste, der ein Sozialsystem einführte, mit Arbeitslosenunterstützung und Alterspension, der zweite Nachfolger des Propheten, Omar ibn al-Khattab. Ja, wir können zusammenleben aber man darf dabei nicht vergessen, dass der Islam nicht nur eine Religion ist, die vorschreibt wie zu beten und Gott zu ehren ist, sondern sie regelt das gesamte Alltagsleben wie Heirat, Scheidung und Haushalt.

*Das Interview führte Willi Langthaler
Wien, 3. November 2006*

Willi Langthaler ist Aktivist der *Antiimperialistischen Koordination* in Wien.

Ahmad Sa'dat weigert sich, israelisches Militärgericht anzuerkennen

Führer der palästinensischen Linken weiterhin unter brutalem Gefängnisregime

Im letzten Sommer fanden zwei Anhörungen eines israelischen Militärgerichts statt, im Ofer-Gefängnis im Westjordanland, um dem Generalsekretär der *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP), der größten linken Organisation, Ahmad Sa'dat, den Prozess zu machen.

Sa'dat weigerte sich bei diesem Vorgehen mitzumachen und die Legitimität des Tribunals als Teil der zionistischen Besatzung anzuerkennen. Die nächste Anhörung wurde für Mitte Januar 2007 anberaumt.

Beobachter der Anhörungen erklärten, Sa'dat wäre am frühen Morgen angekommen und hätte in einem metallenen Container für mehrere Stunden warten müssen. Man habe die Abdrücke der Handschellen auf seinen Armen gesehen. Bei beiden Anhörungen sei er beinahe von den Soldaten geschlagen worden, die versuchten ihn daran zu hindern mit der

Presse zu sprechen. In einer der Anhörungen entfernten sie den Journalisten von *Al-Jazeera* aus dem Raum. Ofer ist für die dortige brutale Behandlung und Folter bekannt.

Der Hintergrund

Der ehemalige Generalsekretär der PFLP, Abu Ali Mustafa, wurde von Israel 2001 ermordet. Abu Ali Mustafa war damals die höchstrangigste palästinensische Persönlichkeit, welche den israelischen „außergerichtlichen Hinrichtungen“ zum Opfer gefallen war. Kurz nach der Ermordung tötete ein Kommando der PFLP in einem Vergeltungsschlag den israelischen Tourismusminister Rechawam Zeevi von der ultra-zionistischen *Moledet*-Partei.

2003 gab Arafat den Befehl zur Verhaftung von Abu Ali Mustafas Nachfolger, Ahmad Sa'dat, und beugte sich dem israelischen Druck. Während dieser in der Muqat'a, dem Sitz des Prä-

sidenten, festgehalten wurde, begann die israelische Armee das Gebäude zu belagern. Als Teil des Kompromisses, um die Belagerung zu beenden, wurde Sa'dat nach Jericho in ein palästinensisches Gefängnis verlegt, unter Aufsicht von US-amerikanischen und britischen Soldaten.

Der palästinensische Verfassungsgerichtshof jedoch entschied, dass die Inhaftierung Sa'dats illegal sei.

Am 14. März 2006 belagerte und stürmte die israelische Armee das Gefängnis von Jericho und entführte Sa'dat.

Israel kündigte an, dass Sa'dat wegen des Mordes an Zeevi vor Gericht gestellt werden würde. Trotz der bekannten Verhörtechniken des Shabak musste der Generalstaatsanwalt Menachem Mazuz nach einiger Zeit zugeben, dass es keine ausreichenden Beweise für die Ermordung von Zeevi gäbe, was für eine Anklage vor einem Kriminalstrafgerichtshof notwendig wäre. Daher wurde sein Fall an einen Militärgerichtshof übergeben, wo Sa'dat 19 Vergehen im Zusammenhang mit seiner Mitgliedschaft in der PFLP zur Last gelegt werden: Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation, Innehaben eines Postens in einer verbotenen Organisation, Aufhetzung wegen einer Rede, die er nach dem Attentat auf Abu Ali Mustafa verfasst hatte, und Verschwörung zum Zweck der Tötung, da er Leute dazu aufgefordert hatte, Molotow-Cocktails zu verwenden.

Wir rufen alle demokratischen Menschen dazu auf, für die Befreiung von Ahmad Sa'dat zu mobilisieren, dessen einziges Verbrechen es war gegen die Besatzung zu kämpfen, ein Recht, welches im Völkerrecht festgeschrieben ist.

Freiheit für Ahmad Sa'dat!

*Antiimperialistisches Lager
Dezember 2007*



Schwerpunkt Libanon

Die vergangene Ausgabe 22 der *Intifada* war dem Schwerpunkt Libanon gewidmet, insofern sie während der Bewegung gegen die Aggression entstand. Die vorliegende Nummer hat den Konflikt im Zedernland nicht aus den Augen verloren. Neben der Resolution der *Antiimperialistischen Koordination* (S. 18) lassen wir wichtige Akteure zu Wort kommen. Der Beitrag von Wa'ad al-Khatib (S. 11) analysiert die veränderten Kräfteverhältnisse nach dem Krieg im Sommer und erklärt die Motive der verschiedenen Strömungen. Ohne es auszusprechen, stellt er die Position jenes Teils der Linken dar, der sich gänzlich unter die Fittiche der Hizbullah be-

ben hat. Der Artikel von Samah Idris (S. 14) sieht die Dinge ähnlich, zeigt aber stärker die konfessionellen Beschränkungen von Hizbullah auf und insistiert auf die Aufgaben einer überkonfessionellen Linken.

Die Kommunistische Partei des Libanon (S. 17) ist Teil dieser säkularen Linken. Was den Irak betrifft, verwies man in Europa gerne auf die dortige KP, die mit der Besetzung kollaboriert. So verweisen wir auf die libanesischen Widerstand ganz selbstverständlich unterstützt – auch wenn sie für unseren Geschmack Hizbullahs Losung nach einer Regierung der nationalen Einheit nicht übernehmen müsste.

Dass Hizbullah den konfessionellen Bürgerkrieg mit allen Mitteln hintanhaltend muss, kann diese formal zumindest versöhnliche Haltung zur Hariri-Gruppe verständlich machen. Die KP hätte als säkulare Partei dies aber nicht nötig. Ein kurzes Interview mit Samah Idris erläutert schließlich die Lage im Januar 2007, als die Spannungen zwischen den beiden Lagern stark angestiegen sind. Des Weiteren veröffentlichen wir zwei Beiträge von Thomas Kukovec: einen persönlichen Bericht aus den Kriegstagen im Sommer 2006 (S. 20) sowie einen Kommentar zur Gefahr der radioaktiven Verseuchung des Libanons (S. 22).

Die Redaktion



Libanon: Siniora-Regierung versucht Massenproteste auszusetzen

USA können sich keine weitere Niederlage leisten

Die Menschenströme, die derzeit tagtäglich Beirut überfluten, legen bededtes Zeugnis über die Verhältnisse in der libanesischen Politik und Gesellschaft ab. Sie drücken die Wahrheit über die politische Balance aus, die die Westmedien auszublenden versuchen. Die Regierung und ihre Medien sind gezwungen diese Balance zu schönen, um ihrer Regierungsmehrheit Legitimität zu verschaffen und mit Deckung der USA, Europas und der arabischen Staaten ihre Herrschaft über die libanesischen Politik zu festigen. Ihnen allen geht es darum, das Zedernland nachhaltig in die amerikanische Einflussphäre zu ziehen.

Nur vor diesem Hintergrund kann die massive Bewegung der libanesischen Opposition und ihre Folgen verstanden werden. Sie kann nicht auf die Forderung der Hizbullah nach dem Drittelanteil an der Regierung reduziert werden. Sie hängt darüber hinaus mit der regionalen und internationalen politischen Realität zusammen und mit den dort vorhandenen Widersprüchen und Konflikten. Die Opposition spricht sich vor allem auch gegen die Unterstützung der USA, sowie der einflussreichen arabischen Regime Ägyptens und Saudi-Arabiens, aber auch Israels für die Siniora-Regierung aus. In diesem Sinn stellt sich die jetzige komplexe Situation im Libanon als logische Kontinuität der israelischen Aggression vom Juli 2006 dar, auch wenn nun mit anderen Mitteln gekämpft wird.

Wenn während des Juli-Kriegs Israel die Hauptpartei war, dann ist diese jetzt die libanesischen Regierung und der politisch-soziale Block, auf den sie sich stützt. Ein Rollentausch, denn zuvor wurde der Krieg von Israel geführt und von der Regierung begrüßt und unterstützt wurde, heute führen ihn die Regierungskräfte fort, mit israelischer Billigung und westlicher Unterstützung.

Kräfteverschiebungen

Nachdem man sich diese Voraussetzungen vergegenwärtigt hat, kann man nun auf die Kräftebalance der jetzigen Konfrontation und die möglichen Szenarien und zu erwartenden Kompromisse eingehen:

Das Pro-Regierungs-Lager besteht aus dem antisyrischen 14.-März-Block, dessen Kern die Mustaqbal-Strömung („Zukunft“) ist. Die Mustaqbal stützt sich auf ein sunnitische Milieu, und erhält ihre Kraft von der Handelsbourgeoisie, die sich politisch entlang konfessionellen Zugehörigkeiten gruppiert hat. Dies ist ein Produkt der historischen Konflikte zwischen den dominanten sunnitischen Eliten (was nicht heißt, dass es nicht auch arme Sunniten geben würde) und den Oppositionskräften, die sich unter schiitische Führung gebildet haben. Politische und soziale Differenzen überlagerten sich und verschmolzen mit religiösen. Dazu kommen regionale Faktoren: der Krieg im Irak und die zweideutigen Haltungen der irakischen Schiiten riefen eine emotionale Reaktion in der sunnitischen Gemeinde hervor, die den Schiiten die Verantwortung für den Fall der irakischen Regierung und die amerikanische Besatzung zuschieben.

Die beiden muslimischen Konfessionen erhielten zwar nominal gleichverteilte Macht im post-kolonialen konfessionellen System, jedoch konnte das politische Sunnitentum gemeinsam mit dem politischen Christentum die wirtschaftliche und politische Hegemonie erlangen, während die schiitischen Gebiete immer von Armut und Marginalisierung gekennzeichnet waren. Dies erklärt die große schiitische Präsenz in den linken und panarabischen Oppositionsparteien. Die iranische Revolution im Jahr 1979 gab dem libanesischen politischen Schiitentum den Anstoß und führte zur Bildung der Amal-Bewegung und spä-

ter von Hizbullah, die die Mehrheit der Schiiten anziehen konnten.

Die Konstituierung des politischen Schiitentums trug massiv zur Beteiligung der schiitischen Massen am politischen Leben des Landes bei. Das Taif-Abkommen zur Beendigung des Bürgerkrieges und zur Machtteilung unter den Konfessionen musste diesen veränderten Kräfteverhältnissen Rechnung tragen. Die gesteigerte Rolle der Schiiten drückte sich auch im Widerstand im Süden gegen die israelische Besatzung aus, deren Hauptträger sie stellten. Dies erklärt sich sowohl mit der Demographie des mehrheitlich schiitischen Südens, als auch durch die politische Allianz mit Syrien.

Hingegen schrumpfte die Rolle des politischen Sunnitentums in sich zusammen, weil dieses immer mit den offiziellen arabischen Regimes zusammenhing. So sammelten sich bis in die 80er Jahre hinein die Mehrheit der Sunniten um den Nasserismus, später auch um den palästinensischen Widerstand, oder verbanden sich teilweise auch mit dem saudi-arabischen Wahhabismus. Diese Abhängigkeit des politischen Sunnitentums von den arabischen Regimes führte zu ihrer enormen Schwächung als Folge von deren Legitimitätsverlust nach 1991. Die Unterstützung für den Krieg der Heiligen Allianz gegen den Irak ist nur der plakativste Ausdruck der völligen Unterordnung unter das Diktat der USA, die von den Völkern in ihrer Breite abgelehnt wird.

In dieser Phase der Schwäche und des politischen Verfalls und vor dem Hintergrund der veränderten globalen politischen Landkarte der 90er Jahre gelang es Rafiq Hariri, der sein enormes, in Saudi-Arabien angehäuften Vermögen in politisches Kapital ummünzte, das Vakuum zu füllen. Er erlangte die Hegemonie im sunnitischen Lager und eliminierte bzw. marginalisierte alle anderen politischen und re-

ligiösen Führungen und Persönlichkeiten. Das konnte nur gelingen, in dem er sich zum Träger des amerikanischen Projektes, der monopolaren Weltordnung und des "New Middle East" machte.

Daher bedeutete der Mord an Hariri für die sunnitische Gemeinde einen Angriff auf ihre politische Existenz, was die Massenunterstützung für die Hariri-Erben unmittelbar nach dem Attentat erklärt. Der zunehmende Einfluss des Irak-Krieges und des dort stattfindenden Konflikts zwischen Sunniten und Schiiten, die iranisch-saudiarabische Konkurrenz und die daraus resultierenden sunnitisch-schiitischen Gegenmobilisierungen, führten zu einer Neupositionierung der libanesischen Sunniten im anti-syrischen und anti-iranischen Lager, was lokal eine Konfrontation mit dem politischen Schiitentum und daher dem Widerstand nach dem Prinzip von „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ bedeutete.

Diese Situation ist aber keine statische und schon gar nicht absolute Positionierung. Der Juli-Krieg änderte wieder die Gleichung. Die zweideutige, teilweise die zionistische Aggression begrüßende Haltung des Hariri-Lagers drückte sich in der Angst vor einem Sieg des Widerstands aus. Nach dem Krieg arbeiteten sie daran, den Sieg des Widerstands zu entleeren und ihn in eine politische Niederlage umzuwandeln. Dieser Angriff auf den Widerstand und seine Errungenschaften führte zu einem allmählichen Neuorientierungsprozess unter den Sunniten, auf der Basis ihrer patriotischen Geschichte (Nasserismus) und der Feindschaft zum US-Imperialismus.

Das Hariri-Lager machte weitere politische Fehler. In seiner Panik bedrohte es nach dem Prinzip „wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ die dem Nasserismus entstammenden sunnitischen Führungen (wie die Karame-Familie oder Salim al-Hoss), die mit seiner Politik nicht einverstanden und gegen eine Konfessionalisierung des politischen Konfliktes waren. Die Kraft der konfessionellen Mobilisierung ließ nach, nachdem klar wurde, dass die „Anderen“ nicht nur Schiiten

sind, sondern Libanesen aller Konfessionen.

Die Schwierigkeiten der Siniora-Regierung spiegeln sich in der zweideutigen Haltung des maronitischen Patriarchen Sfeir wider. Er ist für eine nationale Einheitsregierung – die Forderung der Opposition, aber gegen Straßenproteste. Gleichzeitig lehnt er den maronitischen Präsidenten Emil Lahoud ab, der der Opposition nahe steht, und fordert seinen Rücktritt, den er genauso nur rein institutionell durchzusetzen wünscht. Obwohl die Mehrheit der libanesischen Christen die Strömung von Aoun und Fringeyeh unterstützen und an den Bewegungen der Opposition teilnehmen, lehnt er eine Wendung zur Opposition ab. Seine Passivität kann als sehr vorsichtige Unterstützung der Regierung und der 14.-März-Kräfte verstanden werden.

Zu erwähnen ist hier noch der historische Alliierte Syriens, Walid Junblat, der das Lager komplett gewechselt hat, und mit aller Kraft die andere Seite unterstützt. Er plädiert heute für die Neugestaltung Libanons mit den Argumenten des amerikanischen Antiterrorkrieges. Er setzte auf die Unterstützung der westlichen Staaten und die Krise des syrischen Regimes, sowie auch auf den Juli-Krieg.

Auf der Straße ist die Regierung indes null und nichtig. Ihre hoffnungslosen Versuche selbst zu mobilisieren, deuten nur auf ihre politische Pleite. Die leere Drohung mit der „Gegenstraße“ wurde sogar von der Opposition begrüßt, denn gerade dies würde die Schwäche der Regierung beweisen und die Oberhand der Opposition unter den Volksmassen verdeutlichen.

Amerikanische Intransigenz

Es ist offensichtlich, dass die Hauptquelle, die den Regierungskräften den Mut und die Zuversicht bei ihrer sturen Haltung gibt, die unbegrenzte amerikanische und französische Unterstützung ist. Diese Unterstützung einer illegitimen Regierung macht jedes Gerede dieser Staaten über Demokratie zunichte, insbesondere angesichts der überwältigenden Volksmobilisierung der Opposition.

Für die USA steht viel auf dem Spiel. Ihre aggressive und unnachgiebige Haltung im Libanon hängt mit der Kampagne gegen die syrisch-iranische Allianz, aber auch mit den möglichen Folgen des Sturzes ihres Maronettenregimes im Libanon für den Irak und Palästina zusammen. Gäbe die Regierung gegen den Willen ihrer Schutzherren in Washington, Paris und Tel Aviv nach, dann würden sie den Verlust dieser entscheidenden Unterstützung riskieren – was offensichtlich ihr Ende bedeutete.

In der libanesischen politischen Tradition werden zwar solche politische Krisen durch Kompromisse gelöst. Diese Kompromisse sind jedoch nie allein durch die Bemühungen interner Kräfte erreicht worden, sondern durch ausländische Interventionen zustande gekommen.

Offensichtlich ist heute die internationale Situation nicht reif für einen Kompromiss. Anscheinend versuchen die USA die Lösung dieser Krise zu verschieben, nachdem es sich zeigte, dass die Widerstandskräfte trotz des Kriegs vom Juli noch intakt sind, während die 14.-März-Kräfte ihre Unfähigkeit bewiesen, die ihnen zugeordnete Rolle zu erfüllen. Die USA warten auf günstigere Bedingungen, um die Widerstandskräfte zu isolieren und zu zerschlagen.

Auf der regionalen Ebene sind die einflussreichen Länder in ihren Bewegungen limitiert, besonders durch die Verschlechterung der syrisch-saudischen Beziehungen nach dem Anschlag auf Hariri. Der Erfolg jeder regionalen Vermittlung hängt von der Verbesserung dieser Beziehungen ab. Es wird von schüchternen Versuchen in diesem Sinne geredet, die hinter den Kulissen stattfinden, jedoch bleibt jede Vermittlung auf einen US-amerikanischen Segen angewiesen und die USA haben bisher keine positiven Signale gesendet.

Konfliktpunkte im Detail

Wenn auch die Form der Forderungen der Opposition eine Drittelbeteiligung an der Regierung ist, geht es im Inhalt um die folgenden Punkte:

- Den Sieg des Widerstands zu festi-

gen, durch die Bewahrung der Unabhängigkeit und der arabischen Identität des Libanons, und eine souveräne Regierung zu schaffen, welche die amerikanische Vormundschaft abschüttelt.

- Eine christliche Beteiligung an der Macht zu schaffen, entsprechend den Ergebnissen der letzten Parlamentswahlen. Die heute von der Regierung ausgeschlossene Aoun-Strömung erhielt damals fast 80 % der christlichen Stimmen.

Obwohl ständig davon die Rede ist, dass die Hizbullah das internationale Tribunal zum Mord an Hariri ablehnen würde, findet der Prozess eigentlich von allen Kräften im Libanon Zustimmung, wenn die Hizbullah auch nicht allen damit verbundenen Bedingungen zustimmt. Streitpunkt ist jedoch die Natur und die Kompetenzen dieses Gerichts. Die Hariri-Strömung, Junblat und die anderen 14.-März-Kräfte sehen darin ein Mittel, ihre Existenz zu sichern, die ihrer Meinung nach nur durch den Sturz des syrischen Regimes möglich ist. Die Opposition sieht hingegen in diesem Tribunal eine Parallele zum Waffeninspektionskomitee im Irak, das als Werkzeug dazu diente, der Invasion des Irak Legitimität zu verschaffen. Daher fordert die Opposition, die Details dieses internationalen Gerichts zu klären, bevor es akzeptiert wird.

Was die aktuelle politische Lage betrifft, so bleibt die Konfrontation im Moment auf demselben Niveau wie in den letzten Monaten. Die TV-Stationen der beiden Lager führen gegenseitige Kampagnen mit den Maximen der jeweiligen Seite. Die sudanesishe Initiative (der Sudan hat im Moment die Präsidentschaft der Arabischen Liga inne) hat viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Der Optimismus über einen möglichen positiven Ausgang ist jedoch plötzlich verflogen, nachdem die Regierungskräfte keine positiven Zeichen von sich gaben, was auf eine Intervention des US-Botschafters hindeutet.

Interessant ist hier die Anschuldigung Sinioras an den Parlamentschef Nabih Berri (Opposition), das Parlament weigere sich, seine Verantwor-

tung zu übernehmen. Dies deutet auf die Absichten des 14.-März-Lagers, die Antwort auf die Vorschläge des sudanesischen Vermittlers auf eine für die Regierung günstigere Zeit zu verschieben, da im Moment die Opposition einen Punkte-Vorsprung hat.

Meinungsumfragen zeigen indes, dass die Mehrheit der Libanesen (73 %) eine nationale Einheitsregierung unterstützen würde.

Gefahr eines neuerlichen Bürgerkrieges?

Die Meinungsforscher sagen, dass ein großer Anteil der Libanesen einen Ausbruch von Gewalttaten erwartet. Diese Befürchtung wird durch die bisher vereinzelten Ereignisse verstärkt, besonders wenn heute auch von einer Bewaffnung innerhalb der 14.-März-Kräfte (die Mustaqbal-Strömung, Junblats *Sozialistische Fortschrittspartei* und Geageas *Forces Libanaises*) gesprochen wird. Eine weitere „sunnitische“ Militärgruppe im Aufbau ist der Versuch von Ahmad Khatib, dem ehemaligen Führer der „Arabischen Armee des Libanon“, der muslimischen Spaltung der Armee während des Bürgerkriegs, alte Mitglieder für die „Bewegung Arabischer Libanon“ zu rekrutieren. Dies geschieht mit der Finanzierung von Hariris Mustaqbal.

Im selben Kontext können die jüngsten Aussagen des sunnitischen Mufti Qabbani betrachtet werden. Obwohl er nach seinem Treffen mit dem ehemaligen Premierminister Karamé die Krise als eine politische und keine konfessionelle Krise bezeichnete, spielt der Mufti eine wichtige Rolle in der antischiitischen Mobilisierung der Sunniten zugunsten Hariris. Er betrachtete anfangs die neuen Ereignisse als eine Bedrohung der Stellung der Sunniten im Libanon.

*Wa'ad al-Khatib
Libanon, 16. Dezember 2006*

Wa'ad al-Khatib ist Aktivist der antiimperialistischen Linken. Er entstammt dem nasseristischen Milieu, dessen radikaler Teil die von der Hizbullah geführte Opposition aktiv unterstützt.

Wir alle wollen leben!

Ein Kommentar von Samah Idris zur Situation im Libanon

„Nächsten Sommer wird es Krieg geben. Nur der Ort wurde noch nicht ausgewählt. Im November war die Atmosphäre in den israelischen Streitkräften sehr pessimistisch. Die letzten Waffengänge an beiden Fronten, dem Libanon und dem Gazastreifen, haben zu viele Fragen offen gelassen, zu viele Zünder gelegt, die zu neuen Explosionen führen können. Die Schlussfolgerung der Armee daraus ist, dass ein Krieg in naher Zukunft eine realistische Möglichkeit ist. Wie Amir Oren vor einigen Wochen in *Ha'aretz* berichtete, geht die israelische Armee davon aus, dass im Sommer kommenden Jahres ein Krieg gegen die Hizbullah und vielleicht auch gegen Syrien ausbrechen wird.“

Das schreiben zwei Journalisten in der israelischen Zeitung *Ha'aretz* am 4. Dezember 2006.¹ Aber hier, im Herzen von Beirut, erscheint die Atmosphäre gänzlich anders. Die Opposition füllt die Straßen, sie hält Protestkundgebungen für die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit oder für den Sturz des Kabinetts Fuad Siniora ab. Die Agitation zwischen Sunniten und Schiiten hat einen neuen Höhepunkt erreicht, trotz der Versicherung, dass der Libanon nicht „irakisiert“ werden könne (früher hörten wir Versicherungen, dass der Irak nicht „libanonisiert“ werden könne). Ein Aktivist der Opposition wurde zum Märtyrer. Bis jetzt gibt es Dutzende Verletzte. Eine westliche Zeitung spricht davon, dass für die Sicherheitskräfte aus den Vereinigten Arabischen Emiraten Waffenlieferungen eingetroffen seien, um dem Einfluss von Hizbullah und dem Iran entgegenzutreten. Bilder von Rafik Hariri werden zerrissen. Auf Bilder von Hassan Nasrallah wird geschossen. Der Studentenverantwortliche der Sozialistischen Partei Walid Junblats wird verprügelt.

Vom Widerstand wird angenommen, dass er die Straßen fülle. Doch es sind nicht die Straßen von Marun al-Ras, Bint Jbeil und Aita al-Sha'b,² in denen dem israelischen Feind mit seinen Merkava-Panzern eine unvergessliche Lektion erteilt wurde. Vielmehr sind es die Straßen von Corniche al-Mazra'a, al-Berbir, Tariq al-Jadidah, Qasqas und al-Dana.³ Der Feind sei nun ein sunnitische Libanese. Das Ziel: den islamischen Widerstand in den Straßen von Beirut zu begraben, nachdem es Frankreich und Israel nicht gelungen war, ihm mittels der UNO-Resolution 1559⁴ die Waffen abzunehmen, und nachdem die USA und Israel daran scheiterten ihn durch die Juli-August-Invasion auszulöschen. Ohne sich Verschwörungstheorien zu verschreiben, fragt man sich: Könnte es sein, dass mit der Freudenbotschaft des amerikanischen Neuen Nahen Ostens der Libanonisierung des Irak die Irakisierung des Libanon und die Palästinensisierung des libanesischen islamischen Widerstands folgt?

Während die Messer gewetzt werden, mit denen der nationale Widerstand in den Straßen von Beirut und anderswo im Libanon geschlachtet werden soll, während die sunnitische Armut gegen die schiitische aufgehetzt wird, vernimmt man Signale aus dem Süden, insbesondere aus Naqura,⁵ die eine mögliche Ausweitung der Militäremission nach Resolution 1701 anzeigen – namentlich, die Entsendung der

libanesischen Armee in den Süden zu unterstützen. In Anschluss an einen Artikel in *Le Monde* vom 24. September 2006, in dem Operationsregeln erwähnt wurden, die (obwohl in widersprüchlicher Weise) den internationalen Truppen eine offensive Rolle zuschreiben, veröffentlichte das Kommando dieser Truppen am 10. Oktober 2006 eine Stellungnahme, in der es sich das „Recht“ nahm, „Gewalt auch aus andere Gründen als Selbstverteidigung einzusetzen“, „vorübergehende Straßensperren“ im Süden zu errichten, nach Erhalt von „speziellen Informationen“ zu handeln, wenn sich die libanesischen Armee als unfähig dazu erweist sowie „Gewalt gegen feindliche Aktivitäten“ einsetzen. Von all diesen „Rechten“ war in Resolution 1701 keine Rede gewesen. Wenn sie zur Praxis der UNIFIL werden sollten, so bedeutete das ihre Umwandlung zur Einschüchterung und Unterdrückung des Widerstands und nicht zum Schutz des Libanon. Dass spanische Truppen im November 2006 auf der Suche nach Waffen und „Terroristen“ in Häuser eindrangen, ist ein ominöses Signal, das diese Befürchtungen nur bestärken kann.

In diesem Sinne könnten die Truppen unter dem Vorwand eingesetzt werden, die Streitparteien in Beirut von einander zu trennen oder das Eindringen von „Terroristen“ über die Grenze mit Syrien zu verhindern. Kurz, der islamische und nationale Widerstand soll mittels einer Zangenbewegung eingeklemmt werden: Einerseits durch die internationalen Truppen und Israel im Süden (Hier sei bemerkt, dass, wie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel bestätigte, die Mission der internationalen Truppen im „Schutz Israels“⁶ bestehe und nicht des Libanons; ansonsten stünden die Truppen auf beiden Seiten der Grenze und

1 Amos Harel und Avi Issacharoff, „North and South“, www.haaretz.com/hasen/spages/794993.html.

2 Orte im Süden, in denen die heftigsten Gefechte tobten und die israelische Armee geschlagen wurde

3 Stadtviertel von Beirut

4 Richard Labévière erklärt die UNO-Resolution 1559 mit Frankreichs Wunsch den USA einen Gefallen zu tun, nachdem es für die Ablehnung der amerikanischen Invasion des Iraks abgestraft wurde. Er bemerkt ebenso, dass die enge geschäftliche Beziehung des ermordeten Premiers Hariri mit dem französischen Präsidenten Chirac eine Rolle bei der Annahme der Entschließung gespielt habe.

5 Hauptquartier der internationalen Truppen

6 Robert Fisk, „Conflict in the Middle East is Mission Implausible“, *The Independent*, 15. November 2006

nicht nur auf der Seite des Libanons – der es bekanntlich war, der angegriffen wurde); andererseits durch internationale Einflussnahme auf lokale Kräfte: Wir wollen auf die intime Beziehung zwischen der US-Administration und den Führern der herrschenden Koalition verweisen [...].

Ist es möglich, dass sich die Führung des Widerstands dieser Gefahren nicht bewusst ist, trotz des Weitblicks und des Fingerspitzengefühls, mit dem sie den Widerstand gegen Israel vergangenen Sommer und in den letzten Jahren managte?

Der Grund unserer Sorge sind die Reibungen, die bei den Aktionen der Opposition in den Straßen Beirut auftraten – trotz der Tatsache, dass Hassan Nasrallah bei seiner Rede am 7. Dezember 2006 darauf insistierte, dass Verschwörern und sektiererischen Hetzern keine Chance gegeben werden dürfe. Der Widerstand darf sich aus den inneren Angelegenheiten des Libanon nicht heraushalten, so wie er es in der Vergangenheit tat. Denn der Fortbestand des Widerstands hängt

davon ab, ob es gelingt, Unterstützung sowohl aus dem Volk als auch aus den Institutionen zu bekommen. Kann diese Unterstützung durch eine „Regierung der nationalen Einheit“ erreicht werden? Kann diese Unterstützung erreicht werden, wenn Fuad Siniora Regierungschef bleibt – der den Widerstand im Stich ließ, nachdem die zwei israelischen Soldaten am 12. Juli gefangen genommen wurden? Wie kann die Opposition „indifferent“ gegenüber der Rückkehr Sinioras als Kopf einer neuen Regierung sein, nachdem sie ihn der größtmöglichen Verschwörungen bezichtigt hat? Die jüngste dieser Anklagen Nasrallahs ist jene, dass Siniora der libanesischen Armee befohlen haben soll, Waffen, die für den Widerstand im Süden während des Krieges bestimmt waren, zu beschlagnahmen. Wie kann es eine nationale Einheit mit den Führern der gegenwärtigen Koalitionsregierung geben, die mit der israelischen Besatzung unter einer Decke stecken? (Nasrallah behauptete in seiner letzten Rede im Besitz von Dokumenten zu sein, die

dies belegen.) Entweder ist die Forderung des Widerstands nach der nationalen Einheit mit den „Verschwörern und Verrätern“ widersprüchlich und abgründig. Oder es geht ihm um eine wirkliche Regierungsbeteiligung – doch dann wäre der Vorwurf des Verrats unbegründet und unehrlich.

In jedem Fall befindet sich die Opposition auf dem Holzweg, wenn sie glaubt, dass sie mit einer „Sperrminorität“ von einem Drittel plus einer Stimme das Land auf den rechten Weg zu bringen vermag. Was viel wichtiger als der Prozentanteil an Sitzen in der Regierung ist, ist ein umfassendes Programm radikaler Reformen: Die korrupten Politiker müssen zur Verantwortung gezogen werden, genauso wie jene, die die Schuld für die enormen Schulden des Landes tragen. (Keine Ausnahme für die Toten!) Die Universitäten des Landes müssen in Schuss gebracht werden. Es bedarf eines klaren sozioökonomischen Programms, das den Armen hilft ihre Notlage zu überwinden. Die Beziehungen des Landes mit seinen ara-



bisch-islamischen Nachbarn müssen auf eine stabile Basis gestellt werden, doch ohne Unterordnung unter Syrien oder Saudi-Arabien. Den Palästinensern müssen bis zu ihrer Rückkehr nach Palästina die vollen politischen und Bürgerrechte eingeräumt werden. Die Diktate der Weltbank sind zurückzuweisen ...

Aber, um offen zu sein, wie können wir all das von der Opposition erwarten, wenn Teile von ihr für die Korruption und Verschwendung der Vergangenheit mitverantwortlich zeichnen; die konfessionelle Teilung der libanesischen Universitäten mitbetrieben haben; die Arbeiterbewegung paralysiert haben, in dem sie Gewerkschaften mit ihrem Klientelismus verseuchten; um jeden Posten schacherten?

Die wirkliche Opposition in allen Parteien sollte in diesem besonderen Moment der Geschichte unseres Landes, in der verschiedene Sektoren unseres Volkes am Riad al-Sulh und am Shuhada⁷ vereinigt sind, ihre eigenen klaren Vorstellungen über die Zukunft artikulieren – Visionen, die nicht bei den unmittelbaren Zielen (wie die überstürzte und nicht überzeugende Forderung nach einer Regierung der nationalen Einheit) oder persönlichen Karrierewünschen halt machen. Die ehrlichen Gruppen sollten erhebliche Distanz zu jenen Führern der Opposition bewahren, die mitverantwortlich dafür sind, dass der Libanon in der Korruption versinkt und sich früher unter syrischer und heute unter amerikanischer Vormundschaft (1559) befindet. Weiterhin sollten die wirklichen Gegner des konfessionalistischen Proporzsystems die Slogans der „dubiosen Opposition“ nicht abnicken, die sich in nichts von jenen des 14.-März-Blocks unterscheiden. So der leere Aufruf für „muslimische-christliche Einheit“ und für „sunnitische, schiitische, drusische, orthodoxe, maronitische Solidarität“ (wie einer der Sprechchöre lautet), der bei den Protestaktionen so reichlich wie überflüssig zu hören ist und sich in nichts von jenen der Demonstrati-

onen des 14.-März-Blocks unterscheiden (mit der wichtigen Differenz, dass es die rassistische Haltung gegen „die Syrer“ nicht gibt). Und was die Lieder betrifft, die von der Medienmaschine der Hizbullah verbreitet werden – die im Gegensatz zu den Liedern des Widerstands in der Vergangenheit jeglichen künstlerischen und politischen Wert vermissen lassen – erinnern sie uns an die absurden, überhasteten „vereinigenden“ Songs, die von *Future TV* und *Radio Orient*⁸ nach der Ermordung von Hariri ausgestrahlt wurden. Der Unterschied ist lediglich, dass die „neue“ Opposition heute jenes Lied von der „nationalen Einheit“ singt, das die „alte“ Opposition in der Zeit der syrischen Vormundschaft sang. Danach, als sie die Macht errangen, wandten sie sich plötzlich gegen dieselbe nationale Einheit. Nun ist scheinbar ihr einziges Lebensziel die „Wahrheit“ zu erfahren – als ob es auf dieser Welt keine andere Wahrheit gäbe, die es wert wäre erfahren zu werden, als jene, wer Rafik Hariri tötete!

Von der wirklichen Opposition (die KP, die Volksbewegung, die Plattform Nationale Einheit, ...) wird erwartet, dass sie für einen säkularen Staat kämpft, dass sie die korrupten Politiker aller Seiten zur Verantwortung zieht, jede lokale und internationale Abhängigkeit zurückweist, das öffentliche Erziehungswesen verbessert, ein Wohnungsprogramm für die Armen auflegt, den Libanon zu einem einzigen Wahlkreis mit proportionalem Wahlrecht macht. Gleichzeitig muss sie für den Schutz und den weiteren Ausbau der Bewaffnung des Widerstands kämpfen, der sich auf eine neuerliche israelische Invasion vorbereitet.

„Wir wollen leben!“ sagt Premier Siniora und lässt es über die Medienmaschine millionenfach wiederholen. Es sind die gleichen Leute, die dem antisyrischen Motto „Unabhängigkeit 2005“ die reale Abhängigkeit 2006 folgen ließen und sich so selbst unglücklich machten. Wir wollen natürlich alle so wie Siniora leben. Doch ein „freies und würdiges“ Leben muss allen

zukommen: unseren Gefangenen in den Kerkern der Besatzungsmacht, die sich für uns opferten, unserem Volk im Süden, das tagtäglich mit israelischen Angriffen rechnen muss oder damit, von einer der 2,2 Millionen Streubomben zerrissen zu werden, die Israel in den letzten Stunden vor dem Waffenstillstand noch abwarf. Ein freies und würdiges Leben haben auch die Armen und Besitzlosen, die Billiglohnarbeiter und Opfer von Hariris „Wiederaufbau“ verdient – denn die wenigsten Menschen profitierten von der Luxusrenovierung des Zentrums durch die Hariri-Firma *Solidère* oder vom opulenten Flughafen. „Wir wollen leben“ sagen zu Recht auch die mehr als 300 000 Palästinenser, die in ihren Elendsquartieren nur vegetieren und nicht leben. Denn heute leben nur die Banken besser als jemals zuvor!

Samah Idris

Dieser Artikel erschien erstmals in der Oktober-Dezember-Ausgabe von *al-Adab*. Er wurde von *Tadamon!* in Montreal mit Einverständnis des Autors ins Englische übertragen und aus dem Englischen für die *Intifada* ins Deutsche übersetzt.

Samah Idris ist ein bekannter libanesischer Intellektueller und Herausgeber des angesehenen arabischen Literaturmagazins *al-Adab* (www.adabmag.com). Er ist Autor zahlreicher Bücher und Aktivist der linken antiimperialistischen Bewegung. Samah Idris gründete einige kulturelle und politische Organisationen in Unterstützung des arabischen Befreiungskampfes. Heute beteiligt er sich an der *Kampagne des zivilen Widerstands* (www.lebanonsolidarity.org).

⁷ die beiden zentralen Plätze im Regierungsviertel von Beirut

⁸ Teil des Hariri-Medienimperiums

„Für Neuwahlen auf Basis eines überkonfessionellen Verhältniswahlrechts“

Interview mit dem stellvertretenden Generalsekretär der Kommunistischen Partei des Libanon (KPL), Sa'dallah Mazra'ani

Welche Stellung hat die KPL zum israelischen Krieg und zum libanesischen Widerstand bezogen?

Wir haben ganz selbstverständlich zur Verteidigung unseres Landes aufgerufen und uns auch konkret daran beteiligt. Daher unterstützen wir natürlich auch den von Hizbullah organisierten Widerstand. Hizbullah selbst ist heute die größte und stärkste Partei des Landes, zu der wir gute Beziehungen unterhalten. Selbst ihre eingeschworenen Gegner müssen ihre positive Rolle bei der Landesverteidigung eingestehen.

Heute befindet sich der Oppositionsblock geführt von der Hizbullah auf den Straßen, um gegen die proamerikanische Regierung Fuad Sinioras zu demonstrieren. Ist die KPL da dabei?

Unsere Partei ist unabhängig, sie ist weder Teil des Oppositions- noch des Regierungsblocks. Aber natürlich unterstützen wir viele der Forderungen der Opposition. Wir befürworten die Forderung der Opposition nach einer Regierung der nationalen Einheit, denn nur so sind die Probleme des Landes bewältigbar. Wir gehen sogar noch weiter: es bedarf vorgezogener Neuwahlen. Dafür muss das Wahlsystem zugunsten eines Verhältniswahlrechts entkonfessionalisiert und demokratisiert werden. Überhaupt steht die KPL für ein Ende des konfessionalistischen Systems und für einen säkularen Staat.

Aber eine Regierung der nationalen Einheit bedeutet mit der Hariri-Gruppe, die für die Unterordnung des Landes unter die USA verantwortlich ist, gemeinsame Sache zu machen? Warum keine Regierung aller Kräfte, die die nationale Souveränität verteidigen?

Das wäre unter den heutigen Bedingungen ein Anstoß zum konfessionellen Bürgerkrieg. So sehr Hizbullah den Widerstand geführt hat, so bleibt sie doch eine schiitische Partei. Sie kritisiert das konfessionalistische System und hat sich auch nicht von diesem korrumpieren lassen, aber sie ist letztlich doch Bestandteil desselben. Um den Bürgerkrieg zu verhindern, kann sie nicht anders als die Regierung der nationalen Einheit anzustreben.



Wie war es möglich, dass die proamerikanische Gruppe durch Wahlen an die Macht gelangen konnte, wenn heute die erdrückende Mehrheit gegen sie steht?

Der Grund dafür war, dass Hizbullah sich mit Hariri in einem Block zusammengeschlossen hatte. Hariri akzeptierte damals, dass die Frage der Entwaffnung des Widerstands erst auf die Tagesordnung gestellt werden kann, wenn die Shib'a-Höfe und die libanesischen Gefangenen aus israelischer Haft befreit sein würden. Doch auf amerikanischen Druck hin änderte er diese Position, was zum Zerwürfnis

mit Hizbullah führte.

Spielte da nicht die Ermordung Hariris und die dadurch angefachte Bewegung für den Abzug Syriens aus dem Libanon auch eine Rolle?

Ja, auch die KPL beteiligte sich an der Bewegung für den Abzug der Syrer, die eine breite Unterstützung im Volk genoss. Doch im Unterschied zum 14.-März-Block wollen wir Syrien nicht durch die USA ersetzt wissen. Die KPL war immer für die Unabhängigkeit des Libanon, egal ob von Syrien oder den USA, während diejenigen, die heute Washington treu ergeben sind, auch jene waren, die mit Damaskus am engsten kooperierten. Im Gegensatz dazu, beteiligte sich die Hizbullah nicht an den prosyrischen Regierungen, sondern sie konzentrierte sich auf den Widerstand gegen die israelische Besatzung. Die KP, die nach 1982 eine Hauptrolle im Widerstand gespielt hatte, konnte das nach 1991 nicht mehr, denn die Syrer hatten daran kein Interesse. Heute stellt sich die Frage, ob für oder gegen Syrien, nicht mehr, sondern unsere Unabhängigkeit muss gegen Israel und die USA verteidigt werden. Darum hat der 14.-März-Block auch erheblich an Einfluss verloren.

Welche Stellung beziehen sie zu ihrer umstrittenen Bruderpartei im Irak, die mit den US-Besatzern kollaboriert?

Wir halten sie Linie der KP des Irak für falsch und haben sie auch immer vor den Konsequenzen gewarnt. Es ist für Kommunisten undenkbar mit der Besatzung zu kooperieren. Die Partei hat dafür einen hohen Preis bezahlt, nämlich ihre Marginalisierung.

Wien, 17. Januar 2006

Nieder mit der Siniora-Regierung!

Die Mehrheit aller Konfessionsgruppen steht gegen das US-Marionettenregime

Es war vorhersehbar, dass die imperialistischen Handlanger im Libanon versuchen würden, die politischen Fortschritte, die als Folge der erfolgreichen Abwehr der israelischen Aggression im letzten Sommer errungen hatte, rückgängig zu machen.

Der Forderung nach einer stärkeren Beteiligung an der Macht, die von der patriotischen und im Volk verwurzelten Koalition, angeführt von der Hizbullah und der Freien Patriotischen Bewegung (FPM) des ehemaligen Generals Aoun erhoben wurde, stellte die Hariri-Siniora-Clique das Tribunal gegen Syrien entgegen. Mit der Unterstützung des Westens und der UNO wird Damaskus das Attentat gegen den ehemaligen Premier Rafik Hariri angelastet.

Genau in jenem Augenblick, in dem die Hizbullah und ihre Verbündeten die Kampagne für Neuwahlen und die Bildung einer nationalen Einheitsregierung starten wollten, kam die Meldung von der Ermordung Pierre Gemayels. Auch in diesem Fall waren nicht nur die rechten Falangisten, zu deren führenden Familien die Gemayels zählen, sondern auch ihre Partner von der Hariri-Gruppe und der Westen schnell, abermals Syrien der Urhebererschaft zu bezichtigen.

Das muss als ein Versuch interpretiert werden, die 14.-März-Koalition, die sich nach der Ermordung von Hariri gebildet hatte, wiederzubeleben. Ihr war angesichts ihrer Passivität während oder gar stillen Zustimmung zur israelischen Aggression die Luft ausgegangen. Denn die größte Bedrohung für die große Mehrheit der Libanesen ist nicht eine syrische Einmischung, sondern die offene zionistische Aggression, die vom Westen unterstützt wird. Nichts zeigt dies besser als der Seitenwechsel von Aoun und seiner Bewegung, die unter der größten christlichen Konfessionsgruppe, den Maroniten, erheblichen Einfluss genießt. Aoun galt als *der* Feind Syriens. Heute hat er sich mit Hizbul-

lah gegen Israel und die westliche Einflussnahme verbündet. Die propagandistische Wirkung der unbewiesenen Behauptung, Damaskus stehe hinter dem Anschlag auf Gemayel, ist bereits am Verpuffen und es erscheint daher als unwahrscheinlich, dass der 14.-März-Block sich stärken wird können.

Während die westliche Medienmaschine den libanesischen antiimperialistischen Widerstand als konfessionalistisch und von außen gesteuert diskreditiert, sind diese Vorwürfe vielmehr für die herrschende Elite zutreffend.

Obwohl die Hizbullah sich auf die schiitische Glaubensgruppe stützt, hat ihre Allianz unter allen Konfessionen Masseneinfluss. Da ist die maronitische Bewegung Aouns, da sind die sunnitischen Nationalisten und islamischen Kräfte sowie die säkularen Nationalisten und Linken einschließlich der Kommunistischen Partei. Alle stehen vereint hinter dem Ziel der nationalen Souveränität gegen den Imperialismus und Zionismus mit einer vorsichtigen Tendenz zu einer überkonfessionellen Demokratie und zur mehr sozialer Gerechtigkeit, die vom traditionell liberalistischen Staat verweigert wird. In keiner Weise kann diese Koalition als Marionette Syriens oder des Irans angesehen werden. Das gilt nicht einmal für die Hizbullah, die militärisch tatsächlich von Damaskus und Teheran unterstützt wird. Hassan Nasrallah, ihr Anführer, sprach sich beispielsweise kürzlich öffentlich für den irakischen Widerstand aus, was ganz eindeutig den geostrategischen Interessen seiner internationalen Verbündeten zuwider läuft.

Auf der anderen Seite ist der 14.-März-Block, der sich um die maronitische und sunnitische Handelsbourgeoisie gruppiert und vom Drusenführer Junblatt unterstützt wird, durch und durch konfessionalistisch. Er stützt sich auf das vom französischen Kolonialismus etablierte konfessionalistische Sy-

stem. Was die sunnitische Religionsgruppe betrifft, so fehlte dieser lange Zeit eine dominante Führung. Post mortem versucht man Hariri zu einem solchen Führer zu erheben und ihn in eine Ikone der proimperialistischen Eliten zu verwandeln. Dieser heterogene Block, dem die Unterstützung der unteren Schichten ihrer eigenen Religionsgruppe abgeht, stützt sich vor allem auf die USA und Frankreich. Die UNIFIL-Truppen, die von Frankreich und Italien geleitet werden, wurden – neben ihrer Schutzfunktion für Israel – dazu entsandt, die Herrschaft dieser unter Druck geratenen Eliten zu schützen.

Regierung der nationalen Einheit?

In den letzten Tagen initiierten die Hizbullah und ihre Verbündeten eine Massenmobilisierung gegen die Regierung Siniora. Millionen befinden sich in den Straßen, buchstäblich den Regierungspalast belagernd. Doch nach der Antwort auf die Herausforderung des 14.-März-Blocks vergangenes Jahr und noch mehr auf die Mobilisierung gegen den israelischen Angriff zu schließen, stehen wir erst am Anfang eines politischen Konflikts, der den Sturz der Regierung zum Ziel hat. Der Widerstand hat noch einige Karten im Talon.

Die antiimperialistischen Kräfte auf der ganzen Welt unterstützen den Volkswiderstand gegen die imperialistischen und zionistischen Handlanger in Libanon. Das unmittelbare Ziel müssen der Rücktritt von Siniora und sofortige Neuwahlen sein. Das ist entgegen den Behauptungen der westlichen Staatsmänner, die von einem Putschversuch sprechen, eine zutiefst demokratische Forderung, die dem Wunsch der Mehrheit entspricht. Es ist im Gegenteil die Hariri-Clique, die sich unberechtigterweise an der Macht festklammert. Sie fürchtet sich vor Wahlen, die aller Wahrscheinlichkeit zu einem Triumphzug des Widerstands würden.

Jedoch ist die Forderung nach einer nationalen Einheitsregierung reichlich unklar und dehnbar. Nationale Einheit des Volkes gegen den Zionismus und Imperialismus ist sicher notwendig. Doch sie ist mit dem 14.-März-Block definitiv nicht möglich, die mit ersteren unter einer Decke stecken. Nationale Einheit heißt kompromissloser Antiimperialismus.

Das Ziel der revolutionären antiimperialistischen Kräfte muss es sein, die Macht des 14.-März-Blocks zu zerschlagen, die Machtübernahme der Widerstandskräfte zu befördern, um das konfessionalistische System abschaffen und einen demokratischen, auf die Volksmassen gestützten Staat zu bilden.

Das ist sicher keine einfache Aufgabe, denn die Feinde sind zahlreich und könnten mit dem Ziel wachsen. Ein Bürgerkrieg auf konfessioneller Basis ist indes unbedingt zu vermeiden, denn er würde den Widerstand nur spalten und isolieren. Die Konfrontation auf einem klaren Programm der nationalen Souveränität, der überkonfessionellen Demokratie des Volkes und der sozialen Gerechtigkeit gegen die libanesischen Eliten und ihre westlichen Hintermänner ist jedoch unvermeidlich und muss vorbereitet werden. Die gegenwärtigen Mobilisierungen können diesem Zweck dienen.

Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass Israel, die USA und ihre europäischen Alliierten eine Revanche für die Niederlage, die ihnen der von der Hizbullah geführte Widerstand beibrachte, anstreben. Ihre kriegerischen Anstrengungen könnten dieses Mal nicht auf den Libanon beschränkt bleiben, sondern das militärische Re-Design der ganzen Region, in der ihre Vorherrschaft nicht nur von Widerstandsbewegungen von unten, sondern auch von den berüchtigten „Schurkenstaaten“ zunehmend herausgefordert wird, anstreben. Sich auf eine solche Aggression vorbereiten, heißt im Libanon, die Hariri-Clique und die 14.-März-Koalition zu schwächen oder wenn möglich sogar abzusetzen.

Antiimperialistische Koordination
2. Dezember 2006

Bald Gegenregierung in Beirut?

Interview mit Samah Idris

War der Generalstreik von Dienstag, 23. Januar ein Erfolg?

Die Opposition schaffte es, das Land zu paralysieren. In den Gegenden, die sich unter der Kontrolle von Hizbullah und Amal befinden, kam das öffentliche Leben völlig zum Stillstand. Für den Machtbereich von Walid Junblat und für den maronitischen Bereich, der unter Samir Geagea, Michel Aoun und Suliman Franjeh aufgeteilt ist, kann das nicht gesagt werden.

Wird die Siniora-Regierung in die Knie gehen?

Nein, unter dem Druck der USA und Frankreichs ist sie nicht bereit zurückzuweichen. Die Forderung der Opposition nach einer Drittersperrminorität bleibt für sie inakzeptabel.

Was wird der nächste Schritt sein?

Präsident Emil Lahoud könnte die Regierung für aufgelöst erklären und

den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung erteilen. Doch die alte Regierung würde das wohl kaum hinnehmen. So könnten wir bald zwei Regierungen haben. Einige der Parlamentarier der Opposition könnten ebenfalls zurücktreten.

Besteht die Gefahr eines Bürgerkrieges?

Ich fürchte ja. Wir sind in diesen Tagen Zeugen eines beginnenden Bürgerkriegs. Die Spannungen zwischen den Konfessionsgruppen steigen und insbesondere zwischen Schiiten und Sunniten. Einige scheinen den islamischen Widerstand provozieren zu wollen, mit dem Ziel die Hizbullah in Straßenkämpfe zu verwickeln.

Samah Idris ist Aktivist der säkularen antiimperialistischen Linken im Libanon und Herausgeber der arabischen Literaturzeitschrift *al-Adab*.

Der Libanon unter Bomben und was darauf folgte

Eine persönliche Reportage

Ich konnte und wollte es nicht wahrhaben, als am 12. Juli diesen Jahres, einen Tag vor meiner schon wochenlang geplanten Reise in den Libanon, die Israelis den Libanon angegriffen haben. Wir waren doch längst gewöhnt an die üblichen Hahnenkämpfe zwischen Hizbullah und israelischen Besatzungstruppen. Was war also wirklich geschehen, dass es soweit kam; dass sogar der Internationale Flughafen in Beirut unter Beschuss genommen wurde? Fragen die mich quälten, aber die mich auch dazu drängten, koste es was es wolle und sei was sei, in den Libanon zu reisen. In Beirut konnte ich ja schließlich nicht mehr landen, also flog ich nach Damaskus, um eventuell über Syrien einzureisen, was dann auch irgendwie gelang.

Nach einem abenteuerlichen Umweg über Feldwege und Berge, kam ich nach fünf Stunden, früh am Morgen, in Beirut an. Von den Bergen aus konnte man schon vorher die Rauchsäulen aus Beirut aufsteigen sehen. Ich muss zugeben, dass sich da mein Magen zusammengezogen hat und mir kotzübel wurde. Ich musste mich ein paar mal übergeben. Mir wurde schwindlig und hatte ein paar Panikattacken, die ich gerade noch irgendwie unter Kontrolle bringen konnte. In Beirut angekommen, war mein erster Weg zum lokalen Greenpeace-Büro, um meine Freunde zu sehen und zu überprüfen, in wie weit sie sich in der internationalen Friedenskampagne von hier aus engagieren wollten. Leider musste ich feststellen, dass das Greenpeace-Büro geschlossen war und alle Greenpeacer noch am selben Tag des Kriegsausbruches das Land fluchtartig verlassen hatten.

Enttäuscht darüber wollte ich eigentlich nicht hier bleiben. Aus Zufall traf ich auf der Straße einen alten Freund, der mir sagte, dass einige kleinere lokale Umwelt – und Sozial-NGOs sich zu einem Hilfszentrum zusammenschließen möchten und dass ich das Land nicht verlassen sollte, weil

alle namhaften internationalen NGOs und Organisationen das Land verlassen hatten und sich nun irgendjemand der Flüchtlinge annehmen müsse. Gesagt – getan!

Die erste Nacht war schlimm. Die Live-Bilder auf *BBC World* und der quasi Live-Ton vor der eigenen Haustüre. Die ganze Nacht fielen Bomben und die Flugabwehrraketen gingen die ganze Zeit.

In den ersten Tagen des Krieges wurde auch untermittags bombardiert, aber als sich die Situation dann etwas entspannt hat, da hat es auch nicht mehr lange gedauert und wir fingen an uns zu organisieren. Man muss wissen, dass die libanesische Regierung keinen Katastrophenschutzplan für solche Fälle in der Schublade hatte. Es blieb alles an freiwilligen Helfern und Zivil-NGOs hängen. Nachdem ich ohnehin für NGOs tätig war, war mein erster Weg in das Büro der lokalen Umweltschutzorganisation *Green Line*. Ich kam zur rechten Zeit. Genau am selben Tag wurden Leute in ganz Beirut, die sich in der linken und der NGO-Szene bewegen, mit SMS-Meldungen überhäuft, dass es einen dringenden Bedarf an Freiwilligen gibt, die sich zur Koordination von Flüchtlingen in Schulen melden sollen, wo die Flüchtlinge aus der Beiruter Südstadt und dem Südlibanon Zuflucht fanden. Wir haben unsere Arbeit aufgenommen.

Inzwischen verging kaum eine Nacht, in der nicht bombardiert wurde. Gott sei Dank nur der Süden. Beirut war soweit sicher. Um Missverständnisse aus dem Weg zu räumen, Beirut brannte keinesfalls, so wie es die Krone darzustellen versuchte. Beirut wurde nicht einmal bombardiert. Es handelt sich dabei um Dahiyh, einem südlichen Vorort von Beirut.

Am Anfang hatten wir etwa 30 000 Flüchtlinge aus der Beiruter Südstadt und dem Südlibanon, die in den Schulen, im nördlichen Beirut, Zuflucht fanden. In den nächsten Tagen wurde

die Zahl der "internally displaced" auf eine Million korrigiert! Nicht alle davon waren in Beirut, sondern verstreut überall im Land, bis nach Syrien. Israel hat uns wie die Hölle bombardiert. Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und die Wohnviertel in der Beiruter Südstadt in Schutt und Asche gelegt. Der angebliche Selbstverteidigungskrieg gegen Hizbullah kostete Tausend ZivilistInnen, davon 45 % Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, das Leben. Nicht einmal fünfzig Widerstandskämpfer wurden getötet. Davon 13 kommunistische Kämpfer und etwa vierzig Guerillas der Hizbullah und der Amal-Bewegung.

Auf israelischer Seite wurden etwa vierhundert Soldaten getötet und vierzig ZivilistInnen, davon zwölf ReservistInnen, die von der israelischen Propaganda als „ZivilistInnen“ titulierte wurden. Ein ungleicher Krieg zwischen der drittstärksten Armee der Welt gegen weniger als zweitausend Widerstandskämpfer verschiedener Kampfgruppen im Libanon, die nicht nur von der geradezu systematisch dämonisierten Hizbullah waren.

Die lokale Umweltschutz NGO *Green Line* kümmerte sich, nach Bekanntwerden der Tatsache, dass ein Ölkraftwerk im Süden unter Beschuss genommen und hundert Kilometer Küste mit Öl verseucht wurden, vorbildhaft um die Koordination der Reinigungsaktionen an den Küsten, während das Umweltministerium noch wochenlang untätig blieb.

Nach dem Waffenstillstandsabkommen, das am 14. August in Kraft trat, brach eine neue Ära im Libanon an. Es ging darum, in den Süden zu fahren und an den Wiederaufbau zu denken. Zu dieser Zeit wurde ich von der *Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen* als Projektkoordinator angeworben, um Wiederaufbauprojekte im Süden auszuloten. Allgemein möchten wir in nachhaltige Umweltprojekte investieren.

Die Situation im Süden ist jetzt entspannt und ruhig. Die Leute haben keine Zeit zu trauern und sich zu sorgen. Man ist viel mehr damit beschäftigt, sich auf den Wiederaufbau zu konzentrieren, der bereits voll im Gange ist. Wenn auch ausländische Organisationen und die eigene Regierung nicht gerade mit Initiativen glänzen, so ist die Bevölkerung dennoch motiviert, sich mit vollem Engagement der Zukunft zu stellen und das Land, ihr Land, wieder aufzubauen. Der Schutt ist von den Straßen geräumt, die Einschusslöcher mit Spachtelmasse überstrichen und wieder zugemauert. An den völlig zerstörten Häusern wird noch immer daran gearbeitet, die Stahlverstrebungen von den Betonklötzen abzuschweißen und den Schutt teilweise von Hand auf LKWs zu laden. Wo der Schutt hingeht, das interessiert leider keinen, dieses Problem bleibt wieder einmal an Umwelt-NGOs hängen.

Die UNO zeigt bereits Präsenz im Süden und patrouilliert in den zerstörten Dörfern, um die libanesischen Armee bei ihrer Grenzsicherung zu unterstützen. Leider ist die libanesischen Armee völlig unfähig in ihrer derzeitigen Verfassung die Kontrolle über die Grenzen zu übernehmen. Ich persönlich verstehe die Hizbullah, wenn sie sagt, dass die Armee die Verantwortung über die Grenzen noch nicht übernehmen kann. Zum einen verfügt sie nur über völlig veraltete Handfeuerwaffen, die zum Großteil den verschiedenen Privatmilizen nach dem Bürgerkrieg abgenommen wurden, zum anderen über rostige Kleinpanzer und Geländefahrzeuge aus den 40er Jahren. Des Weiteren sind die Soldaten völlig untrainiert und machen mitunter einen geradezu lachhaften Eindruck: Ein 17-jähriger Bursche, dessen Gewehr fast größer ist als er selbst, oder ein übergewichtiger Mann, der bereits weit über fünfzig zu sein scheint. An der Straßensperre befinden sich Soldaten, die aus den untersten Schichten der Bevölkerung zu kommen scheinen. Die Unfähigkeit einen Diplomatenpass lesen zu können und deshalb einen Diplomaten nicht in den Süden passieren zu lassen ist nur ein Beispiel für den derzeitigen Zustand dieser Ar-

mee. Der Grenzkonflikt im Libanon ist keine Frage der Kooperationsbereitschaft von Hizbullah, sondern lediglich eine Frage der Fähigkeit der Armee die Grenzen sichern zu können. Die Politik muss daran arbeiten dieses Problem zu lösen und die internationale Gemeinschaft muss alles daran setzen, um der libanesischen Armee dementsprechend unter die Arme zu greifen, dann könnte man auch das „Hizbullah-Problem“ im Süden einfach und diplomatisch lösen.

Es liegt jetzt daran den Süden wieder aufzubauen und mehr noch, nachhaltig zu investieren. Ein wiederaufgebautes Haus nützt aber keinem, wenn die kulturelle und soziale Hilfe in den nächsten Jahren wieder zum Erliegen kommt, wie in den Jahrzehnten davor.

Es gilt jetzt vor allem in folgenden Bereichen nachhaltig zu investieren: Kultur, Gesundheit, Soziales, Umwelt und Energie. Es nützt nichts, wenn die Jugend keine Möglichkeit auf Arbeit hat sowie das soziale Entertainment und die medizinische Grundversorgung auch in Zukunft fehlen. Die Energieversorgung muss gewährleistet werden, nachhaltig und umweltverträglich.

Wiederaufforstung von zerstörten Wäldern und Investitionen in die landwirtschaftliche Infrastruktur könnte die verarmte Landbevölkerung, die sich im Laufe der letzten Jahre, aufgrund der allgemeinen Vernachlässigung des Südens, immer mehr in den Slums, an den Rändern der großen Städte, angesiedelt hat, wieder zurückbringen. Die Landflucht war schon vorher ein Problem, aber jetzt liegt es an den künftigen Projekten und Investitionen, ob der Süden zu einer Geisterlandschaft wird oder wieder aufblüht.

Ein weiteres Problem stellen die rund 15 000 UNO-Soldaten dar, die hauptsächlich aus westlichen Ländern stammen. Keiner weiß, wie lange sie bleiben und wie deren westliches Verhalten in einer traditionell konservativ-schiitischen Region das Zusammenleben beeinflussen kann.

Wenn die Israelis die Hizbullah bekämpfen wollten, dann frage ich mich doch, was dann die Zerstörung von

15 000 Häusern und Wohnungen bezwecken sollte? Es wurden nicht einmal fünfzig libanesische Widerstandskämpfer getötet, dem gegenüber aber 1 300 ZivilistInnen. In Israel starben hunderte IDF-Soldaten, aber die Zahl der zivilen Opfer liegt weit unter fünfzig. Wer sind hier die Terroristen? Irans Staatspräsident Ahmadinejad wird als Terrorist und illegaler Waffenlieferant bezeichnet, weil er die Hizbullah mit einigen Flugabwehrraketen und Sturmgewehren beliefert hat, aber die USA, welche hunderttausende international gebannte Streubomben, Uranmunition, Phosphorbomben und 22 der neuesten Lookhead-Martin-Kampffjets an die Israelis geliefert haben, samt Raketen und Bomben, werden noch immer als die größte Demokratie der Welt bezeichnet und als „defender of justice, freedom and democracy“ gefeiert.

Diese international verbotene Streumunition wurde, und das konnte ich mit eigenen Augen feststellen, blindlings über Wohngegenden im Südlibanon abgeworfen. Äcker und Felder sind deshalb für einige Monate unbrauchbar, dauert es doch sicherlich solange, um diese von den Blindgängern, die eine ständige Gefahr für Leib und Leben der Bauern und spielender Kinder darstellen, zu reinigen. Nicht auszudenken, wenn wir doch tatsächlich feststellen würden, dass die Israelis auch Uranmunition gegen die Libanesen bei ihren Feuergefechten im Süden eingesetzt haben. Erste Krankheitserscheinungen würden erst nach Jahren auftreten. Die Opfer dieses Krieges sind also noch nicht gezählt.

Und was ist mit den ständigen illegalen Luftraumverletzungen, obwohl die UNO schon seit Wochen präsent ist? Was wollen die Israelis wirklich?

Helfen sie uns, der GÖAB, damit wir unsere geplanten Projekte verwirklichen können.

Thomas Kukovec

Thomas Kukovec ist für die GÖAB (*Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen*) Projekt-Koordinator im Libanon.

thomas.kukovec@gmx.at

www.saar.at/libanon

Sanaya Relief Center: www.samidoun.org

Green Line: www.greenline.org.lb

www.oilspillebanon.org

Schmutzige Waffen in Nahost

Internationale Konferenz in Linz

Unter dem Titel „Schmutzige Waffen in Nahost – Droht Katastrophe in Europa?“ trafen am 26. Oktober 2006 eine stolze Anzahl von internationalen ExpertInnen und AktivistInnen in Linz/Österreich zusammen, um über eine gemeinsame Vorgehensweise gegen DU-Waffen (*depleted uranium* / abgereichertes Uran) zu diskutieren.

Unter den ExpertInnen fanden sich Persönlichkeiten wie Prof. Dr. Dr. Siegwart Horst Günther (Arzt in Basra/Irak), Dr. Doug Rokke (strahlenkrankter US-Army Umweltwissenschaftler), Dai Williams (DU-Waffenexperte) und Prof. Dr. M.A. Kubaisi (libanesischer Nuklearphysiker).

Neben zahlreichen Referaten über die Gefahren von DU-Waffen in medizinischer Hinsicht und über deren physikalischen Hintergrund, stellte Frieder Wagner, seines Zeichens Träger des europäischen Fernseh-Preises des WDR, seinen neuesten Dokumentarfilm *Deadly Dust* vor, in welchem er die Auswirkungen des DU-Einsatzes im 1991er-Golfkrieg, zusammen mit Prof. Günther recherchierte.

Die Veranstaltung wurde auch von Vertretern der deutschen Friedensbewegung durch diverse Berichte und Beiträge bereichert, wobei im Zuge einer Publikumsdiskussion, angesichts der „Massenvernichtungswaffe“ abgereichertes Uran, auch Begriffe wie „Genozid“ und „Holocaust“ im Zusammenhang mit dem israelischen Angriff auf die libanesischen Zivilbevölkerung genannt wurden. Weit mehr Menschen könnten in den nächsten 20 Jahren an den Folgen des Einsatzes von möglichen DU-Waffen im Libanon sterben, als im Krieg selbst. Das ist die erschreckende Meinung von ExpertInnen, die sich international und seit Jahren mit dem Thema abgereichertes Uran befassen.

Die *Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen* (GÖAB) arbeitet zusammen mit internationalen ExpertInnen an Kampagnen, um die Verantwortlichen anklagen zu können,

die Opfer zu entschädigen und den Einsatz von abgereichertem Uran international zu verbieten.

„Wie ein Messer durch Butter“ – So wirkt das DU-Projektil, wenn es auf einen stählernen Panzer trifft! Die extreme Dichte und Härte machen abgereichertes Uran zu einem schlagfertigen Kriegsinstrument und machen jegliche Art von Panzerungen und Stahlbetonbunkern vollkommen überflüssig. Deshalb ist abgereichertes Uran bei den Militärs so beliebt. Das geht sogar so weit, dass sich selbst hochrangige europäische PolitikerInnen von der Waffen- und Atomlobby soweit kaufen lassen, dass sie den durchaus zugegebenen Einsatz von abgereichertem Uran öffentlich verharmlosen, wie es der ehemalige deutsche Außenminister Rudolf Scharping (SPD) anlässlich des NATO-Einsatzes in Bosnien von sogenannten „bunker busters“ gemacht hat. Und das mit Unterstützung der grünen Regierungspartner!

Völkerrechtsexperten wie der deutsche Rechtsanwalt Rainer Rothe rufen die UNO, die EU und die USA dazu auf, die Produktion, den Einsatz und die Verharmlosung von DU-Waffen sofort zu beenden und international zu verbieten.

Die USA marschierten 2003 im Irak ein um Massenvernichtungswaffen zu finden und haben dabei selbst eine unvorstellbar gefährliche Massenvernichtungswaffe zum Einsatz gebracht ...

Mann sollte allen Verharmlosern und Befürwortern von abgereichertem Uran ein Glas Leitungswasser, welches im Irak, Bosnien oder Südlibanon entnommen wurde, zum Trinken geben und darauf bestehen dieses vor laufenden Kameras zu trinken, dazu ein paar südlibanonische Oliven zu speisen und auch südlibanonischen Tabak zu rauchen.¹

DU-Munition durchschlägt Stahl so, dass es zwischen dem Stahl der Pan-

zer-Panzerung und dem DU-Projektil zu einer Reibung kommt. Die dadurch entstandenen Reibungshitze entzündet das DU-Geschoss und dieses verglüht dann im Inneren des Panzers, sodass es zusätzlich zum Durchschlag auch zum Verbrennen der Panzerbeatzung kommt. Das verglühte DU-Geschoss löst sich in feinste, so genannte Nanopartikel auf, die so klein sind, dass sie im durch die Explosion aufgewirbelten Staub mit Leichtigkeit in die Luft geschleudert werden und durch den Wind sogar bis nach Europa getragen werden könnten. Nanopartikel sind dermaßen klein, dass sie selbst durch einen menschlichen Körper durchdringen können, wie Wasser durch einen Schwamm. Diese Partikeln setzten sich dann im Körper in der Milz, der Leber und überhaupt den gesamten Organen und auch den Geschlechteilen fest. Die Strahlung, die von diesen Partikeln ausgeht, verändert die Aktivität der DNA Replikation, was zu Krebs führen kann, oder bei neugeborenen Kindern zu schwersten Behinderungen, die weltweit nur mit Behinderungen und Krankheitsbildern von Kindern in Tschernobyl zu vergleichen sind, so der deutsche Arzt Prof. Günther.

Dr. Kubaisi und ich haben im Südlibanon mit einem zunächst normalen Geiger-Müller-Zähler, den wir als Strahlenindikator verwendet haben, einen weit erhöhten Strahlenwert feststellen können, der die natürliche Strahlung um ein Vielfaches übersteigt.

Während wir in Nordbeirut 40 Nanosievert (nSv) als natürlich vorkommende Strahlung gemessen haben, haben wir, sobald wir in der Beiruter Südstadt in einen Krater hineingegangen sind, schnell 700 und auch 1000 nSv messen können, also einen Strahlungsanstieg verzeichnen können, der sich mit einem Dauerton auf unserem Messgerät zu erkennen gab. Eine Aufschrift auf dem Gerät sagte uns: „Wenn sie einen Dauerton hören,

¹ zynische Anmerkung des Autors

Der irakische Widerstand vor den Trümmern von 1300 Jahren sunnitischer Herrschaft

Überlegungen zur Lösung des schiitisch-sunnitischen Konflikts

Der Irak ist kein „normales“ arabisches Land. Damit soll nicht auf die Schiiten oder Kurden angespielt werden, denn religiöse oder nationale Minderheiten gibt es in fast jedem arabischen Land. Vielmehr ist es die Nachbarschaft zum Iran, der nicht nur eine starke Regionalmacht darstellt, sondern eine eigene Jahrtausende alte Zivilisation repräsentiert, die unzweifelhaft in Konkurrenz zum Arabertum und dem von ihm hervorgebrachten sunnitischen Islam steht.

Historische Bruchlinien

Einst selbst das glänzende Zentrum des Islam und als solches Synthese der arabischen und persischen Kultur, sank das Zweistromland im letzten Jahrtausend zu einem ständig umkämpften Grenzgebiet zwischen Arabien und Persien herab. Die Herrschaft verblieb zwar immer in der Hand der sunnitischen Eliten – eine Formel, die auch der britische Kolonialismus übernehmen musste, nachdem ein Versuch des „direct rule“ nach einem Schiitenaufstand gescheitert war. Doch der starke schiitische Bevölkerungsanteil wurde immer als Störfaktor begriffen, denn deren politische Loyalität gehörte vor allem dem lokal ansässigen persischen Klerus. Selbst die sich zur

Schia bekennende persische Monarchie hatte von Anfang an ihre liebe Not mit dem schiitischen Klerus, der mehr als die katholische Kirche ein eigenes politisches Machtzentrum darstellt. So kann man sich erst die Schwierigkeiten der sunnitischen Macht in Bagdad vorstellen.

Nicht umsonst gewannen Kassem und die irakische KP, die 1958 gemeinsam das koloniale Regime stürzten, die breite Unterstützung der schiitischen Armut, weil sie sich dem damals im rasanten Aufstieg befindlichen arabischen Nationalismus widersetzen. Ihre Formel war im Gegensatz dazu ein explizit irakischer Nationalismus, der eine äquidistante Haltung sowohl gegenüber dem arabisch-sunnitischen als auch dem persisch-schiitischen Machtzentrum erlaubte. Zwar war die KP absolut antikommunistisch, dennoch kann es nicht als Zufall bezeichnet werden, dass sie ihre Massenbasis unter den Schiiten der subalternen Klassen fand.

Auch Ba'ath war zweifelsohne eine antikommunistische Partei. Ihre Ursprünge in Syrien zeigen, dass sie gerade unter Christen und Alawiten stark war. Doch ihre dezidiert panarabische Ausrichtung brachte ihr vor allem unter den irakischen Sunniten

eine breite Anhängerschaft.

Den imperialistischen Tiger für seine Zwecke reiten

Gegen die Kassem-KP-Koalition kooperierte die Ba'ath-Partei mit den USA. Doch daraus kann keineswegs abgeleitet werden, dass es sich bei ihr um eine Marionette Washingtons handelte, andernfalls bliebe die weitere Historie unerklärlich. Auch die oftmals versuchte Erklärung mittels des vermeintlich bürgerlichen Klassencharakters der Ba'ath scheint eher eine Vergewaltigung durch starre Kategorien, die im Widerspruch zur radikalen Verstaatlichung des Erdöls steht. Tatsächlich versuchte Ba'ath die USA als Mittel gegen einen als noch gefährlicher erscheinenden Feind, nämlich die proiranischen Kräfte, zu instrumentalisieren. Dies sollte nicht der einzige ähnlich geartete Versuch bleiben. Aber auch die schiitische Gegenseite glaubt die USA für ihre Causa vor den Karren spannen zu können.

Die 70er Jahre waren in jeder Hinsicht das goldene Jahrzehnt des modernen Irak. Die Verstaatlichung der Erdölressourcen führte zu einer Verteilung des bisher unbekanntem Reichtums unter allen Schichten, auch den ärmsten. Diese Maßnahme stärkte die Unterstützung für Ba'ath auch unter den Schiiten massiv, nicht nur das Bündnis zwischen Ba'ath und der KP. Das ging so weit, dass Ba'ath der KP nicht mehr zu bedürfen glaubte, sie in die Wüste schickte und mit dem Erzfeind Iran ein Abkommen schloss, hinter dem Washington steckte. Über die gemeinsame Ablehnung des kurdischen Selbstbestimmungsrechts erzielte man Mitte der 70er Jahre den Ausgleich. Für Saddam war damit der Druck seitens der USA gedämpft und der Schah neutralisiert, denn politische Anziehungskraft unter den ira-

dann verlassen sie das Gebiet schnellst möglich – Lebensgefahr!“...

Was im Endeffekt dahinter steckt ist noch immer fraglich und aktuelle Streitfrage verschiedener kontroverser Medienartikel, von *Ha'aretz*, *International Harold Tribune* und *Daily Star*.

Die GÖAB arbeitet mit dem libanesischen Umweltschutz-NGO *Green Line Association*, der IHO (schiitisches Äquivalent zur katholischen *Caritas*) und Dr. Kubaisi an dieser Kampagne und hat bereits eine Vielzahl von an-

deren NGOs, Vereinen, Plattformen, Bewegungen und ExpertInnen als UnterstützerInnen für ihr Vorhaben, dagegen vorzugehen.

DU-Munition wurde definitiv und nachweisbar im Irakkrieg 1991 zum Einsatz gebracht und ist mit großer Wahrscheinlichkeit auch für den exorbitanten Anstieg and Krebskrankungen in Basra verantwortlich, wo die GÖAB eine Krebsstation unter Leitung von Dr. Eva-Maria Hobiger betreut.

Thomas Kukovec

kischen Schiiten hatte dieser so gut wie keine.

Mit der islamischen Revolution im Iran ging der historische Konflikt in eine neue Runde. Zwar war der Irak eindeutig der Aggressor, der sich einerseits die momentane Schwäche Teherans zu nutze machen und andererseits präventiv gegen den befürchteten Einfluss des schiitischen politischen Islam vorgehen wollte. Der weitere Kriegsverlauf zeigte indes, dass auch der Iran nicht vor expansionistischen Motiven gefeit war. Beide Seiten hielten sich für besonders schlau sich von den USA unterstützen zu lassen, der Irak über den Golf und der Iran über Israel. Der lachende Dritte waren die USA selbst, die auf den historischen Gegensatz die geniale Doktrin des "dual containment", der doppelten Eindämmung, bauten. Ihre Hauptfeinde in der Region bluteten sich gegenseitig aus. Doch im Gegensatz zu den jeweiligen Beschuldigungen war keine der beiden Seiten eine Marionette der USA. Allein, die Gegnerschaft zum regionalen Feind war größer als jene zum Imperialismus, der dies für seine globalen Ziele geschickt zu nutzen wusste.

Zwar konnte sich Ba'th im Irak letztlich halten und auch die arabischen Schiiten gegen einen anfangs propagandistisch heraufbeschworenen später aber durchaus realen persischen Expansionismus bei der Stange halten,

doch der zu zahlende politische Preis war hoch,¹ nämlich der vollkommene Hegemonieverlust und der Aufstieg des politischen Islam zur dominanten politischen Kraft unter den irakischen Schiiten. Der Hass, der bis heute Ba'th entgegenschlägt, auch als wesentliche Komponente des Widerstands gegen die auch von den Schiiten nicht erwünschte US-Besatzung, liegt in dieser Vorgeschichte begründet.

Der schiitische politische Islam beim Tigerritt

Als die USA die Ba'th-Regierung 2003 stürzten, setzten sie auf ein sowohl für den Irak als auch für ihre Außenpolitik revolutionäres Konzept, nämlich eine Herrschaft gestützt auf den schiitischen politischen Islam. Sie selbst hatten sich davor lange Zeit gescheut und ihre traditionelle Doktrin hatte die Ba'th-Herrschaft immer als das

¹ Die schiitischen Araber des Irak organisierten sich vor allem ab den 50er Jahren in der Kommunistischen Partei, die zur einflussreichsten Kraft des Landes aufstieg, insbesondere in den Unterklassen. Das Kassem-Regime, das die probritische Monarchie gestürzt hatte, stützte sich auf sie, genauso wie Ba'th in den ersten Jahren nach der Machtergreifung 1968 ihrer Unterstützung bedurfte. In den 70er Jahren gelang es der Ba'th-Partei dank der außerordentlichen Erdölrente und dem damit verbundenen Aufstieg des Lebensniveaus aller Klassen auch unter den Schiiten starken Einfluss zu gewinnen. Der schiitische politische Islam war zwar schon einige Jahre aktiv, fand jedoch noch keinen Massenanhang, nicht allein nur wegen der starken Repression. Der entscheidende Wendepunkt war der Krieg gegen den Iran. Die arabischen Schiiten liefen zwar nicht zum Iran über, doch sie lehnten den Krieg ab, der sich gegen einen schiitischen Staat richtete, der gerade eine vielversprechende Revolution gegen den Imperialismus vollzogen hatte. Der schiitische politische Islam wurde im Verlauf der 80er Jahre zur stärksten politischen Kraft unter den irakischen Schiiten, während Ba'thismus und Kommunismus rapide an Einfluss verloren. Ba'th wurde zu einer sunnitischen Kraft. Schlagender Beweis für diese Frontstellung, die heute voll zu Tage tritt, war der schiitische Aufstand nach dem amerikanischen Eingreifen in Kuwait, der blutig niedergeschlagen wurde. Die heute erdrückende Dominanz des schiitischen politischen Islam im Irak ist der späte, zu zahlende Preis für den Angriff auf den Iran.

kleinere Übel gegenüber den proiranischen Kräften angesehen. Daher ließen sie Saddam 1991 bei der Niederschlagung des Schiitenaufstandes gewähren. Doch die Neocons erklärten den Sturz des Ba'th-Regimes zum Startschuss ihres „Amerikanischen Reiches“. In ihrer Hybris schlugen sie nicht nur die Erwägungen ihrer Vorgänger in Washington, sondern auch die Kolonialerfahrungen der Briten in den Wind.

Ergebnis ist genau das von Bush senior & Co befürchtete, nämlich die Ausdehnung der Macht Teherans über weite Teile des Iraks. Die Tatsache, dass die Vertreter des schiitischen politischen Islam mit den Ba'jonetten der Besatzung an die Macht gelangten, darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie keineswegs Marionetten der USA sind. Jene direkten Handlanger wie Chalabi und Allawi konnten in der Bevölkerung einfach nicht Fuß fassen.

Auch wenn der Widerstand den heute herrschenden Block als Kollaborateure bezeichnet – und damit sogar Recht hat – werden sie von der schiitischen Bevölkerung nicht als solche empfunden. Denn weder die breiten schiitischen Massen noch ihre Parteien unterstützen die Besatzung, die nur als vorübergehendes Mittel zum Zweck, nämlich die sunnitische Ba'th-Herrschaft loszuwerden, verstanden wird. Die Loyalität des neuen Regimes gilt in unterschiedlichem Ausmaß und über verschiedene Vermittlungen dem Iran bzw. dem schiitischen Klerus. Die Badr-Milizen und der „Hohe Rat der Islamischen Revolution“ (SCIRI) sind direkt dem iranischen Staat und Militär verpflichtet. Den anderen stellt die Bewegung von Muqtada al-Sadr, der die Besatzung verbal angreift, den arabischen Charakter des Irak und seine Einheit betont und mehr auf die radikalen Tendenzen des schiitischen politischen Islam setzt. Doch über den Klerus – oder Teile von diesem – ist auch er mit tausend Fäden an den Iran gebunden.

Mit den USA gegen den Iran?

In ihrem Siegestaumel proklamierten die Neocons die „Entba'thifizierung“

des Irak. Der gesamte Staatsapparat wurde zerschlagen und seine Vertreter en masse in den Untergrund getrieben. Die Assoziation mit der Entnazifizierung war gewollt, ist jedoch mehr als irreführend. In Deutschland waren nur die Spitzen ausgetauscht worden, der Rumpf des Nazi-Staates sollte in der Folge erfolgreich den deutschen Kapitalismus im Sinne der neuen pro-amerikanischen Eliten verwalten. Die amerikanische Hetzjagd gegen Ba'ath passte dem Iran sowie dem irakischen schiitischen politischen Islam ausgezeichnet ins Konzept. Überdies zerstörte sich Washington so eine mögliche Alternative oder zumindest ein Gegengewicht zu den proiranischen Kräften.

Ein Aspekt, der das aus heutiger Sicht schwer verständliche Verhalten der USA erklärt, ist, dass sich damals noch der als Reformler geltende Khatami in Teheran an der Spitze befand. Bis zum Wahlsieg Ahmadinejad hatte man in Washington auf einen Umbuch im Iran nach osteuropäischem Vorbild, also mittels einer Palastrevolte durch die proimperialistischen kapitalistischen Kräfte des Regimes selbst, gehofft. Nachdem dieser Weg nun versperrt scheint, fährt Washington eine aggressivere Linie, die jedoch die bisherige Politik im Irak, die auf die schiitischen Kräfte setzte, auch retrospektiv desavouiert.

Aus dieser Perspektive werden die Avancen, die die USA nun schon seit geraumer Zeit dem Ba'ath-Milieu machen, lesbar. Natürlich geht es dabei auch darum, dem nach wie vor kräftigen militärischen Widerstand die Spitze abzubrechen und die Legitimationsbasis zu entziehen. Der Wunsch nach Verhandlungen seitens der Besatzer kann legitimerweise als Erfolg des Widerstands gewertet werden. Doch enthält er zweifelsohne auch ein anderes Element, das an der historischen antiiranischen Haltung der sunnitischen Eliten genauso wie jener ihrer Basis anknüpft. Was haben die USA anzubieten? Eine substanzielle Beteiligung an dem heutigen Regime in Bagdad unter Fortdauer der amerikanischen Militärpräsenz erscheint nicht nur nicht als attraktiv, sondern sie ist schlicht

unmöglich, denn sie wird vom schiitischen Machtblock abgelehnt – woraufselbst Washington keinen Einfluss hat. So mag in den Hinterköpfen sowohl der USA als auch von Ba'ath eine Neuauflage der Kooperation datierend vom Iran-Irak-Krieg Gestalt annehmen. Denn genauso wie der politische Islam es nicht scheute mit den Bajonetten der USA in Bagdad an die Macht zu gelangen, so sagt die geschichtliche Realität, dass die sunnitischen Eliten, um ihren historischen Machtanspruch auf Bagdad wieder zu erlangen, nicht davor zurückschrecken werden, sich mit den USA gegen den Iran zu verbünden. Es wäre jedenfalls der einfachste Weg wieder das Ruder in der Hand zu bekommen. Gewiss, die Eliten sind nicht kongruent mit dem Widerstand, der seine Wurzeln in den Volksmassen hat. Doch die Tatsache, dass den Eliten bisher nichts anderes blieb, als den Widerstand zu unterstützen, trug erheblich zu dessen Schlagkraft bei. Um die USA wirklich loszuwerden und nicht nur den Erzfeind zurückzudrängen, bleibt dem Widerstand kein anderer Weg, als den Gegensatz zu den schiitischen Massen abzubauen. Vereint wären sunnitische und schiitische Volksmassen allemal in der Lage die USA zu schlagen, genauso wie ein arabisch-persischen Bündnis im globalen Maßstab das Ende der amerikanischen Kontrolle über den Mittleren Osten bedeuten würde.

Tendenz zum Bürgerkrieg

Im Irak kann eine Tendenz zum Bürgerkrieg nicht abgestritten werden, so sehr der Widerstand es versucht und sich dabei selbst täuscht. Die historischen Konflikte, die im wesentlichen politischer und nicht direkt religiöser Natur sind, nutzend, versuchten die USA ein System von Teile-und-Herrsche zu etablieren. Dazu wurde, wie anderswo, ein sogenannter ethnischer Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten konstruiert, der die jeweilige Gruppenidentität mehr prägte als die gemeinsame Zugehörigkeit zum arabischen Irak. Anfänglich mussten den USA entsprechende sunnitisch-schiitische Auseinandersetzungen in den Kram passen, um den Gegensatz zu

zementieren. So deutet vieles darauf hin, dass der Anschlag auf die schiitische Moschee von Samarra aus der amerikanisch-israelischen Giftküche stammt. Denn wenn es sunnitische Kräfte hätten gewesen sein sollen, warum wurde der Dom dann nicht in der Zeit gesprengt, als die Stadt sich völlig in der Hand des Widerstands befand? Tatsächlich fand die Provokation später statt, als sie unter der Kontrolle von schiitischen Milizen stand. Dass es letztere selber gewesen sein könnten, wie viele Sympathisanten des Widerstands behaupten, kann zwar nicht ausgeschlossen werden, mutet aber eingedenk der Tatsache, dass es sich um eines der höchsten schiitischen Heiligtümer überhaupt handelte, doch etwas zu zynisch an.

Doch heute ist den USA die Kontrolle über den Konflikt eindeutig aus der Hand geglitten. Sie kann auch am Ausmaß der Massaker kein Interesse haben, denn sie zerrütten das von der Besatzung etablierte System. Der Aspekt des Teilens läuft zunehmend dem Aspekt des Herrschens zuwider. Statt der versprochenen Stabilität befindet sich das Land mehr denn je im Chaos und außer Kontrolle der USA. Sicher kein überzeugendes Argument für die Herolde des Amerikanischen Reiches.

Der Konflikt hat eine Eigendynamik gewonnen, der sich selbst jene nicht ganz entziehen können, die die nationale Einheit beschwören. Auf der einen Seite drehen die Todesschwadronen der proiranischen Kräfte, die das Innenministerium kontrollieren, die Spirale. Denn ihre Jagd auf Ba'ath färbt sich immer mehr antisunnitisch. Auf der anderen Seite tragen die Salafiten das ihre dazu bei. Sie behaupten zwar gegen die Handlanger der Besatzung vorzugehen, doch das sind alles Schiiten, die den Salafiten ja generell als Apostaten gelten. Es ist kein Zufall, dass die Salafiten heute gerade im Irak den größten Zulauf bekommen, obwohl diese Tendenz dort über keine Tradition verfügt. Sie entspringt dem Wunsch auf Vergeltung, nicht nur gegen die USA, sondern auch gegen die Schiiten. Aus einem politischen Gegensatz wird zunehmend ein religiöser,

der das Potenzial hat auf beiden Seiten die Massen zu erfassen, selbst wenn sie sich zu Organisationen bekennen, die für die nationale Einheit stehen. So nehmen die amerikanischen „Ethnien“,² die zuvor nicht existierten, langsam Gestalt an.

Exkurs: Fallstricke des kulturalistischen Antiimperialismus

Hier sei auch auf den internationalen Kontext des Kriegs der Kulturen verwiesen, dessen Auswirkungen gerade auf den Irak erheblich sind. Die USA führen ihren Krieg zur Errichtung ihres Reiches bekanntlich als Kreuzzug gegen den Islam. Europa fühlt sich zwar mit seinem Säkularismus nicht nur dem Islam, sondern auch der christlichen USA überlegen, was indes seiner Rolle als Juniorpartner der USA im Krieg gegen den Islam keinen Abbruch tut. Die Reaktion auf der anderen Seite ist spiegelbildlich. Der Islam spielt als Identität des antiimperialistischen Widerstands eine immer größere Rolle. Doch welcher Islam? Abgesehen davon, dass es viele mögliche Interpretationen gibt, spielt das große Schisma zwischen Schia und Sunna bis heute eine entscheidende Rolle, auch weil sich dahinter die alte Konkurrenz der persischen bzw. arabischen Kultur verbirgt. Wenn Kultur – und Religion zählt zur Kultur – statt der säkularistischen Nation des Panarabismus

2 Die USA haben den Begriff der Ethnie in den letzten Jahren nicht nur stark strapaziert, sondern ihm eine eigene, ihren Interessen entsprechende Konnotation gegeben. Im Kern geht es darum, Volksgruppen als politische Entitäten zu schaffen, denen aber dennoch nicht der Status einer Nation zugesprochen werden soll. Sie werden angehalten mit der USA gegen den (National)Staat, in dem sie leben, zu kooperieren, werden aber selbst nicht mit den Rechten einer Nation bedacht. So soll das Konzept der nationalen Souveränität ausgehebelt werden. Im Irak sprechen die USA gerne von einer ethnische Dreiteilung in Schiiten, Sunniten und Kurden. Doch das sind gänzlich verschiedene Kategorien – nämlich Religion und Nationalität – die da vermischt werden. Dabei fällt beispielsweise unter den Tisch, dass die Kurden weitgehend Sunniten sind. Vor allem aber wird die Titulatur der Araber in zwei gespalten.

zum zentralen Identitätsstifter wird, dann erhalten die Konfessionsdifferenzen plötzlich einen viel höheren Stellenwert. Trotz der gemeinsamen Feindschaft zum Imperialismus gibt es zwischen Schia und Sunna einen Konflikt um Hegemonie, der gerade im Grenzbereich der Einflusszonen explosiv wird.

Das Programm für eine Front des Widerstands

Das heißt aber keinesfalls, dass im Irak der Zug zum Bürgerkrieg schon abgefahren wäre. Trotz der nun nachgezeichneten explosiven Konfliktlage bleibt im Irak zumindest unter den Arabern die Idee der nationalen Einheit stark. Nicht nur der Widerstand, und fast alle sunnitischen Kräfte bekennen sich dazu, sondern auch die Bewegung, die die schiitischen Unterklassen repräsentiert, jene Muqtada al-Sadr, tritt immer wieder dafür ein.³ Die von den USA oktroyierte Verfassung mit der Dreiteilung des Landes wird auch von letzterer entschieden abgelehnt. Das ist nicht wenig und bringt sie in Gegensatz zu ihren proiranischen Verbündeten.

Doch die Beschwörung der nationalen Einheit allein, oder noch schlimmer, die Leugnung des historischen Problems, wie es im Ba'ath-Milieu üblich ist, kann die gegenläufige Tendenz nicht stoppen. So kann man da folgende Aussagen hören: „Eine politische Front des Widerstands existiert bereits unter der Führung der Ba'ath-Partei“ oder sogar „eine politische Front brauchen wir nicht, denn der Widerstand hat sowieso die Mehrheit des Volkes hinter sich“. Das ist hohler Nationalismus und billiger Triumphalismus, der früher oder spä-

3 Postskriptum, Januar 2007: Seit der Zeit der Abfassung des Artikels ist der Riss zwischen Widerstand und Muqtada noch tiefer geworden. Nicht nur, dass Muqtadas Mahdi-Armee sich an den Todesschwadronen der Regierung beteiligt, tatsächlich entwickelte sich Muqtada immer mehr zur Hauptstütze der Regierung al-Maliki. Die Exekution Sadams, der als Symbol des Widerstands starb, verkam zu einer Orgie der niedrigsten Vergeltung durch offensichtlich der Bewegung Muqtadas angehörigen Henkern.

ter zum Zusammenbruch verurteilt ist oder gar der offenen Kollaboration mit den USA gegen den Iran den Weg ebnet.

Andererseits ist die Empörung beim Widerstand über die vielfach dokumentierte Beteiligung von Muqtadas Mahdi-Armee an der Jagd auf Ba'athisten nicht nur verständlich, sondern auch legitim. Muqtadas schwankende Haltung, die den Druck verschiedener Interessen reflektiert, ist bekannt. Man muss jene seiner Handlungen, die objektiv der Besatzung dienen, wie beispielsweise auch die Beteiligung an der Regierung, verurteilen, ohne die Versuche, seine Bewegung näher an den Widerstand zu ziehen und schließlich in eine politische Front einzubeziehen, aufzugeben. Ultimativische Haltungen, wie sie im Bereich des Widerstands und auch unter einigen seiner Unterstützer im Westen verbreitet sind, die Muqtada direkt der Front der Besatzer zurechnen, sind da kontraproduktiv. So wenig Versöhnung mit der Besatzung angebracht ist, so unumgänglich erscheint die nationale Versöhnung über die Zerwürfnisse der Vergangenheit, die auch die Sühne für die Diktatur der Ba'ath-Partei einschließen muss.

Will man die Gegensätze überbrücken und wirklich die nationale Einheit herstellen – und das ist nur über eine breite politische Front möglich – so muss eine echte Lösung für den historischen Konflikt gefunden werden. Der Irak kann nur als arabisches Land zur Einheit finden (abgesehen einmal von den Kurden, denen das Selbstbestimmungsrecht gewährt werden muss), die Präsenz der iranischen Kräfte, vom sunnitischen Milieu sogar als iranische Besatzung bezeichnet, muss beendet werden. Andererseits muss das Schiitentum und der darin enthaltene persische Einfluss als Teil der irakischen Kultur anerkannt werden. Vielleicht kann eine modernisierte Version der abbasidischen Formel entwickelt werden, die die islamische Zivilisation zu seiner höchsten Blüte in der Synthese von Arabien und Persien brachte.

Entscheidend ist also die Machtbeteiligung beider Seiten. Sowohl die

Bürgerkrieg im Irak

Warum wir weiterhin den Widerstand unterstützen

Sprechen wir Klartext: der sunnitisch-schiitische Konflikt im Irak hat sich im Verlauf des letzten halben Jahres zu einer Form des Bürgerkriegs ausgewachsen.

Es hilft da wenig, das einfach mit dem Hinweis abzustreiten, dass dies alles Machinationen der USA und des Zionismus seien – wie es viele unserer Freunde im Widerstand gerne tun. Sicher, die USA haben tatsächlich wesentlich dazu beigetragen, ohne jedoch dies von Anfang an im Schilde zu führen. Denn der Bürgerkrieg zeigt keineswegs den Erfolg Washingtons an, sondern dessen totales Fiasko, den völligen Verlust der Kontrolle über die Situation.

Man kann sich auf die Suche nach dem historischen Kontext des Konflikts machen (siehe dazu den Artikel zum irakischen Widerstand auf S. 23). Doch es hätte nicht zwangsläufig so weit kommen müssen. Oder anders gesagt: die zentralen Gründe liegen in den aktuellen Interessenskonflikten.

Um Saddam Hussein und sein Ba'ath-Regime zu stürzen, schlugen die Neokonservativen alle Vorgaben der bisherigen US-Politik in der Region in den Wind. Noch 1991 hatten sie Ba'ath als das kleinere Übel

gegenüber dem proiranischen schiitischen politischen Islam verstanden und dementsprechend Saddam bei der Niederschlagung des schiitischen Aufstands gewähren lassen. Bis 2003 überwog die Angst vor dem Iran und der Ausdehnung seines Einflusses auf den gesamten Shatt al-Arab und darüber hinaus.

Die Neocons glaubten mit Waffengewalt alle politischen Hindernisse hinwegfegen zu können. Anfangs träumten sie davon, mittels ihrer direkten politischen Agenten Chalabi und Allawi ein loyales Marionettenregime errichten zu können, ähnlich jenen, über die sie in der halben Welt gebieten. Doch das misslang gründlich. Nicht nur schlug ihnen der raue Wind des vor allem vom sunnitischen Bevölkerungsteil getragenen Widerstands entgegen. Sondern mit dem von ihnen eingesetzten Regime passierte genau das, wovor die alten US-Machteliten gewarnt hatten – es gelangte unter die Kontrolle proiranischer Kräfte, für die die US-Besatzung nur das kleinere Übel gegenüber dem Saddam-Regime darstellt und die sich unter veränderten Umständen ohne weiteres gegen die USA wenden können.

Washington hatte sich also gleich zwei Eigentore auf einmal geschossen. Aus dem ehemaligen "dual containment" (doppelte Eindämmung, so die Bezeichnung der politischen Linie der USA am Golf seit der islamischen Revolution im Iran 1979) ist so was die einer doppelten Entfremdung geworden.

Die proiranischen Kräfte haben in Bagdad ein richtiggehendes Terrorregime aufgezo-gen. Kern dessen sind die Badr-Brigaden der Hakim-Familie, die direkt an den iranischen Militärapparat angebunden sind. Mit Billigung und Unterstützung Washingtons veranstalteten sie zuerst eine Treibjagd auf die Reste der Ba'ath-Partei. Von den amerikanischen Auftraggebern wurde dieser Rachefeldzug euphemistisch „Entba'athifizierung“ genannt. Doch je

mehr sich der Widerstand ausdehnte, war er es, der zum Ziel des Terrors der Todesschwadronen wurde. Nachdem der Widerstand breiteste Unterstützung in der sunnitischen Bevölkerungskomponente genießt, nahmen die Attacken einen antisunnitischen Charakter an.

Für den Ausbruch des Bürgerkrieges gibt es also eindeutig Schuldige. Neben Washington ist das Teheran mit seinen lokalen Verbündeten.

Der Widerstand setzte sich natürlich gegen die Angriffe zur Wehr. Er versuchte das auf eine nicht-konfessionalistische Weise. Aber angesichts der starken islamischen Färbung des nationalen Widerstands konnte es nicht ausbleiben, dass konfessionelle Vergeltung geübt wurde. Zumal die salafitischen Strömungen (al-Qa'ida ist nur eine davon) diese Situation ausnutzen, um ihre offen chauvinistische antischiitische Kampagne zu fahren. Obwohl diese Form des Islam im Irak über keine historischen Wurzeln verfügt, erweist sich der politische Boden angesichts der beschriebenen Situation für sie als fruchtbar.

So dreht sich nun die Spirale von konfessioneller Gewalt und Gegengewalt scheinbar unaufhaltsam in den Bürgerkrieg. In dieser Form ist er auch den USA aus der Hand geglitten, insofern er Akteure stärkt, die sich nicht unter ihrer Kontrolle befinden, unberechenbar sind und sich sogar gegen sie wenden. Hinzu kommt, dass die USA ihre Invasion als einen Export von Demokratie, Frieden und Wohlstand angepriesen haben. Die Welt kann die Bredouille, in der sie sich heute im Irak befinden, nur als Zeichen ihrer Schwäche werten, was ihre Glaubwürdigkeit und damit auch ihre Macht schmälert.

Damit ist aber vorläufig auch die Perspektive auf eine nationale Widerstandsfront, die einen signifikanten Teil des schiitischen politischen Spektrums einschließen würde, verstellt. Größte Enttäuschung dabei ist die Be-

jahrhundertlang von der Macht ausgeschlossenen Schiiten als auch die Sunniten müssen an der Macht beteiligt werden, ansonsten werden scharfe Konflikte nicht ausbleiben. Über die Eliten ist das nicht möglich, denn diese sind immer mehr konfessionalistisch organisiert. Es bedarf der Beteiligung der Volksmassen an der Macht, der Demokratie des Volkes durch Organe der Partizipation verbunden mit dem Programm der sozialen Gerechtigkeit, die als einzige eine wechselseitige Garantie gegen den Ausschluss geben können. Deren Embryo kann nur die Front des Widerstands sein.

*Willi Langthaler
Wien, September 2006*



wegung des schiitischen Subproletariats unter der Führung von Muqtada al-Sadr. Nicht nur wir, sondern selbst Teile des Widerstands gaben die Hoffnung bis zuletzt nicht auf, dass er sich ihnen anschließen könnte. Tatsächlich gab es vielversprechende Zeichen. Neben den immer wieder gemachten Aufrufen an die USA bedingungslos abzuziehen, waren da die Aufstände 2004, die Solidarität mit dem belagerten Falluja, sowie die Ablehnung der oktroyierten Verfassung 2005 mit einem vehementen Eintreten gegen die Teilung des Landes.

Anlässlich der Wahlen im Dezember 2005 stellten wir fest, dass der eigentliche Wahlsieger Muqtada hieß und damit die engsten US-Kollaborateure unter den Kräften des schiitischen politischen Islam geschlagen worden waren. Tatsächlich verband sich die Regierung al-Maliki mit Muqtada, der zur Hauptstütze des Regimes in Bagdad wurde. Die Folge davon war auf der anderen Seite, dass Muqtada und seine Mahdi-Armee trotz anderslautender Rhetorik in den Bürgerkrieg auf schiitischer Seite hineingezogen wurde und vom Widerstand zu Recht für die Politik der Regierung verantwortlich gemacht wurde.

Den Bruch besiegelte die Hinrich-

tung Saddams Ende 2006, bei der offensichtlich Parteigänger Muqtadas sich als Henker verdingten und Saddam noch während der Exekution zu demütigen versuchten. Saddam ist dank seiner Standhaftigkeit gegen die Besatzung aber mittlerweile zum Symbol des Widerstands geworden, ungeachtet möglicher Kritikpunkte. Die grausame Inszenierung der Erhängung wird vom Widerstand als gemeinsame Attacke der USA und ihrer schiitisch-islamistischen Verbündeten einschließlich Muqtadas verstanden – ein Graben, der auf absehbare Zeit nicht zu überbrücken sein wird.

Wie von Anfang an stehen wir weiter fest auf der Seite des Widerstands, auch gegen die Regierung al-Maliki und ihren Verbündeten Muqtada. Sollten sich die Rahmenbedingungen und die internationale Konstellation ändern, mag der Widerstand abermals versuchen, die Hand auszustrecken. Vielleicht wird sie ja dann angenommen.

Die politische Gegnerschaft zu den großen Formationen des schiitischen politischen Islams im Irak sowie der Quasi-Besatzungspolitik des Iran gegenüber seinem Nachbarn darf aber keinesfalls zu antischiitischen und chauvinistischen antiiranischen Aus-

fällen führen, wie sie im sunnitischen Milieu verbreitet sind. Der Kampf muss weiterhin als nationaler und politischer geführt werden, obwohl nicht geleugnet werden kann, dass die Basis des Widerstands vorwiegend die sunnitischen Araber sind.

Bruchlinien sind im schiitischen Bereich genug vorhanden. Einerseits ist da die drohende Aggression der USA gegen den Iran und seine schiitische Achse, die die antiamerikanische Stimmung nur verstärken kann – ganz abgesehen davon, dass die Besatzung auch unter den Schiiten abgelehnt wird. Andererseits ist da die arabische Identität auch der irakischen Schiiten, die eine zu starke Bevormundung aus Teheran wohl nicht ewig dulden werden können. Es liegt auch am Widerstand, diese Bruchlinien zu fördern und den Schiiten ein für sie akzeptables Programm zu präsentieren.

Der Zusammenschluss der sunnitischen und schiitischen Gegner der Besatzung in eine gemeinsame Front würde mit großer Wahrscheinlichkeit genug Kraft entfalten, um die Invasoren aus dem Land zu jagen.

Willi Langthaler
14. Januar 2006

Erklärung des venezolanischen Außenministeriums zur Hinrichtung von Saddam Hussein

Die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela verurteilt die Hinrichtung des früheren irakischen Präsidenten Saddam Hussein kategorisch und zögert nicht, diesen verabscheuungswürdigen Akt als politisches Verbrechen zu bezeichnen, welches das Resultat der illegitimen Besetzung dieser arabischen Brudernation durch fremde Mächte ist.

Die Ermordung Saddam Husseins war die Folge eines Urteils, das von Gerichten gefällt wurde, die von den Invasionstruppen unter Führung der USA eingesetzt worden waren. Dem entmachteten und später hingerichteten ehemaligen irakischen Präsidenten wurde das Recht auf einen gerechten Prozess vorenthalten, seine Rechtsanwälte waren Opfer von Verfolgung, Bedrohung und Attentaten. Die Ungerechtigkeiten, die gegen ihn verübt wurden, legen Zeugnis von den ungesetzlichen Vereinbarungen ab, die darauf ausgerichtet waren, dieses Verbrechen zu legitimieren, ein Verbrechen, das heute die Würde der Völker der Welt, insbesondere

die des arabischen Volkes, verletzt.

Die Bolivarische Republik Venezuela lehnt, wie es ihre Verfassung fest schreibt, die Anwendung der Todesstrafe prinzipiell ab. Darüber hinaus spricht sie sich jedoch auch entschieden dagegen aus, dass sich eine oder mehrere Großmächte mit Unterstützung anderer Länder selbst das Recht herausnehmen, die Rolle der UNO zu usurpieren und Entscheidungen zu treffen, die darauf abzielen, einem Präsidenten, der von Invasionstruppen entmachtet wurde, die Freiheit und in der Folge das Leben zu nehmen.

Der ehemalige irakische Präsident wurde des Todes von rund 150 Personen für schuldig befunden und dafür gehenkt. Doch die militärische Besetzung des irakischen Territoriums, die von US-Präsident George W. Bush angeordnet worden war, hat den Tod von zehntausenden Bürgern dieses Landes und mehr als dreitausend nordamerikanischen Soldaten sowie rund zwanzigtausend

Kriegsversehrte verursacht.

Eines Tages werden sie sich für diese tausende Morde und schweren Menschenrechtsverletzungen vor der internationalen Gerichtsbarkeit verantworten müssen.

Wir bekräftigen unsere Forderung nach Beendigung der illegalen Besetzung des Irak und rufen die Vereinten Nationen dazu auf, alle nötigen Maßnahmen zu treffen um die Souveränität dieser Nation wiederherzustellen und die zahllosen Menschenrechtsverletzungen, die im Namen eines scheinheiligen Kampfes gegen den Terrorismus verübt wurden, zu untersuchen.

Caracas, 3. Januar 2007

Quelle: www.aporrea.org/dameverbo.php?docid=88679 (Übersetzung: Red.)



Somalia: Nachhaltiger Sieg Äthiopiens oder Öl ins Feuer der amerikanischen Weltordnung?

Unerwartet schnell besiegten die äthiopischen Truppen die somalischen islamistischen Milizen. Nicht nur die Hauptstadt Mogadischu wurde kampflos geräumt, sondern es kam zu überhaupt keiner größeren militärischen Konfrontation. Zu groß ist die Überlegenheit der äthiopischen Armee in der konventionellen Kriegsführung, die eine der potentesten Militärmächte Afrikas darstellt. Zudem hatte sie die Unterstützung der USA im Rücken, die den Konflikt sogleich in ihr Schema des Kriegs gegen den islamischen Terror einreihen. Ob diese eine gewonnene Schlacht eine dauerhafte Befriedung im Sinne des US-Imperiums darstellt, muss indes als ungewiss gelten. Ähnliches Siegesgeheul hatte man schon in Afghanistan und dem Irak angestimmt. Doch bereits in den ersten Tagen nach der Einnahme der Kapitale kam es zu Straßenprotesten gegen die äthiopische Militärpräsenz sowie gegen den Versuch

der neuen Regierung von Addis Abebas Gnaden die Bevölkerung zu entwaffnen. Nichts weist darauf hin, dass die neuen Machthaber Lösungen für die Probleme anzubieten haben, die die Islamisten als einzige anzupacken versuchten.

Historischer Konflikt am Horn von Afrika

Der somalische Krieg kann nicht ohne den Kontext der politischen Verhältnisse am Horn von Afrika verstanden werden, dessen Machtzentrum der politische Block des abessinischen Christentums ist. Die christlichen Eliten Äthiopiens schreiben sich gerne auf die Fahnen, die einzige Macht Afrikas gewesen zu sein, die sich einer dauerhaften Kolonisierung widersetzen konnten, was ihnen erhebliches Prestige einbrachte.

Doch das einschränkende Gegenargument der nichtchristlichen Nationalitäten Äthiopiens scheint zu ste-

chen. Das christliche Machtzentrum konnte seine relative Selbständigkeit nur dadurch bewahren, indem es sich am und um das abessinische Hochland seinerseits als Kolonisator im Dienste des westlichen Imperialismus betätigte. Tatsächlich besiedelt das Kernvolk der Amharen und der verwandten Tigrai nur einen kleinen Teil im Norden des Hochlands. Zusammen stellen sie rund ein Drittel der Bevölkerung. Die größte mehr oder weniger einheitliche Nationalität stellen hingegen die Oromo mit rund 40%, während die Muslime der verschiedensten Volksgruppen zusammen mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Der christliche Machtblock unterwarf sich die von den Muslimen besiedelten Territorien, die flächenmäßig ein Vielfaches ihres eigenen Siedlungsgebietes ausmachen. Ihre Bestrebungen auf Selbstbestimmung werden bis heute blutig unterdrückt.

Am bekanntesten ist sicher der



Konflikt um Eritrea. Dabei handelt es sich um eine ehemals italienische Kolonie, die Äthiopien noch im Zuge der Entkolonisierung annektierte. Es entwickelte sich eine nationale Befreiungsbewegung, die sich auf die Tigrai stützte und die gegen das prosojettische Regime der Derg gemeinsam mit der äthiopischen *Tigray People's Liberation Front* (TPLF) kämpfte. Als im Gefolge des Falls der Berliner Mauer auch das Derg-Regime zusammenbrach, erhielt Eritrea seine Unabhängigkeit und die TPLF mit dem heutigen starken Mann Meles Zenawi übernahm in Addis Abeba die Macht. Dabei stellen die Tigrai von einer Gesamtbevölkerung von rund 75 Millionen maximal fünf Millionen. Beim nachher neuerlich aufgeflamten äthiopisch-eritreischen Krieg handelt es sich also teilweise um einen Inner-Tigrai-Konflikt, denn diese christliche Volksgruppe stellt auch in Eritrea den herrschenden Block. Die imperiale Logik Äthiopiens macht also selbst dann keine Ausnahme, wenn es um einen Teil der herrschenden Nationalität geht, die durch den direkten Kolonialismus einen anderen Entwicklungsweg genommen hat.

Die Bewegung der Oromo-Nationalität ist im Westen weitgehend unbekannt, weil sie nie eine eigene Staatlichkeit entwickelte, sondern sich im Einflussbereich des christlichen Zentrums befand und so auch teilweise christianisiert wurde, obwohl sie mehrheitlich muslimisch ist. Die Stoßrichtung der Bewegung ist daher weniger die Unabhängigkeit von dem Land, in dem sie selbst die Mehrheit stellen, sondern eine stärkere Beteiligung an der Macht. Erst mit dem sich verstärkenden Einfluss des Islam als Befreiungsideologie und der damit verbundenen internationalen Frontstellung konnten sich solche Tendenzen stärken. Die äthiopische Armee brüstete sich in ihrem Somalia-Feldzug jedenfalls damit, auch Kämpfer der *Oromo Liberation Front* (OLF) getötet und gefangengenommen zu haben. Die oromoische Nationalbewegung unterstützt die Bewegung der Somalis im Ogaden im Osten Äthiopiens, die laut *CIA Factbook* rund 6% der Gesamtbe-

völkerung zählen.

Ogaden – internationale Überlagerung eines regionalen Konflikts

Die muslimischen Somalier in Äthiopien aber auch in vielen Teilen Somalias lebten und leben teilweise noch heute nomadisch in Stammesverbänden. Die Grenzziehung kümmerte sie bei ihren saisonalen Wanderungen auf der Suche nach Wasser und Weideland wenig. Gegen die Unterdrückung durch die Zentralregierung entwickelte sich schon in den 60er Jahren eine Bewegung. Mit der Parteinahme Somalias und seinem militärischen Eingreifen ab 1975 entspann sich ein internationaler Konflikt im Rahmen der Blockkonfrontation.

Die linksmodernistischen Militärs der amharischen Derg, die 1974 in Addis Abeba an die Macht gekommen waren, lehnten sich immer stärker an die Sowjetunion an. Ursprünglich hoffte auch der somalische Machthaber Siad Barre auf die Unterstützung der UdSSR im Aufbau eines modernen Staatswesens. Aber da sein großsomalisches Projekt mit dem viel stärkeren Äthiopien zusammenstieß, wandte er sich schließlich an die USA. Der Ogaden-Krieg endete schließlich trotz westlicher Unterstützung in einer Niederlage für Somalia und ebenso der Niederschlagung der autochthonen Bewegung der Somalier in Äthiopien.

Äthiopische Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Mit der Machtübernahme der Derg veränderten sich die Bündnissysteme am Horn radikal. War das äthiopische Zentrum früher Hauptverbündeter, so wurde es nun zum Hauptfeind des Westens. Sudan, Somalia, Kenia sowie die eritreische Bewegung brachte man gegen Addis Abeba in Stellung. Da Äthiopien die südsudanesischen *Sudan People's Liberation Army* (SPLA) unterstützte, gab Washington Khartum gegen sie freie Hand.

Im Gegensatz zu vielen anderen Verbündeten der UdSSR, die sich lediglich an Moskau anlehnten, um ihre nationale Unabhängigkeit durchsetzen zu können, führten die Derg radi-

kale soziale Reformen, wie eine Landreform und Verstaatlichungen, durch. Dass solche Maßnahmen trotz anderer Intentionen nach hinten losgehen können, sah man bereits an den radikalen Reformen der linksnationalistischen Khalk in Afghanistan. So darf es nicht wundern, dass die revolutionären Reformen der linken Amharen an den ungleichen Beziehungen zwischen den Nationalitäten des Vielvölkerstaates wenig veränderten. Die Konflikte setzten sich nach tradierten Mustern fort, so dass berechtigter Unmut und Protest vom Imperialismus für seine Zwecke missbraucht werden konnten.

Der Sturz der Derg Anfang der 90er Jahre war so tief, dass mit ihnen das staatstragende Volk der Amharen nach zwei Jahrtausenden erstmals von der Macht gefegt wurde. An der Spitze einer Nationalitätenkoalition übernahmen die ebenfalls christlichen Tigrai den Staatsapparat. Die Hoffnungen der anderen Nationalitäten wurden schnell enttäuscht, bis an den Punkt, dass die herrschende TPLP sich in einen Krieg gegen ihre ehemaligen Verbündeten von der *Eritrean People's Liberation Front* (EFLP), die der gleichen Nationalität angehören, stürzte.

Die Bündniskonstellation am Horn drehte sich indes abermals um 180 Grad. Das autoritäre äthiopische Regime von Meles Zenawi wurde wieder zum Hauptpfeiler der USA in der Region, vor allem gegen den Sudan, der von Washington zum Schurkenstaat erklärt wurde. In ihrem Kreuzzug gegen den Islam trifft es sich für die USA bestens, dass es sich in Addis Abeba um ein christliches Regime handelt. Dass dabei die somalischen Islamisten ins Visier geraten würden, war abzusehen.

Islamisten als Alternative

Nach 1991 war das Regime Siad Barres in Mogadischu mangels Unterstützung durch die USA nach Ende des Kampfes gegen die Derg zusammengebrochen. Das Land zerfiel entlang von Clan- und Stammesstrukturen, die diesen Kapitalismus besonderer Form strukturierten. Stammesführer

transformierten sich in Kriegsherren, die die Territorien in wechselnden Allianzen gewaltsam unter sich aufteilen, Wegzölle und Abgaben einheben und die Zivilbevölkerung nicht nur der Gegner terrorisierten. Anfangs störte das die USA nicht weiter, aber als die Konflikte sich zum Bürgerkrieg auswuchsen, griffen die USA unter der Ägide der UNO militärisch ein. Neben den üblichen unmittelbaren Wirtschaftsinteressen dürfte ausschlaggebend gewesen sein, dass Washington gerade seine Neue Weltordnung verkündet hatte, die eine allgemeine Befriedung versprach.

Eine US-Kommandoaktion 1993 endete mit dem Abschuss zweier Kampfhubschrauber und dem Tod von 19 Soldaten, und wurde über den Film *Black Hawk Down* zum nationalen Trauma. Damit wurde schlagartig klar, dass es im Chaos des Zerfalls auch Platz für ein antiimperialistisches Moment gab.

Aber nicht nur die USA versuchten auf die Warlords Einfluss zu nehmen, sondern auch Äthiopien. Auf dem Gebiet der ehemals englischen Kolonie Somaliland im Norden entstand der gleichnamige Quasistaat, in der Mitte Somalias einschließlich des Horns der Quasistaat Puntland. International nicht anerkannt, hält doch Addis Abeba mit Duldung der USA seine schützende Hand über sie. Ähnliches hatte man mit der Übergangsregierung im Süden des Landes vor, die, beschützt von Äthiopien, nur in der Provinzstadt Baidoa residieren konnte.

Fast zwei Jahrzehnte des Chaos und der Willkürherrschaft von marodierenden Milizen waren nicht nur der einfachen Bevölkerung zu viel. Auch viele Geschäftsleute drängten nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, die ihnen nicht nur ihr Eigentum und eventuelle Investitionen sichern, sondern auch einen über die Kontrolle der jeweiligen Miliz hinausgehenden nationalen Wirtschaftsraum garantieren kann.

In Ermangelung eines nationalen Projekts und einer nationalistischen Bewegung, wie sie der Modernist Siad Barre konzipiert hatte, fällt diese Rolle den Islamisten zu. Sie bieten nicht

nur eine Ideologie an, die die engen Grenzen der Stammesloyalitäten überwinden kann, sondern reihen sich in die internationale islamische Mobilisierung gegen den Imperialismus ein. So gelang es den bewaffneten Verbänden der „Vereinigung der Islamischen Gerichte“ im Sommer 2006 nicht nur Mogadischu einzunehmen, sondern der größte Teil des Südens fiel praktisch kampflos in ihre Hände. Die Bevölkerung hieß die neue Ordnung sichtlich willkommen, ähnlich wie die Taliban sich in Afghanistan durchsetzen konnten, weil sie den mörderischen Krieg der Mudschaheddin-Fraktionen beenden konnten.

Die Putzkolonnen, die Mogadischu vom Dreck der letzten 15 Jahre befreiten, die freie Bewegungsmöglichkeit ohne bei Straßensperren willkürlich abkassiert oder von Milizionären vergewaltigt zu werden, wog die kulturelle Rigidität der Islamisten in den Augen der breiten Massen auf. Auch viele lokale Geschäftsleute freuten sich über die neue Sicherheit für ihre Unternehmungen.

Anders als in Afghanistan soll die strenge Interpretation des Islam in Somalia keine Tradition haben. So ist beispielsweise der Genuss der Kaudroge Khat, den die Islamisten untersagt hatten, sehr weit verbreitet und auch sozial akzeptiert.

Salafitische Gruppen wie al-Qa'ida mögen in Somalia einzelne Zellen unterhalten und auch die lokalen Islamisten unterstützt haben, über eine wirkliche Verankerung im Volk verfügen sie indes nicht.

Guerillakrieg oder Stabilisierung?

Dass die Islamisten in offener Feldschlacht nicht bestehen konnten, war von Anfang an klar. Da ist Somalia keine Ausnahme, sondern die Regel. Es stellt sich viel mehr die Frage, ob sie zum Guerillakrieg fähig sind.

Die Ausgangsbedingungen der Islamisten scheinen jedenfalls ungünstiger als anderswo. Es fehlt an politischen und militärischen Kadern, die Rückgrat des Kampfes sein und die eine disziplinierte Organisation jenseits der Stammesloyalitäten bil-

den könnten.

Nicht nur der progressiv-antiimperialistische Islamismus zum Beispiel der libanesischen Hizbollah steht im bewussten Bruch mit der Tradition, der etablierten Gesellschaft und ihrer Eliten, sondern auch der reaktionär-antiimperialistische Fundamentalismus der Salafisten. Die Taliban bleiben zwar mit ihrer Stammesbasis eng verbunden, wurden aber dennoch zutreffend als Bewegung des Lumpenproletariats bezeichnet, das gegen die in Warlords verwandelten Mujahiddin-Führer rebellierte. Die somalischen Islamisten hingegen stützen sich trotz aller universellen islamischen Rhetorik vor allem auf die Stammesloyalitäten, vor deren Konflikten und Opportunismen sie keineswegs gefeit sind. Nicht umsonst drängen die USA darauf, das, was sie moderaten Flügel der Islamisten nennen, in das neue Regime einzubinden.

Aber es gibt auch Faktoren, die eine Eskalation des Konflikts und Radikalisierung der Islamisten bewirken könnten.

Die Präsenz äthiopischer Truppen ist extrem unpopulär, um so mehr als es sich um den Erzfeind handelt. Meles Zenawi hat zwar den baldigen Abzug seiner Verbände versprochen. Doch er will seinen Erfolg nicht aufs Spiel setzen und weiß, dass die von ihm eingesetzte Regierung äußerst schwach ist und internationaler Truppen bedarf. Bisher hat nur der US-Verbündete Uganda zugesagt. Man versucht möglichst muslimische Länder wie Malaysia oder Indonesien für die Aufgabe einzuspannen. Es ist jedoch nicht abzusehen, ob dies gelingen wird und in welchem Zeitraum. Und selbst afrikanische Truppen könnten schnell als Fremdherrscher angesehen werden.

Hinzu kommt die aggressive Haltung der USA, die nicht nur die Küste abgesperrt hat, sondern auch vor Luftangriffen nicht zurückschreckt.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Konflikt zwischen den Milizen um die Macht wieder ausbricht, wenn es der eingesetzten Regierung nicht gelingt, alle wesentlichen Kräfte einschließlich eines signifikanten Teils der Islamisten einzu-

Irakischer Widerstand gratuliert Chávez zum Wahlsieg „Bilden wir eine internationale Front gegen den Imperialismus“

An Seine Exzellenz Präsident Hugo Chávez

Im Namen des Irakischen Widerstands und der *Nationalen Patriotischen Islamischen Front* (NPIF) überbringen wir unsere herzlichen Glückwünsche zu Ihrem großartigen Sieg. Es ist ein bemerkenswerter Erfolg nicht nur für Venezuela, sondern für die gegen den Imperialismus kämpfenden unterdrückten Massen auf der ganzen Welt.

Im Irak sind wir sehr zufrieden

und betrachten Ihren Sieg als den unseren und den aller Revolutionäre. Wir versichern Ihnen, dass wir unseren Widerstand gegen die barbarische US-Besatzung fortsetzen werden. Wir sind uns sicher, dass wir schlussendlich die Invasoren besiegen und unser Land befreien werden.

Unsere Glückwünsche auch dem venezolanischen Volk, auf dass es weitere Siege in seinem mutigen Kampf gegen den US-Imperialismus erringe.

Wir schauen freudig in die Zukunft eine internationale Front gegen den Imperialismus zu bilden.

Unsere herzlichen Grüße

Abduljabbar Sulaiman Al-Kubaisi
Präsident der
Irakischen Patriotischen Allianz (IPA)
Offizieller Vertreter der NPIF IRAQ
4. Dezember 2006

Häuserzerstörungen von Beduinen in der Wüste Naqab

Das israelische Innenministerium hat die Zerstörung von mehr als 42.000 Wohneinheiten palästinensischer Beduinen in der Naqab-Wüste (Negev) angeordnet. Dies geht aus einem Anfang Dezember 2006 veröffentlichten Bericht des Senders *Al-Jazeera* hervor. Unter Zugrundelegung von Angaben des Palästinensischen Informationszentrums (PIC) berichtet der Sender, dass der israelische Innenminister Roni Bar-On diese Wohnungen als illegal bezeichnet und ihren Abriss ver-

fügt hat.

Nach Angaben von palästinensischen Sicherheitskräften hat das israelische Militär bereits am gleichen Tag damit begonnen, diese neue Anordnung umzusetzen. Der Gemeinderat des Zusammenschlusses für Beduinen-Dörfer, der nicht von Israel anerkannt wird, verurteilte die Äußerungen des israelischen Innenministers auf das Schärfste. Derartige Anordnungen zerstören eine ganze Gemeinschaft, so der Rat. Einige der zer-

störten Häuser wurden bereits vor 1948 errichtet. Die betroffenen Familien sind nun obdachlos.

In der Vergangenheit hat das israelische Militär schon häufiger Häuser palästinensischer Beduinen mit der Begründung, sie seien ohne Baugenehmigung errichtet worden oder befinden sich in sogenannten nicht registrierten Ortschaften, zerstört.

Quelle: www.palaestina.org
7. Dezember 2006

Fortsetzung von Seite 32

binden. In Somaliland und Puntland scheint es gelungen zu sein, im Süden nicht. Sollte der Bürgerkrieg wieder aufflammen, dann gibt das den besten Humus für die Islamisten ab.

Und da gibt es natürlich noch den globalen amerikanischen Krieg, in den hineingezogen, Somalias Islamisten sicher zu einer Radikalisierung tendieren werden und dafür auch den notwendigen Zuspruch aus dem Volk bekommen könnten.

Vor dem Hintergrund der inter-

nationalen Kräfteverhältnisse und des globalen „US-Anti-Terrorkrieges“ nehmen die islamischen Antiimperialisten in Somalia zweifellos die gesellschaftlich progressivste Position ein. Angesichts der Medienschlamm-schlacht im Westen sollte ihnen die Solidarität der antiimperialistischen Bewegung zuteil werden.

Willi Langthaler
8. Januar 2007

Einreiseverbote für Awni al-Kalemji nach Deutschland und in die Schweiz

Massive Einschränkung demokratischer Rechte

Die Berliner Ausländerbehörde verhängte am 27. September 2006 ein Einreise- und Aufenthaltsverbot gegen Awni al-Kalemji von der *Irakischen Patriotischen Allianz*.

Es wird der Vorwurf erhoben, dass Kalemji mit der politischen Unterstützung des irakischen Widerstands die „öffentliche Sicherheit und Ordnung der BRD beeinträchtigt. (...) Dies [Kalemjis Billigung des Widerstands] beinhaltet eine Beeinträchtigung der Grundinteressen der Gesellschaft, gerade wenn es um auswärtige Belange der BRD geht, hier das Verhältnis zum Irak und den USA.“

Damit zeigt sich ein weiteres Mal, dass sich die BRD völlig im Schlepptau der USA befindet und sich hinter ihre völkerrechtswidrigen imperialen Kriege stellt. Wenn rationale Argumente nicht mehr in Anschlag gebracht werden können, so wird Kalemji, der Zeit seines Lebens sich als säkularer Nationalist und Marxist bezeichnete, kurzerhand zum radikalen Islamisten gestempelt.

Durch seinen Hamburger Anwalt

Heinz Jürgen Schneider hat Awni al-Kalemji am 30. November 2006 Klage beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht.

Auch die Schweiz hat im Dezember 2006 Kalemji mit einem Einreiseverbot belegt. Er reiste am 13. Dezember 2006 mit dem Flugzeug via Zürich nach Griechenland, um der Konferenz gegen Isolation beizuwohnen, die dort vom 15. bis 18. Dezember stattfand. Bevor er das Flugzeug nach Griechenland in Zürich bestieg, nahm ihm die schweizerische Polizei in der Transitzone seinen Pass ab und erklärte ihm, dass es ihm nicht gestattet sei, in die Schweiz zu reisen, auch nicht für Transitzwecke. Nachdem er fünf Stunden lang festgehalten worden war, wurde er gezwungen mit der ersten verfügbaren schweizerischen Maschine nach Dänemark zurückzuflogen.

Die Irakische Patriotische Allianz stellte in einer Presseerklärung vom 14. Dezember 2006 fest: „Die westlichen Regimes haben humanitäre Standards in ein Damokles-Schwert umgewandelt, das über den Kräften,

Parteien und Staaten hängt, welche sich gegen das Programm der US-amerikanischen Globalisierung erheben, welches zum Ziel hat, die Volksbewegungen, die nach nationaler Befreiung, politischer Unabhängigkeit und technischem Fortschritt auf allen Ebenen streben, zu kontrollieren. Die Verhaftung von al-Kalemji und die Reisebeschränkungen, die ihm auferlegt wurden, zeigen die Dimensionen der Einheit der Sicherheitserlasse, die allen irakischen Patrioten gegenüber feindlich sind. Es handelt sich hier um eine offene Verletzung jeglicher bürgerlicher Freiheiten. Es zeigt die praktische Dimension der Einheit der Unterdrücker und zeigt die Wichtigkeit der freien politischen Rede, die im Einklang steht mit der nationalen Position gegen die Invasion, Besatzung und die Durchführung des politischen Plans der USA und ihrer Alliierten.“

Weitere Informationen:
www.antifakomitee.de
www.freeiraq.de
www.antiimperialista.org



Exponenten des *Campo Antimperialista* von Mitgliedschaft in Terror-Organisation freigesprochen

Italien: Prozess wird wegen „Unterstützung des internationalen Terrorismus“ fortgesetzt

Am 1. April 2004 wurden drei führende Mitglieder des *Antiimperialistischen Lagers* sowie zwei Aktivisten der türkischen *Revolutionären Volksbefreiungsfront* (DHKC) wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation verhaftet.

Die Verhaftungen wurden von einer scharfen Medienkampagne begleitet, die zum Ziel hatte all jene zu kriminalisieren, die den irakischen Widerstand unterstützten. Dieser war gerade in unerwartet heftiger Weise als Reaktion auf die Besatzung entstanden und hatte den allzu euphorischen euroamerikanischen Weltherrschaftsplänen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Nachdem das Antiimperialistische Lager die wichtigste Kraft in Unterstützung des Widerstands war, wurde sie auch zum Hauptangriffsziel.

Nach einem Monat mussten Maria Grazia, Alessia und Moreno auf freien Fuß gesetzt werden. Nicht nur war das von der Staatsanwaltschaft fabrizierte Amalgam unhaltbar, sondern auch die internationale und italienweite Solidaritätskampagne zeitigte Wirkung.

Die zwei türkischen Genossen blieben allerdings in Haft und ihre Prozesse wurden bereits aufgenommen. Sie sind Opfer der sogenannten antiterroristischen Gesetzgebung und Rechtsprechung, die im Gefolge des amerikanischen Terrorkrieges überall in Europa Platz greift. Nationale und soziale Befreiungsbewegungen wurden auf die berüchtigte Schwarze Liste der EU gesetzt, die direkt von den USA übernommen wurde. Sie enthält auch die DHKP-C. So wird nicht nur der Kampf gegen das oligarchische Militärregime, das durch einen blutigen Militärputsch an die Macht gelangte,

sondern selbst das Eintreten für die Freiheit des kurdischen Volkes und die türkischen Unterschichten illegal, genauso wie das Engagement für die unzähligen politischen Häftlinge, gegen die noch immer Folter angewandt wird.

Die Eliten versuchten den irakischen Widerstand in das gleiche Schema des Terrorismus hineinzupressen. Doch heute ist es klar, dass sie damit gescheitert sind, einerseits dank der Stärke des Widerstands des irakischen Volkes, andererseits dank der Tatsache, dass die Mehrheit der Italiener nicht für die Unterstützung der Aggression gegen den Irak gewonnen werden konnte.

Abgesehen von der Absurdität der Anklage (Mitgliedschaft in der DHKP-C) ist es die oben erwähnte westliche Niederlage an der irakischen Front und ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung, die die Justiz zum Rückzug zwang. Heute halten wichtige Teile der italienischen Gesellschaft den irakischen Widerstand für legitim, während die antiimperialistische Position der Unterstützung des Widerstands zumindest innerhalb der Linken, die sich nicht in die Regierung begeben hat, hegemonial ist. So ließ der Untersuchungsrichter bei der ersten Anhörung am 1. Dezember 2006, also knapp drei Jahre (!) nach den Verhaftungen, die Anklage wegen Mitgliedschaft in einer internationalen terroristischen Organisation (§27obis) fallen. Die Anklage wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation (§27oter) bleibt indes aufrecht.

In einer Stellungnahme am Tag vor der Verhandlung unterstrichen die drei Angeklagten: „Wir werden unser Verbrechen gerne zugeben: die Freundschaft mit einem Genossen, der

vom blutrünstigen und antidemokratischen türkischen Regime verfolgt wird.“

Tatsächlich hat das *Antiimperialistische Lager* von Anfang an den Kampf der revolutionären Opposition sowie der Kurden gegen das NATO-Militärregime in der Türkei politisch unterstützt und wird damit auch fortfahren. Mit Zähnen und Klauen werden wir das elementare demokratische Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigen, das die Positionierung auf Seiten des antiimperialistischen Widerstands einschließt.

Antiimperialistisches Lager
2. Dezember 2006

Italien:

Türkische Revolutionäre zu sieben und fünf Jahren Haft verurteilt

Am 20. Dezember 2006 verkündete das Gericht von Perugia (Italien) die Urteile gegen Avni Er und Zeynep Kilic, die laut §270bis des Strafgesetzbuches des internationalen Terrorismus angeklagt waren. Sie waren gemeinsam mit drei führenden Mitgliedern des Antimperialistischen Lagers am 1. April 2004 verhaftet worden.

Das Gericht befand Avni der führenden Tätigkeit in der DHKP-C für schuldig, während Zeynep wegen Mitgliedschaft in derselben Organisation verurteilt wurde.

In ihren Abschlussplädoyers erinnerten beide Angeklagte daran, dass ihr Kampf sich gegen das antidemokratische Regime in der Türkei gerichtet hatte, das mit dem blutigen Staatsstreich von 1980 und der Unterstützung des Westens an die Macht gekommen war. Sie wiesen darauf hin, dass bis heute die zentrale Macht in

der Türkei in den Händen der Militärs liegt.

Zeynep erzählte auch ihre eigene Geschichte: Anfang der 1990er Jahre war sie verhaftet und mehrmals gefoltert worden, nur weil sie an Studentendemonstrationen teilgenommen hatte. Später ging sie nach England um zu studieren, setzte dort ihren Kampf für Demokratie in der Türkei fort, konnte jedoch nie mehr in ihre Heimat zurückkehren, da sie dort verfolgt worden wäre.

Sie verurteilte die italienische Justiz, die die Anschuldigungen der türkischen Polizei und deren Begrifflichkeit des Terrorismus unmittelbar übernommen hatte. Die Verwendung dieses Begriffs, wie ihn die Angeklagten aus der Türkei kennen, ist inzwischen in Italien und Europa übernommen worden: Der Kampf für soziale und politische Rechte, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung für

das kurdische Volk, und gegen das oligarchische Militärregime wird inzwischen schlicht als Terrorismus bezeichnet. Der Richter befand den politischen Charakter und die Ursprünge des türkischen Regimes als nicht relevant.

Obwohl die Urteile nicht rechtskräftig, die beiden Revolutionäre bereits seit 34 Monaten inhaftiert sind und weder Fluchtgefahr (wohin?) noch das Risiko der Beweismanipulation oder der Wiederholung der Straftat besteht, wurden die beiden nicht aus der Haft entlassen.

Das ist die Demokratie und Gerechtigkeit, die der Westen mit seinen Bomben und Sanktionen über die ganze Welt verbreitet!

*Antimperialistisches Lager, Italien
20. Dezember 2006
(gekürzt)*



Skandalurteile in Belgien

Politjustiz gegen Aktivisten der türkischen Befreiungsbewegung

Am 28. Februar 2006 waren in Brügge sieben politische Aktivistinnen und Aktivisten zu mehreren Jahren Haft verurteilt worden. Ihnen wurde Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation, der DHKP-C, die in der Türkei gegen das diktatorische Regime kämpft, vorgeworfen.¹ Am 7. November 2006 um 9⁰⁰ Uhr wurde das DHKC-Verfahren in zweiter Instanz in Gent begonnen. Vor dem Justizgebäude gab es eine Pressekonferenz, die von CLEA (*Komitee für Meinungs- und Versammlungsfreiheit*) organisiert wurde. Die Teilnehmer hielten Plakate mit Fotos von Bahar Kimyongür, einem der Angeklagten, und forderten in Sprechchören Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Die Angeklagten Musa Asoğlu und Şükriye Akar konnten an dem Verfahren nicht teilnehmen. Grund dafür waren Isolation und Willkürmaßnahmen in den Gefängnissen.

Beim Transport der Häftlinge zum Justizgebäude wurden die Gefangenen zur Durchsuchung völlig nackt ausgezogen, ihre Augen wurden verbunden, später wurden sie mit zehn Kilogramm schweren kugelsicheren Westen behängt.

Die angeklagten Revolutionäre ha-

ben in Belgien nichts Illegales getan und es konnte ihnen auch nichts dergleichen nachgewiesen werden. Trotzdem wurden sie von der belgischen Justiz verurteilt. Ihre „Schuld“ lautet: politisches Gesinnungsverbrechen. Die Verurteilung kann sich ein weiteres Mal nicht auf Beweise stützen. Die Angeklagten wurden in zweiter Instanz zu mehreren Jahren Haft und zu mehreren tausend Euro Geldstrafe verurteilt.

Richter Loghe bestätigte, dass das erste Urteil aus Brügge rechtmäßig sei, aus welchem hervorgeht, dass die DHKP-C eine „Terror-Organisation“ sei und kriminelle Handlungen ausübe. Der Richter betonte außerdem, dass die Gewaltpolitik der Türkei gegen die DHKP-C legal sei und nur der Staatssicherheit diene, denn die Organisation wolle den Staat stürzen. Diese Aussage lässt den politischen Charakter der Verhandlungen erkennen.

Den Anwälten der Angeklagten wurde mitgeteilt, dass „dies kein politischer Prozess“ sei, sie wurden zudem nicht einmal angehört. Obwohl in den Anklagepunkten keine Gewaltakte aufgeführt wurden, lautete eine Begründung bei der Urteilsverkündung, dass die Angeklagten „für die Gesellschaft sehr gefährliche, marxistisch-leninistische Gedanken haben

und für ihre Ansichten keine menschliche Verluste scheuen“ würden.

Die Urteile fußen auf belgischen Antiterrorismusetzen, die im Dezember 2003 in Kraft getreten sind. Der Prozess in Belgien zeigt deutlich, dass diese Gesetze dazu dienen, Politjustiz zu betreiben und das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken.

In der Türkei werden hunderte von Menschen, die sich gegen Folter und Massaker aussprechen, auf Grundlage von Antiterrorismusetzen verurteilt. Auch in diesem Fall wird Klassenjustiz zur „Anti-Terrormaßnahme“ verklärt. Mit diesem Urteil ist die Türkei nicht näher an die EU gerückt, sondern die EU näher an die Politik der faschistischen Türkei.

Alle aufrechten und demokratischen Menschen sind aufgerufen, die belgische Politjustiz zu verurteilen, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen und sich der Einschränkung der demokratischen Rechte entgegenzusetzen.

Weitere Informationen: *Comité pour la Liberté d'Expression et d'Association*, www.leclea.be

¹ Siehe: *Intifada* Nr. 22, S. 63

Erfolgreiches Irak-Seminar trotz Provokationen

Presseausendung des norwegischen Komitees für einen freien Irak

„Im Baker-Bericht geht es nicht darum, den Irak zu retten, sondern der amerikanischen Administration aus der Situation zu helfen, in die sie sich selbst und das amerikanische Volk gebracht hat“, sagte Scheich Jawad al-Khalisi, einer der angesehensten Schiitenführer im Irak, bei seiner Rede als einer von drei Podiumsteilnehmern beim Seminar „Stimmen aus dem Irak“ im Osloer Konzerthaus am 16. Dezember 2006.

„Wir wissen, dass das norwegische Volk von Anfang an gegen den Krieg war und dagegen demonstriert hat“, sagte al-Khalisi. „Wir schätzen die norwegische Gastfreundlichkeit gegenüber den Irakern, selbst wenn wir leider sehen, dass einzelne die Gastfreundschaft nicht respektieren.“

Die Hinweise auf den Mangel an Respekt bezogen sich auf ca. dreißig Provokateure, die versuchten, die Veranstaltung mit Zwischenrufen und Unterbrechungen zu sprengen, offenbar um das Publikum daran zu hindern zu hören, was die drei irakischen Sprecher zu sagen hatten. Es wurden auch ernsthafte Drohungen gegen die Podiumsdiskutanten und andere irakische Veranstaltungsteilnehmer gerichtet. Davor hatten dieselben Leute eine unbekannte Anzahl von Personen physisch daran gehindert das Konzerthaus zu betreten.

Hauptsächlich waren die Provokationen gegen Scheich al-Khalisi gerichtet, der sich aber nicht provozieren ließ und versuchte, einen zivilisierten Dialog mit den Störern einzugehen. Nachdem sich die Provokateure zum wiederholten Mal geweigert hatten, die demokratischen Spielregeln zu respektieren, mussten sie von der Polizei aus dem Saal geleitet werden. Am Weg nach draußen beschädigte einer von ihnen das Auto eines Übersetzers.

Die Störer stellten sowohl das Publikum als auch die irakischen Gäste mit ihren aggressiven Zwischenrufen

gegen Saddam und die Ba'ath-Partei in ein falsches Eck. Alle Podiumsteilnehmer hatten im Zug der Verfolgung und Unterdrückung durch Saddam Husseins Regime lange Zeit im Exil leben müssen.

„Leute vom alten Geheimdienst haben uns über die ganze Welt verfolgt. Heute sind die gleichen Leute die verlässlichsten Partner der USA“, sagte al-Khalisi.

„Das Schlimme ist, dass die, die hier gegen Saddam demonstriert haben, Premier al-Maliki unterstützen, obwohl al-Maliki die Ba'athisten in die neue Administration integrieren will. Das zeigt die Verwirrung, die in der Regierung in Bagdad herrscht und es zeigt außerdem, dass die Iraker in Norwegen nicht wissen, was im Irak passiert und die Veränderungen, die dort stattfinden, nicht mitbekommen“, erklärte al-Khalisi nach dem Zwischenfall mit den norwegischen Irakern, die mit dem Besatzungsregime in Bagdad sympathisieren.

„Ich möchte allen Menschen im Irak und in Norwegen sagen: Es gibt nur eine Lösung. Die Besatzungsmächte müssen den Irak verlassen und das Land muss seine Souveränität wiedererlangen. Das ist die Lösung für alle Kräfte, die für die irakische Sache kämpfen wollen, unabhängig davon, ob sie von Anfang an den Widerstand unterstützt haben oder ob sie am politischen Prozess teilgenommen haben und das mittlerweile bereuen und einsehen, dass es ein Fehler war.“

Der kurdische Professor Kamal Majid und Hind al-Naemi Kjær von der Irakischen Patriotischen Allianz legten – ähnlich wie al-Khalisi – großes Gewicht darauf, dass sich das irakische Volk nicht – wie es der amerikanisch-israelischen Strategie entsprechen würde – nach sektiererischen und ethnischen Trennlinien spalten lässt, sondern mit vereinten Kräften gegen die Besatzer vorgehen will.

Majid stellte den internationalen Alleingang sowie die Kriegsökonomie und die aggressive Rhetorik der USA in den Vordergrund und zog Vergleiche mit Hitler-Deutschlands Entwicklung in den 1930er Jahren.

Hind al-Naemi gab einen erschütternden Bericht über die Situation der Frauen im Irak, die sie als „schlimmer als Sklaverei“ bezeichnete. Abgesehen davon, dass Frauen sich aus Angst vor Vergewaltigung oder Ermordung kaum noch auf die Straße trauen, sind Prostitution und reiner Sklavenhandel mit Frauen zu einem blühenden Geschäft geworden.

20. Dezember 2006

Übersetzung durch die Redaktion

Frieden durch Gerechtigkeit: Für ein demokratisches Palästina

Die Frage nach dem Existenzrecht Israels als exklusiv jüdischer Staat und die damit verbundene Debatte über mögliche Lösungen des Palästina-Konflikts spalten die europäische Linke wie kaum ein anderes Thema. Obwohl es sich im Vergleich zu sonstigen Konflikten um ein kleines Gebiet handelt, stellt Palästina einen – in symbolischer Hinsicht sogar *den* – Scheitelpunkt der Weltpolitik schlechthin dar. Aus anti-imperialistischer Sicht ist die Angelegenheit nur im Rahmen tiefgreifender weltpolitischer Umwälzungen gerecht lösbar. Trotzdem ist die Positionierung in dieser Frage von entscheidender Bedeutung, und zwar offensichtlich nicht nur für Antiimperialistinnen und Antiimperialisten. Besonders im deutschsprachigen Raum gilt die Anerkennung des zionistischen Staates als Eintrittskarte in die Zivilgesellschaft und die damit immer identischer werdenden Sozialforen. Aus unserer Sicht dagegen ist die unbedingte Parteinahme für den palästinensischen Widerstand unerlässlich für Menschen und Organisationen, die den Anspruch erheben, auf der Seite der Unterdrückten, also im klassischen Sinn links zu stehen.

Die Geschichte der zionistischen Landnahme in Palästina muss hier nicht noch einmal ausführlich wiederholt werden. Es sei nur kurz darauf verwiesen, dass schon bevor überhaupt entschieden war, wo der Staat Israel entstehen sollte, Theodor Herzl, der wichtigste zionistische Vordenker und Gründer der zionistischen Bewegung, ein unverbrüchliches Bündnis mit dem Imperialismus und die Vertreibung der ansässigen Bevölkerung für unerlässlich erklärt hatte. Beides wurde (und wird weiterhin) konsequent verwirklicht, auch wenn es in den letzten Jahren vor der tatsächlichen Staatsgründung mehrmals Konflikte mit der britischen Mandatarmacht gab und später überhaupt die USA als mittlerweile führender imperialistischer Staat zur neuen Schutz-

macht Israels wurden.

Durch den von den kapitalistischen und imperialistischen Eliten instrumentalisierten Antisemitismus und die daraus resultierende Verfolgung, Vertreibung und den Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas in den 1930er und 1940er Jahren sind viele Juden und Jüdinnen zur Ansicht gelangt, nur in einem eigenen Staat vor Verfolgung und Vernichtung sicher zu sein. Diese befanden sich allerdings tatsächlich größtenteils in einer Situation äußerster Not, anders als viele führende

die arabische Bevölkerung die Rede war, war das nicht vom Bemühen um gleichberechtigte Koexistenz mit der arabischen Bevölkerung getragen, sondern lief auf die Gewährung von Gnadenakten hinaus, deren Ausmaß und Umfang allein von zionistischer Seite bestimmt werden sollten.

Diese zutiefst rassistische und eurozentristische Sichtweise übernehmen offensichtlich – bewusst oder unbewusst – diverse selbsternannte westliche „Antifaschistinnen“ und „Antifaschisten“ und gelangen so zu

Zwei Themen beherrschen in dieser Ausgabe der *Intifada* die Rubrik „Diskussion“: einerseits die Holocaust-Konferenz, die im Dezember 2006 im Iran stattgefunden hat, andererseits die historische Debatte um eine „Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung“ im Palästina-Konflikt, die heute häufig in den Terminen der Diskussion um das „Existenzrecht Israels“ geführt wird. Schon allein diese begriffliche Verschiebung zeigt, wie irreführend, instrumentalisierend und manipulierend die historische Forderung der palästinensischen Befreiungsbewegung nach einem demokratischen Staat in Palästina heute rezipiert wird. Auch in der Frage der Holocaust-Konferenz ging vieles durch die internationalen Medien, was nicht darauf ausgerichtet war, zu einer sachlichen Debatte beizutragen. Auch diese Meinungsmanipulation ist Thema eines der Beiträge. Schließlich beinhaltet die Rubrik „Diskussion“ einen Kommentar zur Debatte um die politische Bedeutung der Hinrichtung Saddam Husseins.

Wir veröffentlichen zu den angesprochenen Themen Beiträge unserer Redakteure bzw. antiimperialistischer Aktivisten, ebenso wie in anderen Medien veröffentlichte Kommentare, die unserer Ansicht nach wichtige Aspekte der Debatte beleuchten.

Zionisten, wie der spätere israelische Staatsgründer David Ben-Gurion, die – wie auch schon Herzl Jahrzehnte zuvor – ganz offen bekannten, dass sie die antisemitischen Stimmungen und Ereignisse in Europa in erster Linie aus dem Blickwinkel beurteilten, wie sehr sie dem Zionismus dienlich waren. Die Rechnung für die europäische Judenverfolgung haben letztendlich jedenfalls nicht die Verantwortlichen bezahlt, sondern die arabische Bevölkerung in Palästina, die in all den zionistischen Überlegungen kaum mehr als eine vernachlässigbare Größe bzw. ein störendes und daher zu beseitigendes Detail dargestellt hat. Selbst dort, wo überhaupt von Rechten für

der weit verbreiteten Position: „Nur durch die Existenz Israels als exklusiv jüdischer Staat ist ein neuer Holocaust zu verhindern und wer daran rüttelt, ist Antisemit(in)“ – dieses Dogma ist heutzutage auch für nicht geringe Teile der europäischen Linken (bzw. das, was sich heutzutage als „links“ bezeichnet) geradezu in Stein gemeißelt. Das bedeutet nichts anderes, als dass man in jedem Fall den israelischen Anliegen höheren Stellenwert gibt als den palästinensischen. Dabei spannt sich der Bogen von rabiatzionistischen Positionen wie bei den „Anti“deutschen, die noch jeden weiteren Landraub und jedes weitere Massaker an der palästinensischen Be-

völkerung als antifaschistischen Triumph bejubeln, über Organisationen, die die israelische Politik in ihrer Beurteilung des Konfliktes einfach ausblenden, bis zu jenen, die zwar den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten fordern, damit aber auch schon die Obergrenze dessen erreicht sehen, was die (größtenteils aus den 1948 besetzten Gebieten vertriebene) palästinensische Bevölkerung fordern darf. Die entscheidende Frage, nämlich die nach dem Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, spielt in diesen Überlegungen offenbar keinerlei Rolle. Für die radikalzionistische Frak-

tion existieren die Flüchtlinge ohnehin nicht (oder man zieht sich, wie z.B. das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes auf die besonders „noble“ Position zurück, das Existenzrecht Israels sei unangreifbar und darüber hinaus wolle man die Situation nicht kommentieren). Bei denen, die Kritik an Israel zumindest nicht sofort mit der Antisemitismuskule erschlagen, wird die Frage des Rückkehrrechtes sehr häufig entweder peinlichst verschwiegen oder man gibt – verschämt aber doch – mit Phrasen wie „kaum machbar“ oder „die Länder, in denen sie jetzt leben, sollen sich

um sie kümmern“ zu erkennen, dass man Israel eigentlich ganz gerne aus der Verantwortung für die Massenvertreibungen entlassen möchte und den Bodenraub als vollendete Tatsache anerkennt.

Der Grund für diese Positionen liegt auf der Hand: Ein Rückkehrrecht für die palästinensischen Vertriebenen – nicht erst die tatsächliche Rückkehr, sondern bereits die bloße Anerkennung des Rechtes darauf – würde nicht nur dem (für manche immer noch nicht ausgeträumten) Traum von Groß-Israel ein jähes und unwiderrufliches Ende setzen, sondern ebenso der Existenz Israels in seiner jetzigen Form. Auch der „linkszionistische“ Lösungsvorschlag, also zwei Staaten in den Grenzen von 1967, wäre damit nicht vereinbar. Dieses Rückkehrrecht würde in Wirklichkeit nicht weniger bedeuten als das Ende des zionistischen Staates, ebenso wie die Anerkennung dieses Rechtes gleichzeitig die Nicht-Anerkennung Israels als exklusiv jüdischer Staat bedeutet (auch wenn idealistische Träumer und verlogene Diplomaten gern so tun, als sei der Spagat zwischen palästinensischem Rückkehrrecht und Israels Weiterbestehen in seiner jetzigen Form möglich).

Aus antirassistischer und antiimperialistischer Sicht muss klar sein, dass eine Lösung der Palästina-Frage nur dann gerecht und demokratisch sein kann, wenn sie die Geschichte des Konfliktes in Rechnung stellt, die Verantwortlichen klar benennt und vor allem nicht einfach Millionen Betroffene außer Acht lässt. Daher kann es aus dieser Sicht nur eine gerechte Lösung geben: Rückkehrrecht für alle Vertriebenen und deren Familien und einen demokratischen Staat in ganz Palästina (d.h. auf dem Gebiet des historischen Palästina, das das heutige Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete umfasst) für alle dort lebenden Menschen.

Allgemein wird eine Zweistaatenlösung (womit meistens zwei Staaten in den Grenzen von 1967 gemeint sind) als realistischer gegenüber einer Einstaatenlösung dargestellt. Einer genaueren Betrachtung kann diese



Feststellung jedoch nicht standhalten. Bei einer Zweistaatenlösung wäre das dann aus Westjordanland und Gaza-streifen bestehende Palästina auf Ge-deih und Verderb dem Wohlwollen des dazwischen liegenden Israel ausgeliefert und stünde völlig unter dessen Kontrolle. Außerdem wäre die Flüchtlingsfrage ungelöst, was über kurz oder lang wieder zu Unruhen führen würde. Darüber hinaus gibt die Zweistaatenlösung auch keine Antwort auf die Frage der systematischen und strukturellen Diskriminierung der Palästinenserinnen und Palästinenser mit israelischem Pass. Niemals könnte eine solche Lösung dauerhaft Bestand haben.

In einem gemeinsamen, demokratischen Staat in ganz Palästina würde sich zu allererst die Frage nach der bzw. den Titulnation(en) stellen. Klar ist, dass die arabische Nation, die dann die Mehrzahl der EinwohnerInnen ausmachen würde, eine Titulnation ist. Ein arabischer Staat mit vollen bürgerlichen und religiösen Rechten für die jüdische Bevölkerung wäre die Forderung, die aus anti-imperialistischer Sicht dann zu stellen ist, wenn die Voraussetzungen für einen Staat mit sowohl arabischer als auch israelischer Titulnation nicht gegeben sind. Dies würde auch der nach erfolgreich geführten antikolonialen Kämpfen üblichen Vorgangsweise entsprechen, den Angehörigen der Besatzernation eben diese Rechte im Rahmen der neu entstandenen Nation anzubieten. Im Fall Palästinas liegt die Sache jedoch anders, da die Israelis wesentlich mehr sind als eine dünne Besatzer-Oberschicht.

Anders als der herkömmliche Kolonialismus hatte der Zionismus nicht das Ziel, die ansässige Bevölkerung und ihre Ressourcen auszusaugen, sondern sie zu vertreiben bzw. zu vernichten und an ihrer Stelle eine neue Nation anzusiedeln. Und dem Staat Israel ist es über die Jahrzehnte – wenn auch unter großen Mühen und Unterdrückung tiefer sozialer, kultureller und nationaler Widersprüche und Gegensätze – gelungen, tatsächlich eine israelische Nation aufzubauen und unter permanenter Beschwörung äußerer

Feinde eng zusammenzuschweißen. Als äußere Feinde werden einerseits der mystifizierte weltweite Antisemitismus (der als soziales Massenphänomen in Wirklichkeit mit Ausnahme von Osteuropa kaum noch Bedeutung hat) und andererseits die Israel-Feindschaft in der arabischen Welt präsentiert. Für letztere ist Israel mit seinem innen- und außenpolitischen Verhalten jedoch selbst verantwortlich.

Dennoch ist die israelische Nation eine bestehende Tatsache, die in der Frage nach dem Gesicht eines demokratischen Staates in ganz Palästina nicht übergangen werden darf. Damit sie aber tatsächlich eine gleichberechtigte Titulnation sein kann, bedarf es einiger Voraussetzungen, von denen sie heute sehr weit entfernt ist. An erster Stelle steht hier ein Bruch signifikanter Teile der jüdischen Bevölkerung mit der zionistischen Ideologie, die nach wie vor den Anspruch auf einen exklusiv jüdischen Staat erhebt und darüber hinaus vorgibt, im Namen aller Jüdinnen und Juden zu sprechen. Diese Ansprüche müssten unwiderruflich fallen gelassen werden. In einem binationalen Palästina kann und muss es kulturelle und religiöse Autonomie geben, aber keine exklusiven territorialen Ansprüche einer Teilnation. Auch die vom Zionismus angestrebte automatische Einheit zwischen jüdischer Religion und Zugehörigkeit zur israelischen Nation müsste aufgegeben werden. Menschen arabischer Herkunft mit jüdischer Religion (und jedem anderen Menschen auch) sollte freistehen, welcher Nation sie sich zugehörig fühlen. Nur so, indem der falschen Gleichsetzung von Judentum und Zionismus die Grundlage entzogen wird, kann auch eine gleichberechtigte jüdische Existenz im arabischen Raum langfristig möglich sein.

Ferner wären in einem solchen binationalen Staat enorme materielle Leistungen (in erster Linie die Rückgabe von geraubtem Land) der israelischen an die palästinensische Seite notwendig, ansonsten würde es innerhalb kürzester Zeit zu schweren sozialen Spannungen kommen, die im Wesentlichen zwangsläufig wiederum entlang der Frontstellung Israe-

lis gegen PalästinenserInnen verlaufen würden.

Im Moment aber ist die israelische Nation geschlossen wie selten zuvor. Das Gerede von der israelischen Friedens- und Arbeiterbewegung, deren Bruch mit dem System kurz bevorstehen und die danach zum Schulterchluss mit den palästinensischen Unterklassen übergehen würde, entspricht reinem Wunschdenken und hat in der Realität nur marginale Bezugspunkte. Daher stößt der Lösungsvorschlag „binationaler Staat“ auf palästinensischer Seite heutzutage auch häufig auf Unverständnis.

Die israelische Übermacht in diesem Konflikt ist jedoch, wie eingangs erwähnt, ohnehin nur im Rahmen entscheidender überregionaler Umwälzungen besiegbar, die nur dann zustande kommen können, wenn die Unterklassen der arabischen Länder sich tatsächlich zusammenschließen und ihre eigenen pro-imperialistischen Regime verjagen. Solange der Imperialismus nicht zumindest entscheidend geschwächt ist, wird auch der Zionismus ebenso wenig besiegt werden können. Bis die Voraussetzungen dafür gegeben sind, ist auch ein Bruch von Teilen der israelischen Gesellschaft mit dem Zionismus nicht völlig undenkbar, auch wenn das momentan nicht allzu realistisch scheint.

Gunnar Bernhard

Gunnar Bernhard lebt in Wien und ist in der Solidaritätsbewegung mit Palästina aktiv.

Verlangt ist ein moralisches Werturteil.

Über das "Existenzrechts" Israels

Da inzwischen der von Israel, USA und EU lang ersehnte palästinensische Bürgerkrieg vor dem Ausbruch zu stehen scheint, empfiehlt sich eine Prüfung des Arguments Israels, der USA und EU zur Rechtfertigung der kollektiven Bestrafung der Palästinenser wegen ihrer „falschen“ Entscheidung bei den demokratischen Wahlen im Januar 2006 – Hamas' Weigerung, „Israel anzuerkennen“ oder „die Existenz Israels anzuerkennen“ oder „das Existenzrecht Israels anzuerkennen“.

Diese drei Formulierungen werden von Medien, Politikern und selbst Diplomaten so austauschbar verwendet, als ob sie dasselbe meinen. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Die „Anerkennung Israels“ oder irgend eines anderen Staates ist ein rechtlich-diplomatischer Akt eines Staates im Bezug auf einen anderen Staat. Es ist abwegig – eigentlich unsinnig –, davon zu reden, dass eine po-

litische Partei oder Bewegung, selbst in einem souveränen Staat, einem Staat die diplomatische Anerkennung ausspricht. Von der „Anerkennung Israels“ durch Hamas zu reden, ist einfach schludrig, Verwirrung stiftend – eine betrügerische Kurzformel für die eigentlich beabsichtigte Forderung.

Die „Anerkennung der Existenz Israels“ ist kein logischer Unsinn und beinhaltet auf den ersten Blick eine anscheinend relativ unkomplizierte Anerkennung einer Tatsache des täglichen Lebens wie der Tod und die Steuern. Doch bei dieser Formulierung ergeben sich ernste praktische Probleme. Welches Israel, in welchen Grenzen ist gemeint? Die 55 % des historischen Palästina die für einen jüdischen Staat 1947 von der UNO-Generalversammlung empfohlen wurden? Die 78 % des historischen Palästina, die 1948 von Israel besetzt wurden und nun von den meisten als „Isra-

el“ oder „das eigentliche Israel“ angesehen werden? Oder die 100 % des historischen Palästina, die von Israel seit 1967 besetzt werden und auf Landkarten in israelischen Schulbüchern als „Israel“ erscheinen? Israel hat noch nie seine eigenen Grenzen definiert, weil es damit notwendigerweise seine Handlungsfreiheit einschränken würde. Wenn allerdings nur dies verlangt wäre, könnte Hamas immerhin die Tatsache des alltäglichen Lebens anerkennen, dass heute ein Staat Israel innerhalb bestimmter Grenzen existiert.

Doch die „Anerkennung des Existenzrechts Israels“, die eigentlich gemeinte Forderung, gehört in eine gänzlich andere Kategorie. Diese Formulierung handelt nicht von diplomatischen Formalitäten oder der schlichten Akzeptanz einer gegenwärtig gegebenen Wirklichkeit. Verlangt ist ein moralisches Werturteil.



Zwischen der „Anerkennung der Existenz Israels“ und der „Anerkennung des Existenzrechts Israels“ besteht ein gewaltiger Unterschied. Aus palästinensischer Sicht ist der Unterschied etwa so, wie wenn von einem Juden die Anerkennung des Holocaust als historisches Geschehen verlangt würde oder aber die Anerkennung, dass es „richtig“ war, dass der Holocaust geschehen ist, d.h. dass der Holocaust (oder im Falle der Palästinenser die *Nakba*) moralisch gerechtfertigt war.



Zu verlangen, dass die Palästinenser das „Existenzrecht Israels“ anerkennen, heißt zu verlangen, dass ein Volk, das seit fast sechzig Jahren und heute immer noch als Untermenschen behandelt wird, öffentlich sein Untermensch-Sein verkündet und damit – zumindest indirekt – einräumt, dass man verdient, was einem angetan wurde und immer noch angetan wird. Nicht einmal die US-Regierungen des 19. Jahrhunderts verlangten von den überlebenden Eingeborenen Amerikas eine öffentliche Erklärung über die „Richtigkeit“ ihrer ethnischen Vertreibung durch die Bleichgesichter als Vorbedingung für Gespräche, welche Reservate denn für sie bereitgestellt werden sollten – wie gegenwärtig unter den Bedingungen einer Wirtschaftsblockade und drohender Hungersnot, bis die Palästinenser den letzten Rest an Selbstachtung aufgeben und in diesem Punkt einlenken.

Manche glauben, Yassir Arafat habe in diesem Punkt nachgegeben

als Preis für seine Fahrkarte zurück aus der Wildnis der Dämonisierung und um in den Genuss des Rechts zukommen, Vorschriften der Amerikaner von ihnen selbst in Empfang nehmen zu dürfen. Tatsächlich hat er in seiner berühmten Stockholmer Erklärung 1988 „Israels Recht in Frieden und Sicherheit zu existieren“ akzeptiert. Diese Formulierung handelt bezeichnenderweise von den Bedingungen der Existenz eines Staates, der als eine Realität existiert. Er handelt nicht von der existenziellen Frage der „Richtigkeit“ der Enteignung und Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat, um für ein anderes aus dem Ausland kommendes Volk Platz zu machen.



Das ursprüngliche Konzept der Formulierung „Existenzrecht Israels“ und der Nützlichkeit ihrer Verwendung als Ausflucht, um mit keiner palästinensischen Führung zu reden, die in irgend einer Weise am fundamentalen Recht des palästinensischen Volkes festhält, wird Henry Kissinger, dem Großmeister des diplomatischen Zynismus, zugeschrieben. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass jene Staaten, die diese Formulierung immer noch verwenden, dies in dem vollen Bewusstsein tun, was sie an moralischen und psychologischen Konsequenzen für das palästinensische Volk nach sich zieht, und sie tun dies zu demselben zynischen Zweck – um jeglichem Fortschritt zu Frieden und Gerechtigkeit in Israel/Palästina Hindernisse in den Weg zu legen und auf diese Weise Israel weiterhin Zeit zu verschaffen, noch mehr „Tatsachen vor

Ort“ zu schaffen und gleichzeitig den Palästinenser die Schuld für ihr eigenes Leiden zu geben.

Doch viele private Bürger guten Willens mit festen Wertvorstellungen lassen sich möglicherweise durch die äußerliche Simplizität der Worte „Existenzrecht Israels“ (und mehr noch der beiden anderen Kurzformeln) täuschen und glauben, dass es sich dabei um eine selbstverständliche, vernünftige Forderung handelt, und dass die Zurückweisung einer solchen vernünftigen Forderung eher ein Zeichen von Perversität (oder „terroristischer Ideologie“) sein muss als Ausdruck der Notwendigkeit des Festhaltens an Selbstachtung und Würde vollwertiger Menschen, einer Haltung, die bei einem seit langem misshandelten Volkes, dem sonst fast alles genommen wurde, was das Leben lebenswert macht, in Gefühlen und Gedanken tief verankert und völlig verständlich ist. Dass dem so ist, beweisen Meinungsumfragen, wonach der Anteil der palästinensischen Bevölkerung, der die Standfestigkeit von Hamas in der Ablehnung dieser erniedrigenden Forderung ihrer Feinde befürwortet – trotz Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Leiden infolge der israelischen und westlichen Belagerung – wesentlich größer ist als der Anteil der Bevölkerung, der im Januar 2006 Hamas gewählt hat.

Es sollte nicht zu spät sein für die Einsicht aufrichtiger Menschen weltweit in die Unvernunft – ja, die Verwerflichkeit – dieser Forderung wie auch jener Formulierungen, in denen sie zum Ausdruck kommt und deren Gebrauch und Missbrauch schon so viel Elend verursacht hat und weiter zu verursachen droht.

John V. Whitbeck

Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff

Quelle: *Counterpunch*, 21. Dezember 2006, www.counterpunch.org/whitbeck12212006.html

John V. Whitbeck ist Völkerrechtler, langjähriger Berater palästinensischer Verhandlungsdelegationen und Autor von *The World According to Whitbeck*, einer Sammlung von Artikeln aus den Jahren 1988 bis 2004. Er ist zu erreichen unter: jvwhitbeck@awalnet.net.sa

Auch weiterhin: Nur für Juden

Das „Existenzrecht“ Israels anerkennen, heißt praktisch, einem paranoiden Staatsrassismus huldigen

Das Problem der palästinensischen Führung bei ihrem Bemühen, Millionen Menschen in den besetzten Gebieten ein wenig Erleichterung von ihrem kollektiven Leiden zu verschaffen, ist Sache einiger weniger Worte. Etwa so, wie wenn ein unartiges Kind nur „Entschuldigung“ zu sagen braucht, um nicht länger Stubenarrest zu haben, muss auch die Hamas-Regierung nur sagen: „Wir erkennen Israel an“, und schon ergießt sich angeblich über die West-Bank und Gaza eine Flut von Hilfe und internationalem Goodwill.

Das, jedenfalls, war die Kernaussage der Rede des israelischen Premierministers Ehud Olmert bei seinem jüngsten Besuch im Negev, als er den Eindruck erweckte, dass die Hand seines Landes über den Wüstensand hinweg zu den Hunger leidenden Massen Gazas ausgestreckt bleibt, ja wenn Hamas nur bereuen würde. „Erkennt uns an, und wir sind bereit, über Frieden zu reden“, sollte damit gesagt sein.

Das palästinensische Volk wurde in der Tat schwer dafür bestraft, Anfang des Jahres seine demokratische Entscheidung getroffen und eine Hamas-Regierung gewählt zu haben, die von Israel und den Westmächten missbilligt wird. Eine Wirtschaftsblockade wurde verhängt, die der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) die Einnahmen vorenthielt, die sie zur Bezahlung von Dienstleistungen und für die Besoldung ihrer zahlreichen Beschäftigten braucht. Steuergelder in Millionenhöhe wurden den Palästinensern von Israel vorenthalten, was zu einer weiteren Verschärfung der humanitären Krise führte. Die von Israel über Gaza verhängte physische Blockade hat die Palästinenser gehindert, ihre Produkte, meist verderbliche landwirtschaftliche Güter zu exportieren und Güter der Grundversorgung wie Nahrungsmittel und Medikamente einzuführen. Israelische Militärschläge haben die lebenswichtige Infrastruktur von Gaza schwer

beschädigt, darunter die Strom- und Wasserversorgung, wobei wahllos Zivilpersonen getötet wurden. Und Tausende Familien werden auseinander gerissen, weil Israel seinen Streit mit Hamas zum Vorwand nimmt, die Erteilung von Visa an Palästinenser mit ausländischen Pässen auszusetzen.

Die magischen Worte „Wir erkennen Euch an“ könnten all diese Leiden beenden. Warum sie also nicht aussprechen? Ist Hamas dermaßen von Hass auf Israel als jüdischer Staat erfüllt, dass es eine so einfache Erklärung des guten Willens nicht abgeben kann? Ist die Verstocktheit der Palästinenser nicht Beweis genug, dass sie immer noch die Juden ins Meer treiben wollen?

Leicht vergisst man, dass die Probleme der Palästinenser, obgleich sich die Bedingungen in letzter Zeit dramatisch verschlechtert haben, nicht mit der Wahl von Hamas angefangen haben. Die israelische Besatzung besteht seit vier Jahrzehnten und kein palästinensischer Führer ist je in der Lage gewesen, Israel für die Palästinenser das Versprechen einer realen Staatlichkeit in den besetzten Gebieten zu entlocken: weder die Mukhtare, die weitgehend willfährigen Gemeindevorsteher, die Jahrzehnte lang die einzigen Vertreter waren, denen gestattet wurde, für die Palästinenser zu sprechen, nachdem ihre nationale Führung vertrieben worden war; noch die palästinensische Autonomiebehörde unter der säkularen Führung von Yassir Arafat, der Mitte der 90er Jahre in die besetzten Gebiete zurückkehrte, nachdem die palästinensische Befreiungsorganisation PLO Israel anerkannt hatte; noch die Führung unter seinem Nachfolger Mahmud Abbas, dem „Gemäßigten“, der zunächst zur Beendigung der Intifada aufrief; noch jetzt die Führer der Hamas, obgleich sie wiederholt eine langfristige Waffenruhe (*hudna*) als erste vertrauensbildende Maßnahme gefordert haben.

Dementsprechend zweifeln wenige Palästinenser daran, dass Israel auch in Zukunft die Besatzung weiter verfestigen wird – ganz so wie in den Jahren von „Oslo“, als sich während des angeblichen Friedensprozesses die Zahl der jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten verdoppelte –, selbst wenn die Hamas-Regierung gestürzt wird und eine Regierung der nationalen Einheit, der Technokraten oder auch der Fatah an ihre Stelle tritt.

Für Israel steht bei diesem kleinen Zugeständnis von Hamas weit mehr auf dem Spiel, als die meisten Beobachter abzuschätzen vermögen. Eine Erklärung, die besagt, dass Hamas Israel anerkennt, würde weitaus mehr bewirken als nur die Vorbedingungen Israels für Gespräche zu erfüllen; sie würde bedeuten, dass Hamas in dieselbe Falle läuft, die man seinerzeit Arafat und Fatah gestellt hat. Diese Falle ist dazu eingerichtet, jede friedliche Lösung des Konflikts mit Sicherheit unmöglich zu machen.

Dieser Zweck wird auf zwei Wegen erreicht. Erstens, würde die Anerkennung des „Existenzrechts“ Israels durch Hamas, wie inzwischen zumindest von jenen begriffen wird, die das Geschehen aufmerksam verfolgen, effektiv bedeuten, dass die palästinensische Regierung öffentlich ihr eigenes Ziel aufgibt, für die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates zu kämpfen.

Und zwar deshalb, weil Israel sich weigert, seine eigenen künftigen Grenzen festzulegen, und die Frage offen lässt, worin denn der Umfang seiner staatlichen „Existenz“ besteht, deren Anerkennung es von Hamas verlangt. Wie man weiß, spricht niemand in der israelischen Führung von der Rückkehr zu den Grenzen vor dem Krieg von 1967 oder von irgend etwas, das dem nahe kommt.

Ohne die Rückkehr zu den Grenzen von 1967 (plus einem erheblichen Schuss guten Willens von Seiten Isra-



els bei der Gewährung ungehinderter Verbindungswege zwischen Gaza und dem Westjordanland) keine Möglichkeit, einen lebensfähigen palästinensischen Staat entstehen zu lassen.

Guter Wille allerdings ist nirgends in Sicht. Jeder führende israelische Politiker hat es abgelehnt, die Palästinenser anzuerkennen, zuerst als Volk und nun als Nation. Und in der für den Westen typischen heuchlerischen Art im Umgang mit den Palästinensern hat niemand je angeregt, dass Israel sich zu einer solchen Anerkennung verpflichtet.

Tatsächlich haben israelische Regierungen mit ihrer Weigerung aufgetrumpft, den Palästinensern dieselbe Anerkennung zu gewähren, die sie von ihnen verlangen. Berühmt ist der Ausspruch von Golda Meir, einer Premierministerin der Arbeitspartei, dass es Palästinenser gar nicht gäbe, worauf sie 1971 hinzufügte, dass Israels „Grenzen dadurch bestimmt werden, wo Juden leben, nicht wo es auf der Landkarte eine Linie gibt.“ Gleichzeitig ordnete sie an, die Grüne Linie, die Grenze Israels bis zum Krieg 1967, aus

offiziellen Landkarten zu entfernen.

Diese Hinterlassenschaft machte letzte Woche Schlagzeilen, als Erziehungsministerin Yuli Tamir, eine „Taube“, einen Sturm der Entrüstung auslöste, weil sie eine Direktive erlassen hatte, mit der die Grüne Linie wieder in israelischen Schulbüchern eingeführt werden soll. Es gab vielerorts Proteste von Politikern und Rabbinern gegen ihre „linksextreme Ideologie“, und viele Schulen erklärten, sie würden dem nicht Folge leisten.

Israelischen Lehrern zufolge stehen die Chancen gleich Null, dass in Lehrbüchern die Grüne Linie wieder erscheint – oder die Bezeichnungen „Judäa und Samaria“, die biblischen Namen für das Westjordanland, sowie Eintragungen arabischer Städte auf Karten von Israel fallen gelassen werden.

Mit Gespür für den Schaden, den der Streit dem internationalen Image Israels zufügen könnte, und in dem Bewusstsein, dass Frau Tamirs Verordnung wahrscheinlich niemals umgesetzt wird, stimmte Premierminister Olmert der Änderung zu. „Es gibt

nichts daran auszusetzen, die Grüne Linie zu markieren,“ sagte er und mit einer Aussage, die seine Zustimmung inhaltlich völlig aushöhlte, ergänzte er: „Aber es gibt eine Verpflichtung zu betonen, dass die Position der Regierung und der öffentliche Konsens die Rückkehr zu den Grenzlinien von 1967 ausschließen.“

Das zweite Element, das diese Falle ausmacht, wird weitaus weniger verstanden. Es erklärt die seltsame Formulierung der Worte, die Israel bei seiner Forderung an Hamas verwendet. Israel verlangt nicht einfach „Israel anzuerkennen“ sondern „Israels Existenzrecht anzuerkennen“. Der Unterschied ist nicht einfach eine Sache der Semantik.

Das Konzept eines Staates, der irgendwelche Rechte hat, ist nicht nur eigenartig, sondern völkerrechtsfremd. Menschen haben Rechte, nicht Staaten. Und das ist genau der Punkt: Wenn Israel verlangt, dass sein „Existenzrecht“ anerkannt wird, heißt dies im Klartext, dass bei der Forderung nach Anerkennung Israels nicht von einem normalen Nationalstaat die Rede ist, son-

dern von dem Staat eines bestimmten Volkes, dem Staat der Juden.

Mit der Forderung nach Anerkennung seines Existenzrechts erreicht Israel von den Palästinensern die Anerkennung des quasi in Stein gemeißelten Charakters Israels als ausschließlich jüdischer Staat, der die Privilegien der Juden allen anderen ethnischen, religiösen und nationalen Gruppen innerhalb desselben Staatsgebietes überordnet. Die Frage, welche Konsequenzen ein solcher Staat nach sich zieht, wird sowohl von Israel wie auch im Westen einfach übergangen.

Für die meisten Beobachter bedeutet dies einfach, dass Israel die Rückkehr der Millionen von palästinensischen Flüchtlingen ablehnen muss, die in der ganzen Region in Flüchtlingslagern schmachten, deren frühere Behausungen in Israel inzwischen zu Gunsten von Juden enteignet wurden. Würde ihnen erlaubt zurückzukehren, würde Israels jüdische Mehrheit über Nacht dahinschwinden und es könnte nicht länger behaupten, ein jüdischer Staat zu sein, es sei denn in dem Sinne, wie das Südafrika der Apartheid behauptete, eine weißer Staat zu sein.

Diese Schlussfolgerung wird offenbar von Romano Prodi, dem italienischen Premierminister, akzeptiert, nachdem die telegene Außenministerin Israels, Tzipi Livni, eine Werbetour durch westeuropäische Hauptstädte absolvierte. Laut *Jerusalem Post* soll Prodi unter vier Augen erklären, dass Israel von den Palästinensern Garantien erhalten sollte, dass sein jüdischer Charakter niemals in Frage gestellt werden wird.

Vertreter Israels bejubeln, was sie für ein erstes Einbrechen der europäischen Unterstützung des internationalen Rechts und der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge halten. „Es ist wichtig, jeden in dieser Sache auf dieselbe Haltung festzulegen,“ erklärte ein Vertreter Israels gegenüber der *Jerusalem Post*.

Aber in Wahrheit greifen die Konsequenzen einer Anerkennung Israels als eines jüdischen Staates durch die palästinensische Führung viel tiefer als die Frage der Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge. In meinem Buch

Blut und Religion erläutere ich die grausamen Folgen sowohl für die Palästinenser in den besetzten Gebieten wie für die etwa eine Million Palästinenser, die in Israel als israelische Staatsbürger angeblich mit denselben Rechten wie jüdische Staatsbürger leben.

Mein Argument ist, dass dieses Bedürfnis, den jüdischen Charakter Israels um jeden Preis aufrecht zu erhalten, der eigentliche Grund für den Konflikt Israels mit den Palästinensern ist. Keinerlei Lösung ist erreichbar, so lange Israel auf der gegenüber anderen Gruppen privilegierten Staatsbürgerschaft für Juden besteht, sowie darauf, die territorialen und geographischen Realitäten der Region so zu verzerren, dass die Zahlen weiterhin zu Gunsten der Juden ins Gewicht fallen.

Wenngleich letztlich die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge die größte Bedrohung für Israels „Existenz“ darstellt, hat Israel eine weit dringlichere demographische Sorge: die Weigerung der Palästinenser in der West-Bank, Teile dieses Gebiets zu räumen, die von Israel begehrt werden (und die es unter den biblischen Bezeichnungen „Judäa und Samaria“ ausweist).

Innerhalb eines Jahrzehnts werden die Palästinenser der besetzten Gebieten zusammen mit der einen Million Palästinenser in Israel die Juden in Israel wie in den jüdischen Siedlungen in der West-Bank zahlenmäßig überreffen.

Dies war einer der Hauptgründe für die „Loslösung“ von Gaza: Israel konnte behaupten, dass es bei gleichwohl fortgesetzter militärischer Besetzung des kleinen Landstreifens dennoch nicht länger für die dortige Bevölkerung verantwortlich ist. Durch den Rückzug von ein paar Tausend Siedlern aus dem Gazastreifen wurden 1,4 Millionen Einwohner von Gaza auf einen Schlag vom demographischen Rechenbrett gestrichen.

Aber obgleich der Verlust von Gaza die Gefahr einer palästinensischen Mehrheit in dem erweiterten Staat, den Israel anstrebt, um ein paar Jahre hinausgeschoben hat, besteht dadurch dennoch keine magische Ga-

rantie für die weitere Existenz Israels als jüdischer Staat. Daher können Israels palästinensische Staatsbürger, obgleich eine Minderheit von nicht mehr als einem Fünftel der Bevölkerung Israels, potenziell das ganze Kartenhaus zum Einsturz bringen.

Während der letzten zehn Jahre haben sie immer wieder gefordert, dass Israel aus einem jüdischen Staat, der sie systematisch diskriminiert und ihnen ihre palästinensische Identität verweigert, in einen „Staat aller seiner Bürger“ reformiert wird, in eine liberale Demokratie, die allen Bürgern, Juden und Palästinensern gleiche Rechte gewährt.

Israel erklärt die Forderung nach einem Staat aller seiner Bürger für Subversion und Hochverrat und dies in der klaren Erkenntnis, dass wenn aus Israel eine liberale Demokratie würde, die Palästinenser rechtmäßig folgendes fordern könnten: das Recht, Palästinenser aus den besetzten Gebieten und aus der Diaspora zu heiraten und ihnen damit die israelische Staatsbürgerschaft zu verschaffen – „ein Rückkehrrecht durch die Hintertür“, wie es bei offiziellen Vertretern heißt; ferner das Recht, aufgrund eines Rückkehrprogramms, das nur der schwache Schatten des existierenden Rückkehrgesetzes wäre, das jedem Juden irgendwo in der Welt das automatische Recht auf israelische Staatsbürgerschaft garantiert, im Exil lebende palästinensische Verwandte in ihre früheren Heimorte in Israel zurückzuholen.

Um die erstgenannte Bedrohung abzuwehren, hat Israel 2003 ein offenes rassistisches Gesetz erlassen, das es Palästinensern nahezu unmöglich macht, ihre palästinensischen Ehepartner nach Israel zu holen. Bis auf Weiteres haben solche Paare kaum eine andere Chance, als im Ausland Asyl zu suchen, wenn andere Länder ihnen Zuflucht gewähren.

Aber so wie die Loslösung aus Gaza ist dieses Stück Gesetzgebung eher eine Verzögerungstaktik als eine Lösung des Problems der „Existenz“ Israels. So hat Israel insgeheim Ideen entwickelt, die zusammen genommen darauf hinauslaufen, ein größeres Segment der palästinensischen Bevölke-

zung Israels aus seinem Staatsgebiet zu verlagern und allen verbleibenden „Staatsbürgern“ die politischen Rechte zu entziehen, sofern sie nicht einem „jüdischen und demokratischen Staat“ Treue schwören und damit auf ihre Forderung verzichten, dass sich Israel zu einer liberalen Demokratie reformiert.

Für einen jüdischen Staat ist ebenso wie für das Südafrika der Apartheid die Geschäftsgrundlage: Wenn wir überleben sollen, müssen wir in der Lage sein, alles Notwendige tun, um uns an der Macht zu halten, selbst wenn dies bedeutet, systematisch die Menschenrechte all jener, über die wir herrschen, zu verletzen, die eben nicht zu unserer Gruppe gehören.

Wo immer wir anderen leben, werden wir alle die Folgen davon zu spüren bekommen, dass Israel die Möglichkeit gegeben wird, weiterhin ein jüdischer Staat zu sein, und zwar nicht nur wegen der anhaltenden Wut in der Welt der Araber und Muslime, sondern weil der Westen im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern mit zweierlei Maß misst. Infolge der israelischen Einstellung, dass nicht Frieden oder ein regionaler Ausgleich mit seinen Gegnern vorrangigstes Interesse ist, sondern das Bedürfnis, um jeden Preis eine jüdische Mehrheit aufrechtzuerhalten, um seine „Existenz“ zu schützen, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass Israel in dieser oder jener Weise agiert, welche die regionale und globale Stabilität gefährdet.

Das zeigte sich schon als kleiner Vorgeschmack während des militärischen Aufmarsches gegen den Irak an der Begeisterung Israels für die bevorstehende Invasion und bei seinem Anschlag auf den Libanon im letzten Sommer. Aber am meisten wird dies deutlich, wo es darum geht, zum Krieg gegen den Iran zu trommeln.

Israel war Vorreiter bei den Versuchen, das iranische Regime als zutiefst anti-semitisch zu charakterisieren, und seine angeblichen atomaren Ambition als allein auf das Wunschziel ausgerichtet darzustellen, „Israel von der Landkarte auszulöschen“ – eine bössartige kalkulierte Falschübersetzung der Rede des iranischen Präsi-

denten Mahmud Ahmadinežad.

Die meisten Beobachter haben angenommen, dass Israel ernstlich um Sicherheit vor einem Atomangriff besorgt ist, wie unwahrscheinlich auch immer die Idee ist, dass ein muslimisches Regime, und sei es das fanatischste, unprovokiert Atomraketen gegen ein kleines Landstück abfeuern wird, das in Jerusalem einige der heiligsten Stätten des Islam in sich birgt.

In Wahrheit aber gibt es einen anderen Grund, weshalb Israel wegen eines atomar bewaffneten Iran besorgt ist, und das hat mit hergebrachten Vorstellungen von Sicherheit nichts zu tun.

Letzten Monat enthüllte Efraim Sneh, einer der hervorragendsten Generäle Israels, ein ranghohes Mitglied der Arbeitspartei und nun Olmerts stellvertretender Verteidigungsminister, dass die vorrangige Sorge der Regierung nicht die Bedrohung durch einen atomaren Angriff Ahmadinežads auf Israel ist, sondern vielmehr die Wirkung, die der iranische Besitz solcher Waffen auf Juden ausübt, die davon ausgehen, dass Israel ein Monopol auf atomare Drohung besitzt.

Falls Iran solche Waffen erhielte, „würden die meisten Israelis vorziehen, hier nicht zu leben; die meisten Juden würden vorziehen, nicht mit ihren Familien hierher zu kommen, und Israelis, die im Ausland leben könnten, würden das tun. Ich fürchte, dass Ahmadinežad in der Lage sein wird, den zionistischen Traum zu töten, ohne auf den Knopf zu drücken. Deshalb müssen wir dieses Regime um jeden Preis am Erwerb einer atomaren Fähigkeit hindern.“

Mit anderen Worten, die israelische Regierung zieht entweder einen eigenen Präventivschlag gegen den Iran oder die Motivierung der USA zu einem solchen Angriff – ungeachtet der schrecklichen Folgen für die globale Sicherheit – einfach deshalb in Erwägung, weil ein atomar gerüsteter Iran Israel zu einem weniger attraktiven Ort für Juden machen, zu verstärkter Emigration führen und das demographische Verhältnis zugunsten der Palästinenser verschieben würde.

Es könnte ein regionaler oder mög-

licherweise globaler Krieg entfesselt werden, damit Israels „Existenz“ weiterhin in Gestalt eines Staates gewährleistet ist, der Juden exklusive Privilegien bietet.

Um unserer aller Wohl willen müssen wir hoffen, dass die Palästinenser und ihre Hamas-Regierung weiterhin ablehnen, „das Existenzrecht Israels anzuerkennen.“

Jonathan Cook

Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff

Quelle: *Al-Ahram* No. 824, 14.–20. Dezember 2006, <http://weekly.ahram.org.eg/2006/824/op12.htm>

Der Autor ist Journalist mit Standquartier in Nazareth. Sein Buch *Blood and Religion: The Demasking of the Jewish and Democratic State* ist bei Pluto Press erschienen.

Iranische Hofierung der Holocaust-Leugner – Bärendienst am palästinensischen Befreiungskampf

Warum wir die iranische Konferenz „Neubeurteilung des Holocaust – Globale Perspektiven“ verurteilen, den Kampf gegen den Missbrauch des Holocaust aber für notwendig befinden

Der Iran ist in der Zwickmühle. Einerseits ist das islamische Regime eines der wesentlichen Hindernisse gegen die amerikanischen imperialen Bestrebungen. Um die drohende Aggression abzuwehren, bedarf es der Unterstützung der eigenen Bevölkerung und auch der arabischen Massen. Auf der anderen Seite hat das islamische Regime in einem Vierteljahrhundert unter Beweis gestellt, dass es die Hoffnungen der Massen in die Revolution nicht erfüllen kann. Eine sich islamisch gebende Elite frönt dem ungezügelt Kapitalismus und bereichert sich auf Kosten der Massen. Nicht nur die zahlreichen Minderheiten, sondern jegliche soziale und politische Opposition wird mit harter Hand unterdrückt.

Iranisches Doppelspiel

Die Spitze des Eisbergs der Verblichen der klerikalen Elite zeigt sich indes im Irak, wo sie die amerikanische Besatzung gegen den Widerstand unterstützt und das Regime stellt. Die regionale Hegemonialpolitik Teherans dient im Irak als Faustpfand gegen die US-Attacke. Opfer sind dabei die Iraker.

Um sich die Unterstützung der eigenen Bevölkerung und der arabischen Massen zu sichern, zieht es das iranische Regime vor, rhetorische Attacken gegen Israel zu reiten anstatt den arabischen aber auch afghanischen Befreiungskampf gegen die USA und Israel wirklich zu unterstützen. So würde beispielsweise im Irak ein Wink aus Teheran genügen, um die schiitischen Massen am bewaffneten Kampf gegen die US-Besatzer zu beteiligen. Doch daran denkt Teheran nicht. Das Regime greift vielmehr rhetorisch auf das legitime Bedürfnis der eigenen Bevölkerung und der arabischen Massen zurück, sich gegen die Unterdrückung und Demüti-

gung durch den Westen und Israel zur Wehr zu setzen. Doch missbraucht es die Widerstandsbestrebungen zur Festigung der eigenen Herrschaft. Die kürzlich in Teheran abgehaltene Holocaust-Konferenz ist ein deutliches Beispiel dafür.

Inversion des Zionismus

Die iranische Formel ist so einfach wie falsch. Wenn der Holocaust Israel rechtfertigt, dann darf es den Holocaust eben nicht gegeben haben. Zu kompliziert die Debatte über die Ursachen des Nationalsozialismus und Antisemitismus, über die Differenz von Judentum und Zionismus, über Kapitalismus und Imperialismus; vielleicht würde sie sogar die Hohlheit der eigenen islamischen Legitimation angreifen. Darum wird die zionistisch-westliche Propagandaformel einfach umgekehrt.

Der Schaden für den antiimperialistischen Befreiungskampf ist enorm. Denn wenn der Holocaust geleugnet wird, kann der Zionismus seinen Vorwurf, dass die arabisch-islamischen Befreiungsbestrebungen antisemitisch wären, ein Stück weit glaubhafter erscheinen lassen. Wer den Genozid an den Juden leugnet, dem kann leichter unterstellt werden, etwas gegen Juden als solche im Schilde zu führen. Der legitime Widerstand gegen die zionistische Ideologie und Praxis der Vertreibung, Unterdrückung und Besetzung kann so als Judenhass delegitimiert werden. Statt den Holocaust-Missbrauch anzugreifen, leistet der Iran ihm sogar noch Vorschub. Letztlich beschädigt der herrschende Klerus damit auch die antiimperialistische Verteidigung des Irans in aller Welt.

Missbrauch des Holocaust

Tatsache ist jedoch, dass Israel und der Westen den Holocaust missbrauchen

um die eigene Politik zu rechtfertigen. Sichtbar ist dies an der Verleumdung des palästinensischen Befreiungskampfes als Antisemitismus, die sich in den westlichen Medien durchzusetzen beginnt. Sichtbar ist dies allerdings auch an der Weigerung der westlichen Medien sich mit der tatsächlichen politischen Dynamik in der arabisch-islamischen Welt auseinanderzusetzen.

Dort ist die Wut über den westlich-israelischen Missbrauch des Holocaust groß. Die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat wird von Israel seit jeher, vom Westen zunehmend mit dem Völkermord des Nationalsozialismus an den Juden gerechtfertigt. In den Augen der arabisch-islamischen Massen bedeutet dies in zynischer Weise den aktuellen Völkermord mit dem historischen zu legitimieren. Israel und seine permanente koloniale Aggression wird als unantastbar dargestellt, denn es sei der Staat der Opfer des Holocaust, die es zu schützen gelte.

Wenn man die Rache an den ehemaligen Tätern noch verstehen könnte, auch wenn mit der Kollektivschuldthese die verantwortlichen Eliten entlastet werden, so fällt geflissentlich unter den Tisch, dass die Palästinenser gar nicht die Täter waren. Um die Existenz Israels als exklusiv jüdischer Staat auf Grundlage einer historischen wie permanenten Vertreibung der ursprünglich ansässigen Bevölkerung zu rechtfertigen, sieht sich Israel genötigt, eine angebliche kollektive Täterschaft der Palästinenser zu konstruieren. Hierzu dient der Antisemitismusvorwurf gegen Palästinenser und andere Araber sowie überhaupt an alle Kritiker des Zionismus.

Mit den Nachfolgern der Täter ist man indes ausgesöhnt. Die tatsächliche Kontinuität der Täter, nämlich die des Imperialismus, wird geleugnet. Die deutschen Eliten haben den Völkermord an den Juden zu verantworten. Komplizen dabei waren der

US-Imperialismus, der sie in antikommunistischer Funktion gewähren ließ und diese Eliten auch nach der deutschen Niederlage an den Schalthebeln der Macht beließ. Diese lassen sich indes aber als Befreier feiern. Und da war noch ein Komplize, der Zionismus, der sich als Sachwalter der Opfer aufspielte! Diesem ging es einzig darum auf dem unsäglichen Leid der Juden sein Kolonialprojekt in Palästina zu befördern, was sowohl von den Nazis als auch von den USA grundsätzlich unterstützt wurde.

Die Hintermänner der Antisemiten von damals sind also die Hintermänner der Araberhasser von heute. Wenn diese Kriegsherren und Sklaventreiber heute salbungsvoll vor der Gefahr des Antisemitismus warnen und sich gar als Antifaschisten geben, dann ist das nicht nur durch und durch verlogen (es sei als bezeichnendes Beispiel erwähnt, dass die Familie Bush die Hausbank der Nazis in den USA waren), sondern damit wollen sie ihre imperialen Pläne, sich die Welt und insbesondere die arabisch-islamische untertan zu machen, verdecken.

Wenn die „Opfer der Opfer“, wie

es Edward Said etwas vereinfachend aber um so plakativer einmal sagte, gegen diese ideologische Verdrehung aufstehen, dann ist das nicht nur verständlich, sondern auch ganz im Sinne des antifaschistischen Auftrags „Nie wieder!“

Kritik an der „Zivilreligion“ des Holocaust

Wir sind nicht nur weit davon entfernt, den Nazi-Genozid an Juden, Roma, diversen osteuropäischen Völkern und den systematischen politischen Mord an der Opposition zu leugnen. Im Gegenteil, wir verurteilen diese Versuche nicht nur aufs Schärfste, sondern repräsentieren die Kontinuität derjenigen, die gegen den Faschismus kämpften, mit dem Ziel damit den Kapitalismus und Imperialismus als Ganzes zu überwinden. Es war die Arbeit unserer Vorläufer, die Katastrophe des Faschismus und den Widerstand dagegen zu dokumentieren, die die Eliten aufgrund ihrer Verstrickung unter den Teppich zu kehren versuchten.

Wenn wir heute davon sprechen, dass der Umgang Israels und des Westens mit dem Genozid an den Juden

einer Zivilreligion gleichkommt, dann meinen wir damit, dass die zionistisch-imperialistische Ideologie den Holocaust missbraucht, um die imperiale Aggression und den modernen Kolonialismus zu rechtfertigen. Die Weigerung den Nationalsozialismus einer seriösen Analyse zu unterziehen und seine Kontinuität bis heute aufzuzeigen führt dazu, den Holocaust als sichtbarstes Verbrechen des Faschismus quasi irrational verklären zu müssen. Hierzu ist festzuhalten:

1. Der Holocaust hat nichts mit den Palästinensern zu tun und rechtfertigt in keiner Weise die zionistische Kolonisierung Palästinas, die nichts als ein permanenter rassistischer Vertreibungskrieg, eine fortgesetzte „ethnische Säuberung“ ist, wie die USA es gerne nennen, wo es ihren Interessen dient.
2. Der Holocaust ist nicht das unerklärliche absolute Böse, sondern hatte eine konkret fassbare historische Funktion für die deutschen kapitalistischen Eliten: die Ideologie der Herrenrasse in ihrer brutalen Konsequenz vorzuführen (den „totalen Krieg“ nach innen),



- um die Mobilisierung für ein unrealistisches Ziel, nämlich die globale Herrschaft des deutschen Kapitals (den „totalen Krieg“ nach außen), zu ermöglichen. Die Verklärung und Vertuschung dieser Tatsache entschuldigt die noch immer herrschenden Eliten, die heute unter dem Schutzschirm der USA sehr zufrieden ihre imperialistischen Verbrechen fortsetzen.
3. Der Antisemitismus war keine alleinige Ideologie der Eliten, sondern hatte tiefe Wurzeln im Volk. Doch seine Organisation zum Völkermord ist nur durch die Eliten möglich geworden. Heute ist der historische Antisemitismus abgeklungen, weder seine politisch-sozialen Ursachen bestehen fort, noch erscheint er seinen ehemaligen Förderern weiterhin als politisch-soziales Instrument dienlich. Der westliche Sozialchauvinismus hat ein neues Feindbild: die Muslime und Araber. Die irrationale Beschwörung des Antisemitismus als treibende Kraft der Geschichte dient heute einzig der Legitimation Israels.
 4. Der Zionismus braucht den Antisemitismus und sucht ihn zu fördern, denn ohne ihn verlöre Israel als „Heimstatt der Juden als ewige Opfer“ seine Legitimation. Zionismus und Antisemitismus sind nicht Antipoden, sondern Zwilingsbrüder.

Meinungsfreiheit

Die um sich greifenden Verbote der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Leugnung des Holocaust, sind eine politische Auflage, ja die einzige Existenzgrundlage für die kleine Gruppe von Apologeten des Nazi-Regimes. Deren Argument ist einfach: „Wer Meinung verbietet, muss etwas zu verbergen haben.“ Insbesondere in der arabisch-islamischen Welt wird dadurch die Empfänglichkeit der aufgebracht und gedemütigten Massen für die Propaganda der Holocaust-Leugner aus dem Westen

nur vergrößert. Meinungsfreiheit beinhaltet auch das Recht etwas Falsches behaupten zu dürfen. Und das umso mehr, als es sich dabei um eine verschwindende Minderheit handelt. Bekämen sie das Recht zu sprechen, würden ihnen noch weniger Menschen zuhören – vor allem auch nicht in der arabisch-islamischen Welt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mögen die Verbote ihren Wert gehabt haben. Es ging darum, die Kontinuität der Nazi-Ideologie zu brechen, die durch die neuen US-Herren gegen den Kommunismus abermals zumindest teilweise in Stellung gebracht wurde. Der Antifaschismus der Linken hatte seine Berechtigung genau deswegen, weil die neuen Pro-US-Eliten nicht nur ihre Vergangenheit unter den Tisch zu kehren versuchten, sondern sich für den Fall der Fälle auch ein Netz von Alt- und Neunazis bereit hielten („Gladio“). Doch mit dem Fall der Sowjetunion ist das definitiv vorbei. Es ist jetzt auch für die Eliten billig sich als antifaschistisch darzustellen. Seitens der Eliten und ihrer ex-linken Wendehälse wird versucht, die anti-imperialistische Linke mittels des Antisemitismusvorwurfs in die Nähe des Faschismus zu rücken. Es besteht die akute Gefahr, dass ein infames Amalgam von neuer Antiterrorlegislation und historischen Nazi-Verbotsgesetzen gegen die Antiimperialisten in Stellung gebracht wird. Die EU hat bereits die grundsätzliche Kritik an Israel als einem jüdischen Separatstaat, der die Palästinenser rassistisch unterdrückt, als „antisemitisch“ bezeichnet.¹ Die palästinensischen Befreiungsbewegungen, die laut Völkerrecht bewaffnet gegen die fremde Besatzung kämpfen dürfen, sind schon alle auf der EU-Terrorliste. Da bedarf es nur mehr weniger Schritte, um die politische Unterstützung für die Palästinenser zu kriminalisieren.

Israel und die heute dominante zionistische Zivilreligion sollen heilig gesprochen und damit unantastbar werden. Wer nicht dem Dogma huldigt und Israel das Recht auf Vertreibung

eines ganzen Volkes abspricht, muss bestraft werden. So wie damals die Antifaschisten als Banditen verfolgt wurden, so heute die Antiimperialisten als Antisemiten und Terroristen. Uns ist das Recht auf freie Meinungsäußerung heilig und dieses betrifft immer, wie Rosa Luxemburg schon bemerkte, die Andersdenkenden. Diese können Richtiges und Unterstützenswertes, aber auch Falsches und Verurteilenswertes sagen. Wir lehnen jedenfalls einen staatlichen Zensor über politische Meinungen als antidemokratisch ab, die sich im Hauptstoß letztendlich immer gegen die Kräfte richten wird, die für soziale Gerechtigkeit und die Macht des Volkes eintreten.

Antiimperialistische Koordination
15. Dezember 2006

¹ <http://eumc.europa.eu/eumc/material/pub/AS/AS-WorkingDefinition-draft.pdf>

Egal was Ahmadinežad tut – er wird als der neue Hitler gelten

Stellungnahme zur Holocaust-Konferenz in Teheran von Stephen Gowans



Warum wurde die zweitägige Konferenz zum Holocaust Anfang Dezember von der iranischen Regierung organisiert? „Sollte der Holocaust während des Zweiten Weltkriegs in Frage gestellt werden“¹ oder war es die Antwort des Iran auf den *Jyllands-Posten*, um „den Westen in Verlegenheit zu bringen, indem man ihm sagt: ‚Schaut her, wir machen das, was ihr predigt. Bei uns gibt es die Redefreiheit zu jedem Thema, auch zum Holocaust.‘“²

Was die westlichen Journalisten über die Konferenz schrieben, ist keine Überraschung. Für sie war der Zweck

der Konferenz, die schlimmsten Holocaust-Leugner und Judenhasser der Welt, unter ihnen David Duke, zu versammeln, um Mahmud Ahmadinežads Behauptung, der Holocaust sei ein Mythos zu unterstützen sowie seinen Vorbereitungen zum Völkermord an den Juden und zur Auslöschung Israels Beifall zu zollen.

Das Problem dabei ist, dass man mit dieser vereinfachten Schwarzweißmalerei dem komplexen Sachverhalt nicht nahe kommt.

Da wäre als erstes die Behauptung, dass Ahmadinežad „vom Holocaust als Mythos spricht“³, eine Behauptung, die von fast allen Medien in Nordamerika verbreitet wird.

Ahadinežad mag gesagt haben,

der Holocaust sei ein Mythos. Meiner Aufmerksamkeit ist das entgangen. Natürlich renne ich ihm nicht mit einem Kassettenrekorder hinterher und dekodiere, was er sagt, und so könnte ich das überhört haben. Aber was ich vor mir habe, sind die gesammelten Aussagen von Ahmadinežad der letzten zwei Jahre, und da gibt es keine einzige Aussage, die den Konsens der Medien, dass Ahmadinežad „den Holocaust immer wieder als Mythos bezeichnete“⁴, rechtfertigen würde. So ein Zitat gibt es nicht. Das ist schon seltsam. Wenn man bedenkt, dass die westlichen Medien die Dämonisierung des Präsidenten des ölreichen Landes, das auf der Liste des

1 „Israel will be ‘wiped out’“, *AP*, 12. Dezember 2006

2 „Canadian prof attends Tehran’s gathering of Holocaust deniers“, *Globe and Mail*, 13. Dezember 2006

3 *AP*, 12. Dezember 2006

4 „Even a scholar’s academic freedom has its limits“, *Globe and Mail*, 14. Dezember 2006

Weißes Hauses das nächste Angriffsziel ist, fast schon als Sport betreiben, müsste es doch eine ganz einfache Sache sein, das „Nein, den Holocaust hat es nie gegeben“ als Zitat auszugraben und der Welt zu präsentieren, wie die Massenvernichtungswaffen des Irak. Oder doch nicht?

In den Geschichten und Artikeln zur Konferenz wurde Ahmadinežad dutzendfach zitiert. Wenn man diese Zitate genau las, las man nichts von dem, was die Überschriften vom Inhalt der Zitate behaupteten. Man konnte kein Zitat finden, wo Ahmadinežad gesagt hätte, der Holocaust sei einfach eine Erfindung.

Was stimmt, ist, dass Ahmadinežad sich zum Holocaust in problematischen Aussagen äußerte, die man so zusammenfassen könnte: „Es mag ihn gegeben haben oder nicht gegeben haben, aber so oder so rechtfertigt er nicht, was den Palästinensern angetan wurde.“ Dabei geht es in diesen Aussagen immer um eine politische Konstruktion und nicht um eine historische Realität. Darin unterscheidet er sich von David Irving, der in Österreich wegen der Leugnung des Holocaust verurteilt wurde.

Was Überschriften betrifft, die mit dem Inhalt des Artikels nicht übereinstimmen, wäre ein Beispiel „Israel wird ausgelöscht werden“ im *Toronto Star* vom 12. Dezember, der nur ein Photo von Ahmadinežad zum Artikel stellt, damit man weiß, wer für diese angebliche Drohung verantwortlich ist. Der scheidende US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, John Bolton, verwendet solche Zitate, um gegen Ahmadinežad ein Verfahren wegen Völkermord am Internationalen Gerichtshof einzuleiten. Bolton, den die Nordkoreaner einmal als „menschlichen Abschaum“ bezeichneten, beschuldigt den iranischen Präsidenten, zur Zerstörung von Israel aufzurufen. Das griff der *Guardian* mit der Schlagzeile am 13. Dezember auf: „Erste Schritte um Ahmadinežad wegen Völkermord anzuklagen, da Ahmadinežad seinen Aufruf zur Zerstörung Israels wiederholt.“ Boltons Anklageerhebung beinhaltet auch „zahlreiche Drohungen gegen die USA“, die Ahmadinežad an-

geblich geäußert hat.

Hat Ahmadinežad wirklich damit gedroht, Israel auszulöschen? Er hat es genauso wenig getan wie Wissenschaftler, die das Schmelzen des Eises am Nord- und Südpol voraussagen, damit drohen, dass sie selbst das Eis zum Schmelzen bringen werden. Was Ahmadinežad wirklich sagte, ist Folgendes: „Das zionistische Regime wird bald auf die gleiche Weise wie die Sowjetunion ausgelöscht werden.“⁵ Das ist eine Voraussage, keine Drohung. Und da die Sowjetunion weder durch Nuklearraketen noch durch Angriffe von Terroristen und auch nicht durch eine Epidemie ausgelöst von biologischen Waffen zu Fall gebracht wurde, kann man aus diesem Vergleich die Schlussfolgerung ziehen, dass Ahmadinežad erwartet, dass Israel an den Folgen der Wunden, die es sich selbst zufügt, zusammenbrechen wird – wie es in der Sowjetunion geschah – und nicht durch Nuklearraketen aus Teheran.

Der iranische Präsident vertritt die Ansicht, dass die Tage Israels als zionistischer Staat gezählt sind, weil dieser Staat auf Unrecht gegründet wurde und daher auf einem Fundament steht, das den Verfall in sich birgt. Als die Vereinten Nationen ein jüdisches Heimatland auf dem Boden des Heimatlandes eines anderen Volkes schufen, ohne auch nur einen einzigen Palästinenser in diese Entscheidung einzubeziehen, schufen sie eine Schimäre, deren Existenz immer von den imperialistischen Mächten und deren ständiger massiver Hilfe abhängen würde. Anders gesagt, seit seiner Gründung wird Israel künstlich am Leben erhalten.

Laut Ahmadinežad sollen Wahlen in Palästina (womit er Israel, Gaza und das Westjordanland meint) gleichermaßen unter „Juden, Christen und Muslimen“ abgehalten werden, „sodass die Bevölkerung ihre Regierung und ihre Zukunft selbst in demokratischer Weise wählen kann.“⁶ Diese Aussage ist weit entfernt davon, dass die Juden in einem Hagel

⁵ AP, 12. Dezember 2006

⁶ AP, 12. Dezember 2006

von Nuklearraketen auf Tel-Aviv ausgelöscht werden sollen. Wenn jedoch die öffentliche Meinung auf eine mögliche Intervention im Iran vorbereitet werden soll, ist die Geschichte mit der Drohung der Auslöschung Israels praktisch eine Notwendigkeit.

Die äußerst unangenehme Holocaust-Konferenz und davor noch der Internationale Holocaust Karikaturenwettbewerb hätten nie stattgefunden, wenn die dänische Zeitung *Jyllands-Posten* die offen rassistischen Karikaturen, die den Propheten Muhammad ins Lächerliche zogen, nicht veröffentlicht hätte und wenn die westlichen Regierungen die auf die Karikaturen folgende Aufregung nicht als Überreaktion von hitzköpfigen Mohammedanern abgetan hätten. Es geht um die freie Meinungsäußerung, wurde von westlichen Politikern mitgeteilt, also beruhigt euch, Muslime!

Und Ayatollah Ali Khamenei, Irans oberster Führer, bezeichnete dies als Schwachsinn und konterte: „In dieser Art von Freiheit ist es nicht erlaubt, am Völkermord an den Juden zu zweifeln oder ihn zu negieren, es ist aber erlaubt, den Glauben von 1,5 Milliarden Muslimen zu beleidigen.“⁷ Ins Schwarze getroffen!

Hamsbhari, die auflagenstärkste Zeitung des Iran, schlug ebenfalls zurück. Sie würde einen Karikaturenwettbewerb sponsern, der den Holocaust ins Lächerliche zieht. Wenn das mit dem Propheten Muhammad geschehen kann – es geht ja um das Recht auf freie Meinungsäußerung – dann sollte dasselbe für den Holocaust gelten.

Wie sich herausstellte, waren die Karikaturen weit entfernt von Verhöhnung. Sie stellten den Völkermord an den europäischen Juden weder als Mythos dar noch verhöhnnten sie die Opfer. Was sie zum Thema hatten, war die israelische Brutalität gegenüber den Palästinensern, den Missbrauch des Holocaust, um die Verbrechen gegenüber den Palästinensern zu rechtfertigen, und die Parallelen zwischen Israel und Nazideutschland.

Urteilen Sie nun selbst! Die Zeich-

⁷ *New York Times*, 8. Februar 2006

nungen zeigten folgendes: Ein Vampir, der das Blut der Palästinenser trinkt, trägt den Davidstern; Ariel Sharon in einer Nazi-Uniform; drei Soldatenhelme – zwei mit Hakenkreuzen, einer mit dem Davidstern; ein tollwütiger Hund mit dem Davidstern und dem Wort „Holocaust“ am Halsband; eine Taube wird am Fliegen gehindert, weil sie an einen Davidstern gekettet ist; US-Präsident George Bush an einem Schreibtisch schlägt Tauben tot; ein schlafender Israeli mit drei arabischen Köpfen an der Wand über seinem Bett; ein israelischer Soldat gießt Benzin in einen Panzer aus einem Behälter, auf dem „Holocaust“ steht; eine Rasierklinge, die im Boden steckt und die illegale Apartheidmauer repräsentiert, trägt die Aufschrift „Holocaust“; zwei Feuerwehrmänner mit Davidsternen auf der Brust löschen mit palästinensischem Blut die Flammen, die aus dem Wort „Holocaust“ kommen.⁸

Obwohl der Direktor der Ausstellung einem *New-York-Times*-Reporter ganz richtig erklärte, die Zeichnungen seien anti-israelisch und anti-zionistisch, erschien der Artikel dazu unter der Überschrift „Iran stellt anti-jüdische Kunst aus“.⁹ Die Verschmelzung von Israel und Zionismus mit Judentum und daraus resultierend die Gleichsetzung von anti-israelisch und anti-zionistisch mit anti-jüdisch ist eine brauchbare Waffe, wenn man die Kritik an Israel zum Schweigen bringen will.

Die Konferenz in Teheran wurde in gleicher Weise als anti-jüdisch beschrieben. Es stimmt, dass widerliche Judenhasser daran teilnahmen, aber es stimmt nicht für alle Teilnehmer.

Shiraz Dossa, der Dritte-Welt-Politik an der St.-Francis-Xavier-Universität in Nova Scotia unterrichtet und ein Bewunderer von Noam Chomsky und Hannah Arendt ist, äußerte sich zum Missbrauch des Holocaust, um den Krieg gegen den Terror zu rechtfertigen. Dossa sieht den Holocaust als eine Realität und sagt, dass „jeder, der ihn leugnet, verrückt ist.“¹⁰ Er

akzeptierte die Einladung zur Konferenz, um Teheran in seinem Anliegen zu unterstützen, nämlich dem Westen zu zeigen, dass er es mit seiner Verteidigung der Meinungsfreiheit nur dann ernst nimmt, wenn es darum geht, das zu beleidigen, was anderen heilig ist.

Und ein letzter Punkt: Wenn es das tatsächliche Ziel der Konferenz gewesen wäre, den Holocaust in Frage zu stellen, hätte es wohl wenig Sinn gemacht, eine Versammlung von Nullen und Spinnern, deren Glaubwürdigkeit gleich Null ist, zu organisieren. Wenn es andererseits das Ziel war zu zeigen, dass die freie Meinungsäußerung nicht bedeutet, dass man sich mit dummen und widerlichen Elementen zur Schau stellt, dann war die Einladung von David Duke und seinesgleichen bestens gewählt.

Allerdings ist es so, dass Ahmadinežad nicht gewinnen kann, egal was er auch noch so demonstrativ der öffentlichen Meinung im Westen bietet. Einige werden seine Manöver als schwachsinnig bezeichnen und letztendlich sind sie es auch, nicht weil sie die öffentliche Meinung im Westen vor den Kopf stoßen, sondern weil er glaubt, er kann sie für sich gewinnen. Er kann es nicht, außer es gelingt ihm tatsächlich zu den westlichen Massenmedien durchzudringen, aber das wird eben nicht passieren. Das, was Ahmadinežad über die Toleranz der Meinungsfreiheit demonstrieren will, wird von den Amerikanern, Briten oder Kanadiern wohl kaum verstanden werden. Was immer Ahmadinežad auch tut, er wird zum neuen Hitler gestempelt werden, so wie es vielen Regierungschefs von Ländern, die auf der Abschussliste der USA stehen, schließlich widerfährt. Es ist das Bild, das geschaffen werden muss.

Stephen Gowans

Aus der Wochenendausgabe des *CounterPunch* vom 16./17. Dezember 2006)

Übersetzung: Elisabeth Lindner-Riegler

Stephen Gowans ist Schriftsteller und politischer Aktivist in Ottawa (Kanada).

⁸ *New York Times*, 25. August 2006

⁹ *New York Times*, 25. August 2006

¹⁰ *Globe and Mail*, 13. Dezember 2006

Schlächter oder Märtyrer?

Zu Saddam Husseins Hinrichtung

Die Hinrichtung Saddam Husseins gab Anlass zu einer in der europäischen antiimperialistischen Linken geführten Debatte über die Person Husseins und die politische Bedeutung seines Todes. Wir veröffentlichen im Folgenden einen Kommentar dazu.

In der Gesellschaft wie in der Politik gibt es kein Schwarzweiß-Schema, insbesondere nach dem Zusammenbruch der historischen Mission des Proletariats als globale politische Alternative zum Kapitalismus. Vielmehr gibt es viele handelnde Subjekte, die in einem komplizierten Geflecht von Interessen sich verbinden oder miteinander zusammenstoßen. Aufgabe der revolutionären Antiimperialisten, die global gesehen eines dieser Subjekte sind, ist es, diese Interessen möglichst gegen das imperialistische Zentrum zu bündeln und die Konflikte untereinander zu dämpfen oder gar zu lösen.

Dass die klaren Linien des proletarischen Klassenkampfes abhandeln gekommen sind, heißt jedoch keineswegs, dass man in Konflikten nicht mehr Seite beziehen kann und darf. Vielmehr geht es um die Einordnung der Konflikte, um die Analyse ihres Charakters, der involvierten Kräfte und ihrer möglichen Entwicklungsrichtungen.

Die Hinrichtung Saddam Husseins war so ein Fall, in dem Antiimperialisten klar Stellung beziehen müssen. Die relevante Fragestellung, unter der dieses Ereignis zu beurteilen ist, ist eine globale und sie kommt beispielsweise im Kommuniqué des venezolanischen Außenministeriums klar heraus:¹ Die Hinrichtung Saddam Husseins ist eine Demütigung aller unterdrückten Völker der Welt, insbesondere der arabischen, und sie ist ein Angriff auf das Völkerrecht und auf das Prinzip der nationalen Souveränität. Sie ist ein Baustein im globalen US-amerikanischen Terrorkrieg. Daran ändert die Tatsache, dass auch Saddam Hussein in seinem politischen Leben grobe Verbrechen begangen hat, nichts. Um vieles schwerer wiegen hin-

gegen in diesem Zusammenhang die Verbrechen der USA und ihrer Schergen.

Doch analysieren wir die Ereignisse im Detail. Das Spektakel wurde von den Machthabern in Washington medienwirksam auf der Weltbühne inszeniert. Dabei ging es darum, einen Staatsmann zu demütigen, Rache zu nehmen, dafür, dass er es gewagt hatte, Widerstand gegen das Diktat der Weltenlenker zu leisten. Es genügte nicht, einen Schurkenstaat zu zerschlagen, sein höchster Repräsentant musste physisch ausgelöscht werden. Zwar werden seine Verbrechen am irakischen Volk zur Legitimation dieses Fememords gerne in Anspruch genommen, doch trifft das weder den Kern, noch erinnert man sich all zu gerne daran, denn man war ja schließlich beteiligt.

Mit bürgerlich-demokratischer Rechtsprechung und einem ebensolchen Strafvollzug hatte der Prozess und die Hinrichtung nichts zu tun, so sehr die USA sich auch brüsten, Freiheit und Demokratie importiert zu haben. Vielmehr ähnelte das Schauspiel der amerikanischen Lynchjustiz oder der mittelalterlichen europäischen Inquisition. Es handelt sich um klassische Siegerjustiz, wo der Gegner als Exempel für die noch vorhandenen Kräfte des Feindes vernichtet werden soll, zum Zweck der Abschreckung und Demoralisierung. Es ist das Rechtsverständnis der protestantischen Fundamentalisten und der Neokonservativen. Die Rechte der Angeklagten sind nur insofern interessant, als sie für den Medienkonsum der liberalen Mittelschichten vorgegaukelt werden müssen.

Die USA zeigen bezüglich dieser Hexenverbrennung scheinheilig auf die vermeintliche irakische Unabhängigkeit und weisen jede Ver-

antwortung von sich. Doch das ist mehr als ungläubig. Sicher, die Einzelheiten der Hinrichtung wurden von ihren irakischen Verbündeten entschieden. So hatte einer der treuesten US-Verbündeten in der Region, Ägyptens Autokrat Husni Mubarak, die USA gewarnt, die Exekution nicht am Tag des sunnitischen Opferfestes durchzuführen. Man verlieh ihr damit zusätzlich noch eine schiitisch-konfessionalistische Konnotation. Scheinbar wollten al-Maliki und seine Henker auf diese Provokation nicht verzichten, die nicht im Interesse der USA ist. Doch sie waren es, die Saddam in ihrer Gewalt hatten und sie übergaben ihn erst, als sie seiner Exekution sicher waren. Sogar die westliche Medienmaschine berichtete, dass es Bush höchstpersönlich war, der angesichts der Proteste seine Zustimmung dafür gab, dass der Leichnam an seinem Heimatort bestattet werden konnte.

Oft werden uns die Verbrechen Saddams entgegengehalten. Das ist besonders irritierend, denn es waren die Antiimperialisten, die diese Verbrechen aufs Tapet gebracht und darauf hinwiesen, als dies niemand hören wollte. Diese fanden großteils in der Zeit des Iran-Irak-Krieges oder bereits 1975 statt, als Saddam über das Abkommen mit dem Schah von Persien mit den USA Frieden geschlossen hatte. Der Handschlag mit einem gewissen Mr. Donald Rumsfeld datiert vom Höhepunkt des Krieges gegen den Iran, in dem die USA über verschiedene Marionetten je nach Kriegsglück und Frontverlauf abwechselnd beide Seiten unterstützten, um potenzielle Gegner sich gegenseitig abschlachten zu lassen. Die westdeutsche Waffenindustrie verdiente sich an den Giftgaslieferungen sowie am Technologietransfer goldene Nasen.

Saddams größtes politisches Verbrechen war dieser Krieg gegen den Iran und der wurde vom Westen explizit unterstützt.

Zu Recht wird ihm die Unterdrü-

¹ siehe Seite 29 dieser Ausgabe

ckung der Kurden angelastet. Aber auch hier muss man sich den Kontext vergegenwärtigen. Von allen Ländern, in denen autochthon Kurden leben, gestand ihnen der Irak die bei weitem größten Minderheitenrechte zu. Deren Einschränkung war im Wesentlichen ein Gegenstand des Abkommens mit dem Iran 1975, das von den USA unterstützt wurde. Ihren Höhepunkt fand die Unterdrückung im Krieg gegen den Iran, in dem es im Rahmen der Anfal-Operation zu den bekannten Giftgasangriffen kam, die wiederum die Duldung des Westens genossen.

Zu keinem Zeitpunkt erreichte Saddam das Maß an Menschenverachtung und Willen zum Völkermord, wie es beim strammen NATO-Regime in Ankara bis heute vorliegt. Dem türkischen Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden sind mehrere Hunderttausend Menschen zum Opfer gefallen, mehrere Millionen wurden vertrieben (der Begriff der „ethischen Säuberung“ wird bekanntlich nur dann angewendet, wenn sie gegen die Interessen des Westens verstoßen). Dass die Türkei über eine Generalabsolution verfügt und sich demokratisch nennen darf, zeigt die Verlogenheit der westlichen Propaganda gegen Ba'th und Saddam.

Doch setzen wir nun die Verbrechen Saddams – die es, wie gesagt nicht gilt, zu schmälern – im irakischen Kontext in Vergleich zu den US-amerikanischen. Das mit Abstand schlimmste und größte Verbrechen, das jemals im Irak begangen wurde, ist das von den USA betriebene UNO-Embargo, das nach Angaben dieser Organisation selbst etwa zwei Millionen Opfer mit sich brachte. Clintons Außenministerin, Madeleine Albright, hatte die Stirn, diesen Völkermord mit den Interessen der USA, die ja bekanntlich deckungsgleich mit jenen der Menschheit sind, zu rechtfertigen.

In einem globalen Zusammenhang, und von diesem muss bei der Beurteilung der Hinrichtung Saddam Husseins ausgegangen werden, ist das Ungleichgewicht zwischen den Verbrechen der USA und jenen Saddams himmelschreiend. Rechnet man alle

imperialistischen Kriege und Interventionen der USA sowie die Verbrechen und Massaker der mit ihr verbündeten Regime zusammen, dann sind die USA mit Abstand der größte Völkermörder der Geschichte. Saddam Hussein ist im Vergleich geradezu lächerlich. Die Anmaßung von Seiten der USA, über Saddam zu richten, ihn als Völkermörder zu bezeichnen und ihn umzubringen (von einer rechtlich „korrekten“ Hinrichtung kann keine Rede sein), kann von den Völkern der Welt, insbesondere von den arabischen und islamischen, daher nicht anders aufgefasst werden, denn als Schlag ins Gesicht und als tiefste Demütigung. Auf wessen Seite hier Antiimperialisten zu stehen haben, ist außer Zweifel: auf der Seite der Gedeemütigten.

Noch größere Verbrechen machen kleinere nicht ungeschehen, wenden unsere Kritiker ein. Sie haben damit Recht, doch schießen sie dennoch am Ziel vorbei.

Leben und Tod

Was die mittelalterlichen Hexenprozesse angeht, so wird sicher jeder spontan für die Opfer der Heiligen Inquisition Partei ergreifen und auf die Nichtigkeit der Anklage verweisen. Genau das tun wir angesichts der modernen Hexenprozesse, die exakt die gleiche Funktion haben, nämlich das bestehende politische Regime, heute auf Weltebene, zu sichern. Das galt für den Prozess gegen Slobodan Milošević in Den Haag genauso wie für das Tribunal gegen Saddam Hussein in Bagdad.

Saddam stand am Pranger, weil er sich dem „regime change“ der Neuen Weltordnung widersetzte. Nachdem die USA den Irak besetzt hatten, wurden Teile der alten Staatspartei zum integralen Bestandteil des Widerstands gegen die Invasoren. Saddam kapitulierte nicht, so wie viele andere Mitglieder der Ba'th-Partei. Er gab den Folterern und Gehirnwäschern Washingtons keinen Millimeter nach. Während des Prozesses verteidigte er sich politisch und hörte nicht auf dem Widerstand seine Unterstützung auszudrücken. Seine Standhaftigkeit hat

dem Widerstand sicher geholfen.

Doch den größten Augenblick seines Lebens hatte Saddam im Angesicht des Todes. Standhaft und fest verhinderte er, dass ihm die Henker die Kapuze überzogen. Er wollte aufrecht dem Tod ins Auge sehen. Allen Demütigungen und Beschimpfungen der Schergen des Pro-US-Regimes zum Trotz, hielt er am Kampf gegen die USA und Persien bis zum letzten Augenblick fest, für die er Zeit seines Lebens stand. (So wenig wir den historischen Kampf gegen den Iran unterstützen und im Gegenteil für die Versöhnung zwischen Arabern und Persern eintreten, so sehr ist der heutige Widerstand gegen das doppelte Marionettenregime von Gnaden Washingtons und Teherans legitim.) Er starb mit dem islamischen Glaubensbekenntnis auf den Lippen: „Es gibt keinen Gott außer Allah, und Muhammad ist sein Prophet.“ Unter den Bedingungen des amerikanischen Kreuzzuges gegen den Islam kommt das einem Bekenntnis zum Widerstand gleich.

Sie töteten einen Menschen, doch sein Widerstand schuf ein Symbol, das zum Beispiel für Millionen von Unterdrückten geworden ist. Aus den vermeintlichen Siegern wurden, zumindest was diese Inszenierung betrifft, Verlierer.

Saddam als Märtyrer zu bezeichnen gilt als politisch unkorrekt. Doch es handelt sich hierbei lediglich um eine Feststellung. Selbst die imperiale Medienmaschine musste einräumen, dass Saddam für einen großen Teil der arabischen Welt mit seiner führenden Konfession, dem sunnitischen Islam, zu einem Märtyrer des Widerstands geworden war. Er erhielt diesen Status nicht wegen seiner Verbrechen gegen das irakische Volk, sondern wegen seines unbeugsamen Widerstands gegen den Imperialismus. Selbst jene in der arabischen Welt, die Zeit seines Lebens seine Feinde waren, mussten dies anerkennen. Nur die wenigsten unter jenen, die ihn als Symbol des Widerstands anerkennen, werden pauschal alle seine Taten rechtfertigen. Doch im Angesicht eines viel schlimmeren Feindes rücken diese in den

Hintergrund.

Doch über die reine Feststellung hinausgehend, zeigt sich, dass Saddam Hussein durch seinen Tod in den Augen vieler zum Märtyrer geworden ist und, dass diese Bedeutungsgebung den antiimperialistischen Bestrebungen der Völker der Welt nützt. Der Widerstand gegen den Imperialismus in der ganzen Welt ist höchst vielfältig und widersprüchlich. In den meisten Fällen verfolgt er kein universelles Programm der Emanzipation, sondern ist seinerseits in Konflikte verstrickt und unterdrückt andere. In manchen Fällen kann sogar von so was wie einem reaktionären Antiimperialismus gesprochen werden. Dennoch, je mehr Widerstandsherde es gibt, desto ungünstiger wird das Kräfteverhältnis für den gemeinsamen Feind, das amerikanische Imperium. Erfolge des Widerstands an einem Ort beflügeln andere, ohne notwendigerweise deren politische Ausrichtung zu teilen.

Genauso verhält es sich mit dem Symbol Saddam, das dadurch zu keinerlei Generalabsolution wird.

Den unterdrückten Massen der Dritten Welt auch außerhalb des islamischen Einflussbereiches erscheint das als selbstverständlich. Auch am 11. September 2001 ordneten sie die Polarität von Gut und Böse genau umgekehrt wie die westliche öffentliche Meinung zu. Das bedeutete in keiner Weise, dass sie alle zu radikalen Islamisten geworden wären, noch deren Methoden teilen würden. Doch wer schuld an ihrem Elend ist, von wem sie unterdrückt werden und gegen wen sie folglich in erster Linie kämpfen müssen, das wissen sie immer. Entsprechend prägen sie auch Bedeutungen und Symbole.

Saddams Nachlass

Am 26. Dezember 2006 verfasste Saddam einen letzten Brief, den man als sein Testament, als seinen letzten Aufruf an das irakische Volk verstehen kann. Darin findet sich nicht nur der obligate Aufruf zur nationalen Einheit, sondern auch überraschend zur Versöhnung und Vergebung, nicht nur mit dem inneren, sondern auch mit dem äußeren Feind. Es wird zur

Differenzierung aufgerufen und gewarnt, nicht alle über einen Kamm zu scheren:

„Ich rufe Euch, Brüder und Schwestern, meine Kinder und Kinder des Irak. Ich rufe Euch, Kampfgenossen, ich rufe Euch dazu auf, Völker anderer Länder, die uns angegriffen haben, nicht zu hassen. Ihr sollt unterscheiden zwischen den Entscheidungsträgern und dem Volk. Hasst die Taten allein. Selbst jene, deren Taten bekämpft werden müssen – hasst sie nicht als Menschen. Auch die Übeltäter, hasst sie nicht, sondern einzig die Übeltat selbst und bekämpft das Böse, wie es es verdient hat. Wer immer sich zum Besseren verändert und gute Taten innerhalb oder außerhalb des Irak vollbringt, lasst ihm gegenüber Nachsicht walten und beschreibt eine neue Seite, denn Gott vergibt und liebt jene, die Bereitschaft zur Vergebung zeigen. [...] Ihr sollt wissen, Brüder, dass es unter den Aggressoren Menschen gibt, die Euren Kampf gegen den Eindringling unterstützen und einige zeigten sich bereit, politische Gefangene wie Saddam Hussein juristisch zu verteidigen. Andere brachten die Skandale der Invasoren an die Öffentlichkeit und verurteilten sie.“²

Zweifellos wird es den Opfern von Saddam Regimes schwer fallen, diese Worte ernst zu nehmen. Sie einmal auszusprechen ist nicht genug, wenn auch ein Anfang. Es liegt am Widerstand, an jenen, für die Saddam zum Beispiel der Standfestigkeit wurde, sie zu beherzigen, sie anzuwenden und sie in eine politisch-militärische Strategie zu gießen, um einerseits die politische Kluft mit den irakisch-arabischen Schiiten zu überwinden und andererseits den historischen Konflikt mit dem Iran zu lösen. Aber die Hand auszustrecken ist nicht genug, sie muss auch angenommen werden.

Hat 1980 eindeutig Saddams Irak den Krieg vom Zaun gebrochen und trägt die Hauptschuld, so ist es heute zweifellos der Iran, der die Besatzung unterstützt und damit auch die poli-

tische Verantwortung trägt.

Der Widerstand tut recht daran, darauf hinzuweisen, dass der Iran die amerikanische Besatzung stützt, dass es die proiranischen Kräfte sind, die mit ihren Todesschwadronen und ihrem Terror gegen den Widerstand und seine Unterstützerbasis den konfessionellen Bürgerkrieg entzündeten und weiter befeuern. Er ist nicht nur politischer, sondern auch legitimer militärischer Feind. Den Feind besiegen zu wollen, heißt aber auch einen politischen Vorschlag an all jene Iraker zu richten, die heute dem schiitischen politischen Islam folgen und sich damit im Schlepptau des Iran befinden: „Wir wollen das Ba'th-Regime nicht wiedererrichten, sondern auch die Schiiten an der Macht beteiligen, wir wollen eine Demokratie des Volkes. Schließt euch auf dieser Basis dem Widerstand gegen die US-Besatzer an.“

*Willi Langthaler
12. Januar 2007*

² www.albasrah.net/pages/mod.php?mod=art&lapage=../en_articles_2007/0107/final-letter_020107.htm

Friendly Fire – Als Geisel zwischen den Fronten

Ein Buch von Giuliana Sgrena, Ullstein Verlag

Giuliana Sgrena, italienische Journalistin des *il manifesto*, gerät im Irak 2005 für vier Wochen als Geisel in die Hände der Mudschaheddin. Bei ihrer Freilassung wird der italienische Geheimdienstagent Nicola Calipari von amerikanischen Militärs getötet und Giuliana Sgrena schwer verletzt.

Wer erinnert sich nicht an die durch die Medien gehenden Bilder von Giuliana Sgrena und den Demonstrationen in vielen italienischen Städten mit den skandierten *“Liberatela”*-Rufen.

Eine engagierte Journalistin ist Sgrena, mit dem politischen Wissen einer „Linken“, jahrzehntelanger Erfahrung in der Kriegsberichterstattung (Somalia, Palästina, Afghanistan, Algerien) und dem unerschrockenen Einsatz für die Menschen in diesen Gebieten negiert sie Gefahr für Leib und Leben! Eine starke und mutige Frau! Dieser Eindruck wäre geblieben, hätte sie dieses Buch nicht geschrieben.

Es ist ein gefälliger Bericht, in dem niemand zu kurz kommt: Weder die Salonlinken noch die Grünen, weder die Intellektuellen noch die Frauen, auch nicht die Antiislamisten. Selbst *Die Zeit*, für die sie auch schreibt, wird nicht wirklich Worte über die „vereinigten“ kriegstreibenden Länder, wie die an vorderster Front agierenden USA, Großbritannien und eben Italien, abmahnen müssen.

Der Titel „... zwischen den Fronten“ scheint ihr Programm zu sein, denn sie kann sich für keine Seite richtig entscheiden. Wer die strikte Verurteilung des Angriffes auf den Irak und dessen Zerstörung sucht, wird vergeblich suchen. Es fehlt die bedingungslose humane Ausrichtung. Viel Zeit jedoch räumt Sgrena den Ausführungen ihrer eigenen Befindlichkeiten während ihrer Gefangenschaft ein: „Die Mahlzeiten sind weniger regelmäßig. Nach meiner wiederholten Weigerung zu essen (...) verlangen die

Entführer manchmal, dass ich sie um etwas zu essen bitte“ (S. 31f.). An selber Stelle vermutet Sgrena, dass sie deshalb zu dem Tee, der ihr gebracht wird, kein zusätzliches heißes Wasser bekommt, dass diese „Beschränkungen (entweder) mit dem Mangel oder mit dem Bedürfnis der Entführer, meinen Gefangenenstatus zu unterstreichen“, zusammenhängen. Es darf geraten werden. An gleicher Stelle wird die Maniküre von Finger- und Zehnnägeln zu einem wichtig gemachten Problem. Sie bekommt keine Schere, sondern „irgendwann endlich einen Nagelknipser, aber nur für die unbedingt notwendige Zeit“!

Im Kapitel „Frauen“ (S. 122) schreibt Sgrena: „Ich musste keinerlei körperliche Gewalt über mich ergehen lassen: Ich war nicht einmal gefesselt, noch hatte man mir die Augen verbunden“. Auf selber Seite „... obgleich ich eine Gefangene und folglich meinen Entführern vollkommen ausgeliefert war, fürchtet ich nie, vergewaltigt zu werden“. Dennoch versucht Giuliana Sgrena immer wieder den arabischen Männern insgesamt – und speziell ihren Gefängniswärtern – Frauenfeindlichkeiten zu unterstellen. Wenn ihr das nicht gelingt, entrüstet sie sich in eurozentrierter Überheblichkeit über arabische Rückständigkeit in Frauenfragen, so als hätte Europa die Frauenunterdrückungsmechanismen schon beseitigt. Eine perfide Variante ihrer Herabsetzung ist das Lächerlichmachen. So schreibt Sgrena (S. 110): „... am liebsten hätte ich ein paar hohe Schuhe getragen, um sie zu provozieren.“ Sie vermutet, dass das Geräusch von Pfennigabsätzen „eine unwiderstehliche Verlockung für Männer“ sei. Eine mediale Aufarbeitung von besonderem Reiz ist das Verhalten von arabischen Männern gegenüber Frauen bei der Regelblutung. Meine Wärter „erschrecken, als ich meine Menstruation bekam, und verboten mir zu du-

schen, so lange sie nicht sicher waren, dass das ‚rote Blut zu Ende war“.

Das Buch von Giuliana Sgrena ist eine Ansammlung von Vermutungen, Unterstellungen und Überheblichkeiten. Ihr Hang zur journalistischen Verwertbarkeit ihres Erlebens hat ihren Blick getrübt.

Soll das Buch gekauft werden? Ich bin der Meinung, ja. Es ist ein Lehrstück dafür, wie Journalismus in unserer Zeit betrieben wird.

Karin Oberkofler

Karin Oberkofler, u. a. Autorin des Buches *Die Ostgotin – Suche nach Heimat* (autobiographischer Roman), lebt in Innsbruck und ist politisch aktiv.



- Ich will regelmäßig **Informationen** über die Aktivitäten der Antiimperialistischen Koordination (AIK) per E-Mail.
- Ich will die Zeitschrift „**Intifada**“ abonnieren (5 Zusendungen: 10 Euro).
- Ich will ein **Förder-Abo** der „**Intifada**“ (5 Zusendungen: 20 Euro)
- Ich will die „**Intifada**“ Nr. ____ nachbestellen.

Name: _____

Adresse: _____

Plz., Ort: _____

E-Mail: _____

Bitte freimachen

**An die
Antiimperialistische
Koordination
Postfach 23
A-1040 Wien
Österreich**

Bestellungen per E-Mail werden ebenfalls gerne entgegengenommen.

In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfs dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org
Antiimperialistische Koordination
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich
Bank: PSK (1018 Wien)
Konto-Nr. 92 125 137
Bankleitzahl: 60 000
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Seit 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- BIC und IBAN sind korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

Redaktion & Impressum

Redaktion: Margarethe Berger, Doris Höflmayer, Willi Langthaler, Elisabeth Lindner-Riegler, Muhammad Abourous, Sonja Tschurlovits

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: Printfactory, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.



